

MEMO-FORUM

**Zirkular
der
«Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik»**

Sonderheft Nr. 2

**10 Jahre Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik**
– Erfahrungen, Wirkungen, Aufgaben –

Bremen, Februar 1986

Am 30. November des vergangenen Jahres hat unsere Arbeitsgruppe in Düsseldorf ihr 10-jähriges Bestehen mit einer Diskussionsveranstaltung und einer Fete gefeiert.

Die meisten der ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben beides als gelungene Aktion empfunden, die der gelegentlichen Wiederholung bedürfe. Viele von ihnen sowie zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die an der Diskussion nicht teilnehmen konnten, haben angeregt, die dort gehaltenen Referate sowie die Diskussionsbeiträge zu dokumentieren. Wir legen daher hiermit die überarbeiteten Redebeiträge in einem Sonderheft des MEMO-FORUM vor.

Auf der letzten Wochenendtagung unserer Arbeitsgruppe im Oktober ist der Be- schluß gefaßt worden, intensiv zu versuchen, die bisherige halbe Mitarbeiterstelle unserer Arbeitsgruppe aufgrund des immensen Arbeitsaufwandes durch eine Ausweitung unseres Dauerspendenaufkommens in den nächsten Monaten auf eine ganze Stelle aufzustocken. Wir möchten deshalb auch an dieser Stelle alle unsere Unterstützer(innen) bitten, mit zu einer Ausweitung unseres Spenderkreises beizutragen. Eine entsprechende Einzugsermächtigung zugunsten unserer Arbeitsgruppe ist auf S. 33 abgedruckt.

Soeben ist im Bremer Con-Literaturvertrieb eine Unterrichtseinheit "Wirtschaftskrise - Arbeitslosigkeit" erschienen. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis dieser von einem Bremer Lehrerkollektiv erstellten Unterrichtseinheit für Gymnasien, Berufs- und Berufsfachschulen, Fachoberschulen und für die außerschulische Bildungsarbeit befindet sich im Anzeigenteil am Ende des Heftes.

Seit Anfang Januar dieses Jahres liegt nun auch der PIW-Forschungsbericht Nr. 2 zur "Reform der Kommunalfinanzen" von Bernhard Roth vor und kann direkt beim Institut zum Preis von DM 15.- bestellt werden (siehe Anzeige am Ende des Heftes). Wir bitten dabei um die Beachtung der neuen Anschrift:

PIW, Albersstraße 12 B, 2800 Bremen 1

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

Redaktion: Axel Troost

Preis: Einzelheft (auch im Abonnement) jeweils DM 3.-
ab 10 Exemplare DM 2,50

Bankverbindungen: Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg
Konto-Nr.: 1000 11 - 203
für Daueraufträge zur Finanzierung der Mitarbeiter-
stelle: Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg,
Konto-Nr. 2184 74 - 201

Inhalt

Seite

Jörg Huffschmid	
10 Jahre Massenarbeitslosigkeit - Perspektiven der bundesdeutschen Wirtschaft	2
Rudolf Hickel	
10 Jahre Memorandum - Kernaussagen und Weiterentwicklung der Positionen	12
Herbert Schui	
Modische Diskurse in der Nationalökonomie	34
Margit Scherb	
Das Memorandum - es hat uns inspiriert!	44
Michael Müller	
Für einen konsensorientierten Diskussionsprozeß über zentrale wirtschaftspolitische Fragen	48
Hubert Kleinert	
10 Jahre Memorandumgruppe - Aufforderung zum kritischen Dialog	54
Detlef Hensche	
Erwartungen an die "Alternative Wissenschaft"	59
Heinz Jung	
Wachsende Bedeutung der Außenwirtschaftsprobleme für demokratische Alternativen der Wirtschafts- und Sozialpolitik	69
Buchbesprechung	
Alternativen zum kapitalistischen Typ der Unternehmensführung - Paul Boccardo: Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères (Jörg Goldberg)	73

Jörg Huffschmid

10 Jahre Massenarbeitslosigkeit – Perspektiven der bundesdeutschen Wirtschaft

I.

Nach drei Jahren Konjunkturaufschwung liegt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in der BRD in diesem Jahr um rund 25 % über der des Krisenjahrs 1982, und sie ist mehr als doppelt so hoch wie im Tiefpunkt der Krise der 70er Jahre. Damals, im Jahre 1975, überschritt die Zahl der registrierten Arbeitslosen erstmals seit den frühen 50er Jahren die Millionengrenze, und das war Anlaß für außerordentliche Aufregung und Beunruhigung in der Öffentlichkeit und bei der Bundesregierung. Der Sachverständigenrat sah allerdings schon damals keinen Anlaß, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft in Frage zu stellen und konstatierte gute Aussichten für die baldige Rückkehr zur Vollbeschäftigung.

Heute ist es ganz anders: Jeden Monat erneut steigt die Arbeitslosigkeit so hoch wie sie noch nie in der Geschichte der BRD war. Keiner, nicht einmal der SVR, geht davon aus, daß sie in absehbarer Zeit unter die Zweimillionengrenze sinken könnte, aber eine entsprechende Aufregung und Besorgnis läßt sich – von ein paar Pflichtsorgenfalten abgesehen – weder bei den ökonomischen Experten noch bei den Verantwortlichen für die Wirtschaftspolitik feststellen. Im Gegenteil: die wirtschaftliche Situation erntet höchstes Lob, die Politik, die sie herbeigeführt habe, wird selbstgefällig gepriesen. Die Bundesregierung sieht keinen konjunktur- und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf und demonstriert Härte denen gegenüber, die sich mit der Situation nicht abfinden und für Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und ihre zerstörerischen Folgen mobilisieren.

Die Gegenüberstellung der Situation heute und der von 1975 signalisiert mehr, als die Feststellung "10 Jahre Massenarbeitslosigkeit" nahelegt: Einerseits hat sich in diesen Jahren die soziale Lage der meisten Menschen in der BRD wesentlich verschlechtert – die Zahl der Arbeitslosen ist trotz zweier Konjunkturaufschwünge auf über das Doppelte gestiegen –, andererseits hat sich die politische Lage gewandelt; und beides zusammen bestimmt die konkrete Situation der Menschen in der BRD.

Wenn wir also versuchen, zu bilanzieren was in den letzten 10 Jahren –

auch unter dem Druck und Eindruck der Massenarbeitslosigkeit - geschehen ist und was sich daraus für die kommenden Jahre schlußfolgern läßt, dann können wir uns nicht darauf beschränken, die Entwicklung der Wirtschaftskrise in der Mitte und den schwachen Aufschwung Ende der 70er Jahre, den erneuten tiefen Einbruch von 1980-1982 sowie die abermalige - noch schwächere - Erholung der letzten drei Jahre zu konstatieren und hieran die grundlegenden objektiven Gesetzmäßigkeiten und historischen Besonderheiten im Kapitalismus der BRD zu analysieren. Wir müssen auch berücksichtigen, welche Politik von den maßgeblichen Kräften in der Gesellschaft in der ökonomischen Krise und mit der ökonomischen Krise gemacht wird, wie diese Politik die wirtschaftliche und soziale Lage und die politischen Bewegungsmöglichkeiten der Menschen beeinflußt und ihrerseits auch wieder besondere Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen für die Entfaltung objektiver ökonomischer Tendenzen schafft.

Um es etwas weniger methodologisch gespreizt zu sagen: es ist nicht nur die objektive ökonomische Krise, die unsere Lage bestimmt, es ist ganz wesentlich auch der Klassenkampf - und je weniger dieser Umstand unten zur Kenntnis genommen wird, desto ungehinderter kann er von oben praktiziert werden.

Ich meine, diese Tatsache ist auch für Wirtschaftswissenschaftler wichtig, insbesondere dann, wenn wir unsere Arbeit darauf richten, nicht nur die Wahrheit über die Gesetze, Widersprüche und den aktuellen Zustand des Kapitalismus aufzudecken, sondern darüber hinaus Ansatzpunkte und Perspektiven seiner praktischen Veränderung darzustellen. Ich will zunächst die Entwicklung der letzten Jahre kurz unter diesen beiden Gesichtspunkten resumieren, dann fragen, was dies für die Perspektiven der absehbaren Zukunft bedeutet und abschließen mit Überlegungen über unsere Möglichkeiten als Wirtschaftswissenschaftler in diese Entwicklungen einzutreten.

II.

Wir haben die Hintergründe und Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung in der BRD während der letzten 10 Jahre des öfteren analysiert und als Überlagerung zyklischer und chronischer Krisenprozesse dargestellt. Im Zentrum von beiden steht der "eigentlich" notwendige, aber nicht planmäßig hergestellte und durch den Marktmechanismus immer wieder zerrissene Zusammenhang von privater Akkumulation und konsumtiver End-

nachfrage. Das Vorlaufen der Akkumulation führt zum Hinterherhinken der Endnachfrage, und dieser Umstand – den man Überproduktion, Überakkumulation oder Disproportion nennen kann – führt zur Krise. Diese periodisch wiederkehrende und langfristig zunehmende Auseinanderentwicklung von Angebot und Nachfrage entsteht selbst nicht wieder zufällig, sie wird vielmehr durch die gesellschaftlichen Grundverhältnisse und Organisationsprinzipien – Privateigentum an Produktionsmitteln und Steuerung der Produktion durch den privaten Profit – verursacht. Sie bewirkt die Krise, und zwar sowohl den kurzfristigen Zyklus als auch die überzyklischen Stagnationstendenzen. Letztere bilden sich heraus, wenn die Fähigkeit der zyklischen Krise, die aus dem Lot gegangenen Proportionen zwischen Produktion und Markt wieder zurückzurücken, die Reinigungskraft des Konjunkturabschwungs, nachläßt und jeder Zyklus einen wachsenden Berg ungelöster Probleme zurückläßt. Das aber ist dann der Fall, wenn beschleunigter technischer Fortschritt nicht mehr in zusätzliche Endnachfrage, sondern in einen (von uns sogenannten) "neuen Akkumulations-typ" umgesetzt wird, wenn Monopolstrukturen es ermöglichen, den Preisverfall in der Krise zu verlangsamten oder zu verhindern und Profite in alternative Verwertungsmöglichkeiten ausweichen. Und auch dies: die weitere Forcierung des technischen Fortschritts, Konzentration, Zentralisation und die Zusammenballung ökonomischer Macht sind Gesetze, die nicht unabhängig von den oder gar gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft ablaufen, sondern sich aus ihnen ergeben.

Aber schon hier muß man auch sehen: es handelt sich nicht nur um eiserne Zwänge, sondern auch um politische Strategien. Nicht im Sinne der mechanisch eindeutigen Umsetzung vorgegebener Handlungszwänge, sondern um Optionen innerhalb eines Rahmens, dessen Weite nicht von vornehmerein erkennbar ist. Es handelt sich auf der einen Seite um Strategien der Unternehmen, für die zwar gesamtwirtschaftlich zwei große Krisen in den letzten 10 Jahren zu diagnostizieren waren, die es aber insgesamt sehr gut verstanden haben, damit fertig zu werden. Diese Aussage muß man allerdings etwas genauer differenzieren: Während eine große und seit 10 Jahren – in Krise und Aufschwung – steigende Zahl von Unternehmen zahlungsunfähig wird, florieren die Spalten der Unternehmen, etwa die 20 oder 50 größten Industriekonzerne und die Großbanken wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie nutzen den Druck der Krise und die hierdurch bedingte Schwächung der Position der Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften zu einer rigorosen Rationalisierungs- und Intensivie-

rungswelle in den Betrieben, zu Kürzungen und Steichungen betrieblicher Sozialleistungen, zu Disziplinierung, Einschüchterung und Angriffen auf Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute, zur Erpressung und Praktiken an den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen vorbei. Nirgendwo hat sich wahrscheinlich die alltägliche Wirklichkeit so sehr geändert wie in den Betrieben, und dies ist nicht zwangsläufige objektive Gesetzmäßigkeit, sondern Ergebnis unternehmerischer Umsetzung der Krise und unzureichenden Widerstands hiergegen.

Und von Strategie muß man auch auf der staatlichen Seite sprechen: Im Tiefpunkt der Krise 1975 hat sie mit der Verabschiedung des ersten Haushaltstrukturgesetzes eine Politik eingeleitet, die dann ab Anfang der 80er Jahre als sog. Haushaltskonsolidierung fortgesetzt und intensiviert worden ist und die bekannten verheerenden Folgen mit sich brachte, Armut und Perspektivlosigkeit zur Massenerscheinung in der BRD hat werden lassen. Die Bundesregierung hat mittlerweile eine erhebliche Zahl – allerdings längst nicht alle – derjenigen sozialpolitischen Demontagen in finanzieller und struktureller Hinsicht geleistet, die die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände Mitte der 70er Jahre angefordert hatte. Sie hat mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wesentliche gewerkschaftliche Errungenschaften wie den Kündigungsschutz unterhöhlt; sie hat eine Steuerreform für die Reichen verabschiedet und die Weichen für eine Reichen verabschiedet und die Weichen für eine Militarisierung der Staatsausgaben gestellt, die der Rüstungsindustrie enorme Profite bringen wird. Sie geht jetzt zügig daran, durch Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes die Kampfkraft der Gewerkschaften innerhalb und außerhalb der Betriebe zu zerstören.

All dies ist nicht zufällig so und zu diesem Zeitpunkt geschehen; es entspricht vielmehr den Interessen maßgeblicher Unternehmen und ihrer Verbände und folgt insofern einer nachvollziehbaren Logik. Es ist aber keineswegs zwangsläufig so geschehen. Es sind Strategien und Maßnahmen, die das dominierende Kapital in der Krise praktiziert und vom Staat fordert, und die dann durchgesetzt werden können und werden, wenn der Widerstand hiergegen gering ist. Und das ist der Fall, solange die Maßnahmen und Strategien der Mehrheit der Menschen als sachlich gebotener Ausweg aus der Krise verkauft werden können. Wenn diese in die Köpfe gehämmerte Behauptung nicht nur theoretisch und empirisch widerlegt, sondern massenwirksam erschüttert ist – und hierzu beizutragen sehen wir

als eine der Hauptaufgaben der Memoranden – dann eröffnet dies auch den Blick für andere politische Handlungsmöglichkeiten in der gegebenen wirtschaftlichen Situation.

III.

Was heißt dies für die absehbare Entwicklung?

Es heißt zunächst, daß auch diese das Ergebnis der Entfaltung neuer ökonomischer Krisenpotentiale und politischer Strategien ist. Bei nüchterner Betrachtung des Konjunkturaufschwungs, der überall so enthusiastisch gefeiert wird, ist doch große Skepsis am Platze. Die ökonomischen Grundkonstellationen und -proportionen haben sich nämlich kaum geändert. Die großen Disproportionen der Binnennachfrage bestehen nach wie vor und werden nur durch die wieder einmal außerordentliche Expansion des Exports verdeckt: Privater und öffentlicher Verbrauch steigen preisbereinigt nach wie vor unterdurchschnittlich und die hochgejubelte Investitionswelle dieses Jahres bezieht sich ausschließlich auf Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen und die Anlageinvestitionen insgesamt in diesem Jahr sogar sinken und ihre Entwicklung somit von der Nachfrageseite her kontraktiv wirkt. Die demgegenüber starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte ein Hinweis dafür sein, daß die Anwendung neuer Technologien an Breite gewinnt. Ihre arbeitsplatzvernichtenden und nachfragedämpfenden Wirkungen werden die ohnehin geringen Impulse, die von der Steuerreform auf die private Nachfrage ausgehen, weitgehend kompensieren; und spätestens ab 1987 dürfte dann wieder mit einer neuen Rezession zu rechnen sein, in deren Verlauf die Zahl der registrierten Arbeitslosen dann die Dreimillionengrenze überschreiten wird, wenn nichts Entscheidendes dagegen geschieht.

Bei diesem "wenn" steht aber m.E. fest, daß von Seiten der Bundesregierung nichts in diese Richtung getan werden wird. Man wird zwar davon ausgehen können, daß im Jahr vor der Wahl größere finanziell wirksame Grausamkeiten unterbleiben werden und daß der letzte großangelegte Angriff auf die Positionen der unselbständig Beschäftigten der noch für dieses Jahr angekündigte Kabinettsbeschuß zur Änderung des § 116 AFG sein wird. Aber wirksame Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit liegen nicht an, sie scheinen der Bundesregierung offenbar nicht einmal als wahlpolitischer Kraftakt machbar oder wünschenswert.

Und nach der Wahl, wenn die Rezession kommt und die Arbeitslosenzahlen

hochschnellen, wird es eine neue Runde des Sozialabbaus und der Umverteilung geben, die die Haushaltsoperationen der Jahre 1982 bis 1984 in den Schatten stellt. Ich halte dies aus drei Gründen für wahrscheinlich:

- Erstens bringen drastisch steigende Arbeitslosigkeit und Armut erneut finanzielle Probleme für die öffentlichen Haushalte mit sich, deren Bereinigung über weiteren Sozialabbau zwar die Arbeitslosigkeit nicht vermindert und die Armut vergrößert, aber die öffentlichen Kassen entlastet.
- Zweitens ist zwar vieles, aber noch längst nicht alles an finanziellen und strukturellen Reformen auf dem sozialpolitischen Wunschzettel der BDA abgeharkt, und es gibt auf allen Gebieten der Sozialpolitik noch viel abzuspecken, und
- drittens werden die jetzt durch militärische Forschung und Entwicklung eingeleiteten Rüstungsbeschaffungen für die nächste Waffengeneration den Haushalt am Ende der 80er Jahre in Größenordnungen belasten, die weit über das bisher übliche Maß hinausgehen.

Es besteht also erstens kein Grund für die Annahme, daß sich die krisenhafte und zur Stagnation führende ökonomische Grundkonstellation in absehbarer Zukunft ändern wird. Und es besteht zweitens kein Grund für die Vermutung, daß sich die privaten und staatlichen Strategien, vom Jahr der wahlpolitischen Zurückhaltung abgesehen, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aus sich heraus oder als Reaktion auf innere Widersprüche ändern werden. Wir haben das Grundmuster dieser Strategien mit dem Begriffspaar "Austerität nach innen und Expansion nach außen" gekennzeichnet. Wenn man es noch mehr auf den politischen Punkt bringen will, kann man auch sagen Aggressivität nach innen und außen. Nach innen folgt der ersten großen Welle des vor allem monetären Sozialabbaus und der Umverteilung eine zweite Welle von Maßnahmen, deren Ziel die Schwächung und Spaltung der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften ist (Beschäftigungsförderungsgesetz, § 116 AFG, Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes). Diese Schwächung soll wiederum die Voraussetzung für eine weitere Welle von Sozialabbau und Umverteilung schaffen. Nach außen gehen die Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis – und damit zur Verschärfung der internationalen Konkurrenz – einher mit dem Aufbau und dem Ausbau eines militärischen Drophentials, dessen Einsatzperspektiven in Gebieten außerhalb der NATO nach meiner Überzeugung über kurz oder lang über die bereits jetzt vereinbarte logistische Unterstützung amerikanischer Operationen hinaus-

gehen dürften.

Es ist natürlich wahr, daß eine solche Politik insgesamt nicht konsistent, sondern widersprüchlich ist und auf Dauer nicht aufgehen kann. Natürlich ist eine Wirtschaftspolitik wie die beschriebene gesamtwirtschaftlich auf Dauer ruinös, weil sie die Pflege binnenwirtschaftlich wesentlicher Proportionen vernachlässt, natürlich ruft penetrante Ausrichtung auf dauernde und dauernd steigende Exportüberschüsse Gegenreaktionen bei Konkurrenten und Defizitländern hervor. Aber das heißt noch lange nicht, daß die Politik nicht betrieben wird oder betrieben werden kann, solange sie der Gesamtwirtschaft zwar keinen Nutzen, aber den maßgeblichen Konzernen hohe Profite bringt. Es ist also trotzdem eine logische Politik, sofern man unter Logik nicht die soziale Nützlichkeit oder auch nur die Reibungslosigkeit der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion, sondern die Profitbeschaffung für die maßgeblichen Unternehmen, Konzerne und Konzerngruppen versteht.

Es wäre eigentlich gut, zu wissen, wer diese Konzerne und Gruppen sind, was sie tun und beabsichtigen und wie sie ihre Absichten als konkrete Nutznießer der Entwicklung und Drahtzieher der Politik umsetzen. Diese Frage haben wir – so sehe ich das jedenfalls – in unseren bisherigen Memoranden etwas wenig berücksichtigt. Wir haben sie zwar allgemein gestreift oder auch in dem Sinne, daß es die Privatwirtschaft oder das Kapital ist, beantwortet aber nicht im einzelnen analysiert. Ein stärkeres Kümmern um diesen Bereich der Umsetzung ökonomischer Privatinteressen in staatliche Politik könnte aber auch eine zusätzliche Unterstützung bei der Verdeutlichung von Ansatzpunkten und Aufgaben des Eingriffes und der Veränderung sein, zu denen unsere Memoranden ja einen Beitrag leisten sollen.

Denn die politischen Strategien, die die konkrete Entwicklung in den nächsten Monaten und Jahren maßgeblich bestimmen werden, sind ja nicht nur die der Unternehmen und der Regierung, sondern auch die der anderen Seite, der von deren Politik Betroffenen, also in erster Linie der Lohn- und Gehaltsabhängigen und der Gewerkschaften. Und hier stellt sich für uns die Frage, welchen Beitrag wir zur Unterstützung und Stärkung dieses Widerstandes mit unseren Mitteln leisten können, mit den Mitteln der wirtschaftswissenschaftlichen Argumentation und Aufklärung.

IV.

Womit ich bei meiner dritten und abschließenden Überlegung bin, der Frage nach den Alternativen bzw. bescheidener nach dem Beitrag den wir zur Stärkung und Unterstützung der Gegenbewegungen gegen die praktizierte Politik leisten können.

Ich meine dieser Beitrag könnte und sollte so aussehen, daß wir:

erstens die soziale Wunschbarkeit, die ökonomische Vernunft und die technische Machbarkeit anderer Strategien gut begründen und diese mit Phantasie und Kompetenz ausbreiten und

zweitens konkret zeigen, wer warum dagegen ist und welche Maßnahmen ergreift, um sein gegenläufiges Interesse in Politik umzusetzen.

Im ersten Bereich stehen wir in einigermaßen guten Schuhen (wenn auch noch sehr viel weiter zu verfolgen ist). Aufgrund der intensiven Arbeiten verschiedener gewerkschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Gruppierungen hat sich hier in den letzten Jahren so etwas wie eine gewisse Sicherheit bei der Präsentation und Entwicklung von Alternativen herausgebildet (eine Sicherheit, die für mich manchmal schon den etwas verdächtigen Hauch allzu glatt eingeschliffener Routine hat). Wir haben im Laufe der Jahre - nicht als einzige Gruppe aber auch nicht als letzte - den Dreischritt oder die strategische Triade alternativer Wirtschaftspolitik gegen die Massenarbeitslosigkeit entwickelt und konkretisiert:

- Dazu gehört erstens eine weitreichende Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich. Wir sollten dieses Thema auch in Zeiten, in denen es aus mehr oder minder plausiblen Gründen nicht im Vordergrund gewerkschaftlicher Aktionen steht, nicht opportunistisch herunterspielen, sondern ohne rechthaberische Besserwisserei klarmachen, daß ohne Arbeitszeitverkürzung als zentrale Maßnahme eines Strategiebündels alternativer Wirtschaftspolitik an eine wirklich ins Gewicht fallende Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht zu denken ist. Die Argumente, die vor zwei Jahren bei der Vorbereitung des Arbeitskampfes und im vergangenen Jahr im Arbeitskampf immer wieder als zwingend vorgetragen worden sind, haben auch heute nicht an Gültigkeit verloren und sollten gepflegt, ausgebaut und für die Fortsetzung des Kampfes angereichert und fitgemacht werden.

- Zum gesicherten Schatz alternativer ökonomischer Konzeptionen gehört

zweitens die Auflage eines staatlichen Investitions- und Beschäftigungsprogrammes. In diesem Bereich haben wir unsere Vorstellungen am meisten weiterentwickelt – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Umwelt- und Ökologiebewegung, an deren Spitze wir nicht gestanden haben – und zwar weg von einem bloßen "Geld unter die Leute bringen", also einer stofflich undifferenzierten Steigerung der effektiven Nachfrage hin zu Konzepten eines über die öffentliche Hand erfolgenden Eingriffes in die Produktionsstruktur, um dadurch zusammen mit mehr Beschäftigung zugleich auch eine bessere, d.h. vor allem gerechtere und umweltverträglichere gesellschaftliche Versorgung zu erreichen.

- Drittens schließlich fehlt auch in keinem Memorandum der Hinweis auf die Notwendigkeit, mehr Demokratie in der Wirtschaft zu schaffen, d.h. die Bindung der Entscheidungen über Art und Umfang der Produktion an den dabei erwarteten privaten Profit zugunsten einer mehr bedürfnisorientierten Willensbildung und Entscheidung einzuschränken und letztlich abzulösen. Auch hier ist es nicht beim Hinweis geblieben, sondern wir haben zahlreiche konkrete Vorschläge gemacht, von der Etablierung und Förderung dezentraler alternativer Produktion, über das Modell einer kommunalen Wohnungspolitik, einer demokratischen Umgestaltung der Sozialpolitik bis zur Vergesellschaftung und demokratischen Steuerung der Stahlindustrie und der Großbanken.

Soweit zu diesem Bereich unseres möglichen Beitrags zur Mobilisierung von Widerstand, der Ausarbeitung von Alternativen. Hier liegen die Dinge, meine ich, gar nicht so schlecht, wenn auch zweifellos auch hier noch viel getan werden kann.

Tatsache ist aber, wie wir wissen, daß nichts in Richtung unserer Vorschläge geschieht, sondern daß das Gegenteil geschieht. Natürlich brauchen wir uns diesen Schuh nicht anzuziehen, können darauf verweisen, daß Wirtschaftswissenschaftler, auch fortschrittliche Wirtschaftswissenschaftler bekanntlich weder die Speerspitze noch der Treibsatz sozialer Bewegungen sind und uns voller welthistorischen Optimismusses der weiteren Ausfeilung und Propagierung unserer Alternativen zuwenden – eine durchaus vernünftige Reaktion – zumal es in diesem Bereich, wie gesagt, durchaus noch viele ungeklärte Probleme und unerledigte Fragen gibt. Wir können aber auch – und ich persönlich meine, wir sollten dies zusätzlich tun – die Frage, warum das Gegenteil zu unseren Vorschlägen geschieht, deutlicher untersuchen und beantworten: Dabei meine ich nicht

die Verkaufsargumente, sondern die harten Interessen, die dahinter stehen, und die Art und Weise, wie sie umgesetzt werden. Ich gestehe, daß es mich etwas merkwürdig berührt, wenn ich zur Kenntnis nehmen muß, daß erstens in all den Jahren, in denen wir Jahr für Jahr brav unsere Memoranden mit vernünftigen Vorschlägen für eine bessere Wirtschaftspolitik geschrieben und verbreitet haben, ein Herr Flick sich ein Dutzend Abgeordnete und ein paar Minister gekauft und diese Wirtschaftspolitik nach seinem Sinne hat machen lassen. Und mich berührt noch merkwürdiger, daß dies, auch nachdem es längst bekannt geworden war, in unseren Memoranden nicht vorkommt (außer in einer Nebenbemerkung).

Die ökonomischen Konzentrationsprozesse und damit die Zusammenballung demokratisch überhaupt nicht legitimierter politischer Macht hat in den letzten 10 Jahren erheblich zugenommen. Sie erfolgt im Einzelhandel ebenso wie im Bereich der Energieversorgung sowie fast des gesamten Verarbeitenden Gewerbes und der Banken. Sie hat in diesem Jahr durch die Übernahme von Krauss-Maffei durch MBB und von MTU, Dornier und AEG durch Daimler-Benz in der Rüstungsindustrie einen besonderen, auch friedenspolitisch ungemein gefährlichen Akzent erhalten.

Ich gehe davon aus, daß dieser Konzentrationsprozeß sich in den nächsten Jahren – vor allem unter dem Druck der Krise – verstärkt fortsetzen, daß es zu einer neuen Welle von Großfusionen kommen wird. Dann werden die Anforderungen an staatliche Politik und die Methoden der Umsetzung dieser Anforderungen noch direkter und noch intensiver von wenigen großen Kapitalgruppen ausgehen. Wenn diese Vermutung stimmt, dürfte es auch für uns sachlich dringend werden, der schädlichen praktizierten Politik nicht nur das Konzept einer nützlichen Alternative entgegen zu setzen, sondern auch deutlich Akteure, Interessen und Strategien zu identifizieren, die seiner Verwirklichung entgegenstehen.

Ich meine, wenn wir an dieser Flanke künftig mehr Information und Argumentation liefern, kann das Memorandum an Überzeugungs- und Aufklärungskraft gewinnen, und wir kämen damit unserer Absicht ein Stück näher, die ja darin liegt, daß wir gegenüber der schlechten Realität nicht nur am Ende Recht behalten, sondern nach Kräften dazu beitragen, sie zu verändern.

Rudolf Hickel

10 Jahre Memorandum – Kernaussagen und Weiterentwicklung der Positionen

Die Idee zur Vorlage eines ersten Memorandums war die Reaktion auf die sich seit 1975 manifestierende wirtschaftliche Krisenentwicklung sowie die auf Sozialabbau ausgerichtete Politikberatung durch den SVR und die praktizierte Wirtschaftspolitik. Wohl keiner der ersten Mitarbeiter am Memorandum 1975 hätte damals sich träumen lassen, daß damit eine Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht würde, die jetzt nach zehn Jahren einen wichtigen Beitrag zur Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik bilanzieren kann. Ein entscheidendes Motiv für die Geburt der Memoranden war: Kritische Wirtschaftswissenschaftler hatten es satt, die konservative Wirtschaftswissenschaft in der organisierten Öffentlichkeit als "wertneutral", "im Interesse aller" sowie vor allem "alternativlos" agieren und die praktizierte Wirtschaftspolitik als von Sachzwängen bestimmt propagieren zu lassen. Um diesen Einstieg historisch besser verorten zu können, sei in Erinnerung gerufen:

- Erstmals kam es in 1975 zu einer starken Rezession, d.h. einem absoluten Rückgang des Sozialprodukts.
- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik über eine Million.
- Die Bundesregierung, vor allem in der Person des Bundeskanzlers Helmut Schmidt setzte auf die konservative Legende im Range eines Verfassungsgrundsatzes: Gewinne von heute schaffen die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Ein erster Opfergang für die Mehrheit der Bevölkerung, damals unter dem Stichwort Haushaltssstrukturgesetz etikettiert, wurde in die Wege geleitet. Immerhin konnte man sich aber auch auf Konjunkturprogramme – kurzfristig und ohne Bezug auf Felder öffentlicher Produktion – verstündigen.
- Der Druck auf die Gewerkschaften nahm enorm zu, denn der Lohnpolitik wurde die zentrale Schuld an der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zugewiesen.
- Selbst der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (SVR) mußte sich im Jahresgutachten 1975 dieser neuen Situation stellen. "Krise der Marktwirtschaft?" lautete sein drittes Kapitel, das er mit seiner Sorge einleitete: "Die Kritik, die die marktwirtschaftliche Ordnung seit den Anfängen begleitet, findet in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs neue Nahrung...."

Die Antwort des SVR auf diese Kritik bestand in einer arroganten, mehr ideologisch entwickelten Behauptung von der aber auch alles leistenden Marktwirtschaft unter dem Regime der Gewinne. Übrigens, bereits mit diesem Gutachten hatte der SVR zumindest in seiner Mehrheitsfraktion die eiskalte Strategie der Stärkung der Unternehmensmacht mit quantitativen und qualitativen Instrumenten, d.h. die Wende zur "Politik der Wende" vollzogen. Die Befürchtung wirtschaftswissenschaftlicher Kritik gegenüber dem gesetzlich verordneten Sachverstand war kurz vor ihrer Veröffentlichung bereits in Erfüllung gegangen: Am 4.11.1975 erblickte die Memorandumgruppe das Licht – oder besser das Zwielicht – durchorganisierter Öffentlichkeit. Vorgelegt wurde das erste Memorandum unter dem bis heute programmatischen Titel "Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik – Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern". Dieses Memorandum war vom Seitenumfang kurz, nicht so sperrig wie die Memoran- den der letzten Jahre. Bis heute geltende Positionen wurden – vielleicht eher noch intuitiv – bereits formuliert: Erweiterung und der Ausbau statt der Kürzung staatlicher Sozialleistungen, Umverteilungspolitik zugunsten der Stärkung der Masseneinkommen, Realisierung eines öffentlichen Sonderhaushalts in den Bereichen "Stadtanierung, Wohnungssanierung, Schulwesen, Krankenhausbau, Umweltschutz und Regionalförderung sowie sozialer Wohnungsbau"; aber auch die stärkere Durchsetzung der verfassungsrechtlich gebotenen Sozialbindung des Privateigentums – das waren die Forderungen dieses ersten Memorandums.

Wenn man dieses Memorandum mit der damaligen links-kritischen Diskussion vergleicht, dann hat es in der Tat Zeichen gesetzt. Sicherlich mußte es im Anschluß daran darum gehen, die Positionen, nicht zuletzt auch die Krisentheorie weiter auszuarbeiten. Dieses erste Memorandum macht ein Problem deutlich, das auch noch heute zu beobachten ist: Gleich im ersten Satz ist die Rede von der "schwersten wirtschaftlichen Rezession seit dem Bestehen der Bundesrepublik". Diese Feststellung ist für diesen Zeitpunkt zwar richtig. Daß es aber noch viel schwerer kommen würde, daß offensichtlich die Stabilisierung politischer Strukturen in der Krise mit der Krise möglich wurde, das ist in diesem ersten Memorandum noch nicht einmal geahnt worden. Die brutale Instrumentalisierung der Krise, vor allem der Arbeitslosigkeit zur Herrschaftssicherung konnte erst in späteren Memoran- den – auch auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen – herausgearbeitet werden. Eine Erfahrung, die sich in den nachfolgenden zehn Jahren immer wieder

bestätigte, zeigte sich nach der ersten Präsentation vor den Bonner Wirtschaftsjournalisten:

Es wurde zwar überraschend breit berichtet, aber die Kommentatoren eröffneten bis auf wenige rühmliche Ausnahmen ein Trommelfeuer der Kritik. Wenige Beispiele aus der Presseschau, die übrigens auch heute noch zutreffen könnten, sollen dies belegen.

Der zweifellos verwirrte Berichterstatter der "Neuen Zürcher Zeitung" schrieb am 5.11.1975: "Das Memorandum, das sich bis in Einzelheiten mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften identifiziert und damit viel von der stillschweigend geforderten wissenschaftlichen Objektivität verliert, dürfte von geringem politischen Gewicht sein. In einer ersten Stellungnahme bezeichnete der Regierungssprecher die aufgezeigten Alternativen als nicht brauchbar."

Die FAZ höhnte unter der Überschrift "Who is who?": "In welche Richtung man angesichts der in diesem Papier geäußerten Vorschläge auch blickt, immer weisen die Konsequenzen auf eine Zerstörung der freien Wirtschaft und damit einer freien Gesellschaft hin."

Demgegenüber attestierte der Kommentator der Frankfurter Rundschau den ökonomischen "Protestanten": "...Ihre Kritik verhindert, daß den amtlichen Ratgebern aus der Wissenschaft, den fünf Konjunkturweisen, ein unverdienter Heiligschein wächst."

Bei der "Welt" dagegen ging es prominent zu. Karl Schiller faßte seine Beurteilung unter dem Titel zusammen: "So trägt man zur Deformation der Marktwirtschaft bei".

Rückblickend müßte man heute hinzufügen: Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und mittelfristiger Wachstumsschwäche hat sich die Kapitalwirtschaft aus sich selbst heraus deformiert. Davor frühzeitig zu warnen, war eine Aufgabe unserer Arbeitsgruppe. Charakteristisch für diese Art der Berichterstattung, das gilt bis zum Memorandum dieses Jahres, ist: Zwar begleitet mit vorwiegender Kritik innerhalb der Kommentierung, in den Medien ist die Arbeit der Memorandumgruppe wahrgenommen worden und ein Stück an Gegenöffentlichkeit zustande gekommen.

Um nicht länger am ersten Memorandum festzukleben, sei nur noch ein Hinweis erlaubt: Die Unterschriftenliste des ersten Memorandums ist für heute nicht mehr typisch. Damals unterzeichneten nur 41 Wirtschaftswissenschaftler. Dabei waren der spätere "Sachverständige" Glasstetter sowie einer der Direktoren des WSI. Viele der Professoren der ersten Runde sucht man heute vergeblich; jedoch viele neue sind hinzugekommen.

Hier sei mir eine ganz persönliche Einschätzung erlaubt.

Aus den vielen Gesprächen kann man resumierend festhalten: Auch kritische Wirtschaftswissenschaftler tun sich gelegentlich schwer, ihre Forschungsarbeit auf konkrete Wirtschaftspolitik zu konzentrieren und Positionen in der Öffentlichkeit im Sperrfeuer der Polemik durchzustehen. Das können auch teils vorgeschoßene Bemerkungen, das Memorandum sei zu wenig theoretisch abgeleitet, zu wenig empirisch fundiert, zu stark in die Interessenkämpfe einbezogen, nicht verdecken. Durch die kontinuierliche Arbeit sind jedoch viele neue Kolleginnen und Kollegen aus dem Universitätsbereich zu unserer Arbeitsgruppe hinzugekommen. Vor allem aber haben – gegenüber den 41 Erstunterzeichnern – die nachfolgenden Memoranden durch eine immer breiter werdende Zahl von Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen Unterstützung gefunden. Daraus ergaben sich zunächst schwierige Probleme, die nach meiner persönlichen Auffassung jetzt jedoch überwunden zu sein scheinen.

Mit dem vom Umfang her schmalen ersten Memorandum war der Grundstein gelegt. Nach einer einmaligen Pause im Jahre 1976 erschienen seit 1977 jeweils zum 1. Mai Jahr für Jahr diese Memoranden. Ihr Umfang schwoll mit den Jahren, wohl auch Ausdruck der steigenden Arbeitsintensität, an. Seit 1980 wurden die allgemeinen Memoranden durch Schwerpunktthemen ergänzt, denn Spezialuntersuchungen zu Problemen der alternativen Wirtschaftspolitik sollten ausführliche Berücksichtigung finden. Mittlerweile sind die Memoranden vom Umfang her so sperrig geworden, daß wir uns für das nächste Jahr eine strikte Seitenbegrenzung vorgenommen haben.

Seit 1978 erscheinen die Memoranden in Buchform. 1978 und 1980 übernimmt das jeweilige Memorandum der Bund-Verlag in sein Programm. Die Nachfrage ist so groß, daß von dem erstmalis die krisentheoretische Grundauffassung geschlossen wiedergebenden Memorandum 1978 eine Zweitaufage erstellt werden muß. Diese Übernahme der Publikation durch den Bund-Verlag spiegelt natürlich auch die Spannungen, die sich zum Ende der ersten Hälfte unserer zehnjährigen Existenz auf der Ebene des DGB (insbesondere seiner Wirtschaftspolitischen Abteilung) ergeben haben. Daß das Memorandum nach 1980 nicht mehr im Bund-Verlag erschien, hatte, das ist sicher, keine wirtschaftlichen Gründe. Denn die beiden Memoranden waren vom Verkauf her im Spektrum gewerkschaftsorientierter Literatur – ich lasse hier den Samuelson, der irritierender Weise ja auch im Bund-Verlag erscheint – der große Renner. Seit 1981 hat das Memorandum einen im Prinzip gut

betreuten Platz im Programm des Pahl-Rugenstein-Verlags. Trotz verschiedenlicher Schwierigkeiten, vor allem im Hinblick auf das jeweilige Erscheinungsdatum, nutze ich die Gelegenheit, um mich bei diesem Verlag auch für die bisherige Zusammenarbeit zu bedanken. Verschiedentliche Tests haben ergeben: Das Memorandum findet sich nicht nur in den linken Buchhandlungen, auf Büchertischen; auch in traditionellen Buchhandlungen – weit in der Provinz – lässt sich das Druckwerk unserer Arbeitsgruppe aufspüren.

Für all diejenigen, die die Memoranden lesen, nutzen, ihre Erstellung politisch und finanziell unterstützen, sei ein kurzer Hinweis auf die Arbeitspraxis erlaubt. Vielen von uns, selbst denjenigen, die unmittelbar an den Einzelkapiteln schreiben, ist es jedesmal ein kleines Mirakel, wie diese "Alternativwälzer" entstehen. Ohne Institution, ohne großen Apparat trifft sich die Arbeitsgruppe drei mal im Jahr, um die Memoranden fertigzustellen. Im November geht es um die Weichenstellung, die Schwerpunktsetzung für das Memorandum im nachfolgenden Jahr. Im Februar werden die bis dahin vorliegenden Rohmanuskripte – so alles nach Plan läuft – diskutiert. Eine aufreibende Redaktionsgruppe macht die Endfassung, titelt und strukturiert. Die Juni-Sitzung wird dann jeweils genutzt, um in Ruhe Schwerpunktthemen – etwa unter den Stichworten: technologische Arbeitslosigkeit?; internationale Konkurrenzfähigkeit, Vergesellschaftung; internationale Schuldenprobleme – zu behandeln. Daraus sind die Memo-Foren entstanden. Sie zeigen, ganz im Gegensatz zu der gelegentlichen Kritik, die Memoranden seien das Produkt einer politisch-opportunistischen Konsensmaschine (so etwa der Vorwurf von Hajo Riese): hier wird wissenschaftlich diskutiert; hier gibt es zum Teil wenig zimperlich geführte Kontroversen, die freilich in eine Stärkung einer alternativen Wirtschaftspolitik-Konzeption münden sollen.

Nochmals zurück auf die Produktionsbedingungen dieser Arbeitsgruppe: Während der SVR etwa immer wieder gesetzlich abgesichert und mit einem Millionenhaushalt ausgestattet oder die Forschungsinstitute mit "Staatskniete" versorgt die privatwirtschaftliche Initiative fordern, die Memo-Gruppe hat gezeigt, wie am Markt mit hohen Eintrittsbarrieren vorbei, oder besser gar gegen eine wirtschaftswissenschaftliche Meinungsmonopolisierung eine alternative Wirtschaftswissenschaft und Politik innovatorisch, finanziell und organisatorisch völlig ungeschützt durchgesetzt worden ist.

2. Entwicklung und Stand der inhaltlichen Schwerpunkte – Künftige Aufgaben

In der zehnjährigen Memorandenpraxis hat sich allmählich, obwohl von Anfang an so angelegt, eine Inhaltsstruktur in Form eines Vierer-Schritts herausgebildet, dessen Beibehaltung sich immer wieder als produktiv erwies:

- a) eine sozial-ökonomische Lage- und Entwicklungsanalyse, die auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohn- und Gehalts- sowie Sozial-einkommensbezieher abstellt;
- b) eine empirisch fundierte Untersuchung der wirtschaftlichen Krisenursachen, über die die zyklischen und überzyklischen Entwicklungsprobleme bestimmt werden;
- c) auf dem Hintergrund dieser ökonomischen Krisenanalyse die Kritik konservativer wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung und Wirtschaftspolitik;
- d) und schließlich die Skizzierung eines "alternativen Entwicklungstyps" mit den Elementen Umverteilung zur Stärkung der Masseneinkommen, bedarfsoorientierte Langzeitbeschäftigungsprogramme, massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich und vor allem Demokratisierung der Wirtschaft – auch über Vergesellschaftung wichtiger Produktionssektoren.

Die Fundierung dieser vier Schwerpunkte, die die Eckkapitel darstellen, durchzieht die zehnjährige Memorandumarbeit wie ein rotes Tau. Auf die Einzelheiten, auf Präzisierungen, aber auch gelegentliche Korrekturen innerhalb dieses Vierer-Schritts kann ich hier ausführlich nicht eingehen. Diese Aufgabe bleibt den Chronisten überlassen. Ich will deshalb nur einige wichtige Etappen rückblickend charakterisieren, um vorwärtsblickend die weiteren Aufgaben unserer Arbeitsgruppe aus meiner Sicht anzugeben:

- a) Die Darstellung der sozial-ökonomischen Lage und Entwicklung bildet jeweils den ersten Kapitalschwerpunkt der Memoranden in den letzten Jahren. Die Entwicklung der Einzelkomponenten, die die Masseneinkommen

bestimmen, aber auch die Arbeits- und Umweltbedingungen werden mit wenigen statistischen Indikatoren beleuchtet. Beim jüngsten Durchblättern der Memoranden fiel mir auf: Das Kapitel "Diskriminierung und Gewöhnung – Varianten der Problemverdrängung" in Sachen Arbeitslosigkeit im Memorandum '79 hat frühzeitig die politisch-ideologischen Verdrängungsmechanismen deutlich gemacht, aber auch die ökonomischen, sozialen, politischen und psychologischen Folgeprobleme der Massenarbeitslosigkeit beleuchtet. Sicherlich gehört weiterhin das Kapitel "Demontage des Sozialstaats seit 1980" im Memorandum von 1984 zu den wichtigsten Leistungen unserer Arbeitsgruppe. Hier wurde das Ausmaß monetären Sozialabbaus für Bevölkerungsgruppen, aber auch spezielle Haushaltstypen deutlich gemacht.

Diese sozial-ökonomische Lageanalyse muß gerade auch gegenüber der konservativen Wirtschaftswissenschaft, die die Lage der von Arbeitsplätzen Abhängigen, wenn überhaupt, dann nur als Restgröße betrachtet, weiterhin im Vordergrund künftiger Memorandumarbeit stehen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sollten jedoch Verbesserungen vorgenommen werden, und zwar in die folgende Richtung:

- Vereinheitlichung entsprechender Statistiken, die jedes Jahr fortgeschrieben werden. Dies hat die Arbeitsgruppe auf ihrer letzten Sitzung beschlossen. Die sozial-ökonomische Lageanalyse von unten her muß aber auch insgesamt besser strukturiert werden.
- Methoden zur differenzierten Erfassung von sozialen Belastungen müssen perfektioniert werden, damit wir uns auch gelegentlich vorgekommene Kleinstfehler ersparen, die wir uns in keinem Fall erlauben können.
- Hier ist aber auch eine längst bei der Arbeitsgruppe angekommene Kritik am Sprachgebrauch angebracht. Öfters haben wir dazu geneigt, die jeweilige Jahressituation als die "schwerste" Belastung, die "tiefste" Krise zu bezeichnen. So begann bereits das erste Memorandum, das zwar zu Recht von der schwersten Nachkriegskrise sprach, aber das auch den Eindruck hervorrief, schlimmer kann es wohl nicht mehr kommen. Hier müssen wir die jeweilige Jahresbeurteilung in den von uns analysierten, mittelfristigen Krisentyp einordnen, um zu vermeiden, daß die kurzfristige Lage nicht falsch eingeschätzt wird. Wie über-

haupt auf Adjektive der Art "massivste", "größte", "tiefste", "schwerste" etc. verzichtet werden sollte.

- Damit hängt auch die Frage zusammen, wie groß eigentlich die politischen Belastungsgrenzen etwa im Rahmen des Sozialabbaus sind. Hier sind wir alle mehr oder weniger überrascht worden. 1975 glaubten doch viele von uns, registrierte Arbeitslosigkeit über eine Million, das würde politisch nicht zugelassen, weil der Druck zu groß wäre. Die Erfahrung der letzten zehn Jahre aber lehrt: Mit unterschiedlichen Mechanismen – der Verdrängung, der Diskriminierung, aber auch des politischen Drucks und der Disziplinierung – konnte sich die Massenarbeitslosigkeit relativ widerstandslos ausbreiten und der Sozialabbau bei einem Übergang von der sozialliberalen Regierungskoalition zur jetzigen Bundesregierung relativ "störungsfrei" breit machen. Was wir in einigen Memoranden schon geleistet haben, muß intensiviert werden: Die Untersuchung der Mechanismen, mit denen ökonomisch, politisch, sozialpsychologisch und vor allem ideologisch – denken wir nur an das Zerrbild vom Klassenkampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern (als hätten die Beschäftigten die Verfügungsgewalt über ihren Arbeitsplatz) und Arbeitslosen – die Spaltung der Gesellschaft aktiv durchgesetzt wird und die virulenten Konflikte entpolitisiert werden.

b) Ein Schwerpunkt der Memorandumarbeit bildet die über zehn Jahre immer wieder aufgegriffene und intensivierte Erklärung der Wirtschaftskrisen, insbesondere der Massenarbeitslosigkeit. Im Memo '78 wurde modellhaft die zyklische und überzyklische Theorie von der Überakkumulation, die vor allem aus der profitdominierten Verteilung des Volkseinkommens resultiert, entwickelt. Unter dem Titel "Vorlauf der Akkumulation – Schwäche des Verbrauchs – Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise" ist im Memorandum '84 diesem Aufgabengebiet ein umfassender Schwerpunkt gewidmet worden. Damit verliert viel theoretische Kritik an unserer Arbeit an Kraft, denn m.E. werden in diesem Sonderbeitrag auf empirischer Basis die Veränderungen kapitalistischen Verhaltens unter dem Regime der Krise sowie deren Auswirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Prozeß zu treffend beschrieben. In heimlicher, sicherlich unbeabsichtigter Konvergenz ist von rechts ebenso wie von links – etwa von konservativer Seite durch Starbatty im "manager magazin" – behauptet worden, theoretisch handele es sich hier um ein "Gebräu zwischen Keynes und Marx"; oder aber von links, die Memoristen hätten "Marx im Kopf, aber Keynes

nur auf der Zunge". Ich muß es mir leider verkneifen, hier mal ausführlich mit Mythenbildungen, die uns in diesem Zusammenhang immer wieder treffen, aufzuräumen. Natürlich hat sich die Arbeitsgruppe aus dem mehr schlecht als recht gezimmerten Gehäuse einer Kapitallogik, die die marxsche Kapitalismusanalyse zu einer überhistorisch prozessierende Widerspruchsonologie zurechtzimmert, herausbegeben. Natürlich haben wir uns auch von der bei so vielen Linken beobachtbaren stillen Sehnsucht nach der Geborgenheit in den Glasperlenspielen a la "Allgemeine Gleichgewichtstheorie", die in Gestalt orthodoxer Neoklassik halt doch nur eine kapitalistische Legitimationstheorie bleibt, verabschiedet. Die Suche nach einer adäquaten Krisentheorie, die sich auf die aktuelle Wirklichkeit bezieht und nicht die Realität bedauert, weil sie mit dem Modell nicht übereinstimmt, macht angreifbar, macht verwundbar. Man kann es drehen und wenden wie man will, der innovative Weg, den die Memo-Gruppe hier gegangen ist, hat sich bewährt. Freilich, für die zukünftige Arbeit stellen sich noch viele Aufgaben in diesem Teil der Memoranden:

- Empirisch muß die Fundierung der Krisentheorie weiterentwickelt werden.
- Der Einfluß der Strategien von konzentrierten Kapitalgruppen auf die gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - Beschäftigung, Produktion, Preise - muß besser deutlich werden.
- Ökonomische Folgeabschätzungen der neuen Technologien sollten konzentriert vorgenommen werden. Dazu gibt es jetzt eine Arbeitsgruppe zusammen mit dem Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), die hier Grundlagenanalyse zu betreiben hat.
- Vor allem muß der Zusammenhang zwischen Krisenanalyse einerseits und alternativen Forderungen andererseits deutlicher werden, um dem Vorwurf zu entgehen, die Alternativen seien mehr "aufgesetzt", politisch bestimmt, als krisentheoretisch "abgeleitet".
- Schließlich muß der politische Charakter der Krise, überhaupt die Politik als Steuerungsgröße der ökonomischen Entwicklung noch klarer herausgearbeitet werden.

- Auf Dauer wird es nötig für die Abschätzung unterschiedlicher Wirkungen einen eigenen ökonometrischen Ansatz zu konzipieren; die Steuer AG entwickelt gerade einen Steuertarif, der in einem kleinen ökonometrischen Modell gesamtwirtschaftlich und gruppenspezifisch abgeschätzt werden kann.

c) Auf der Basis der Krisentheorie konzentrierten sich die Memoranden von Anfang an, aber erst in den letzten Jahren in ausreichendem Ausmaß, auf die Kritik der monopolisierten, konservativen Politikberatung sowie die praktizierte Politik. Der "Olymp aus Wiesbaden", die sog. "Fünf Weisen", standen verständlicherweise zu Beginn unserer Arbeit im Zentrum der Kritik. Letztmalig ausführlich haben wir in einer heute noch aktuellen Kritik unter der Kapitelüberschrift "Falsche Diagnose - schädliche Rezepte" den staatlich verordneten SVR kritisiert, und zwar im Memorandum '78. Danach gingen wir davon aus, die explizite Kritik lohne sich nicht mehr, weil sich diese Ratgeber in ihrer Mehrheit spätestens seit 1975 der Produktion einer konsequenten Wende-Politik verschrieben hatten. Unter der Hand ließ sich in Erfahrung bringen, daß die Wiesbadener Räte unsere Arbeit verfolgten, freilich bis letztes Jahr in der Öffentlichkeit darüber hinweggingen. Nur einmal ging der ehemalige Ratsvorsitzende Sievert, als er versuchte, zuerst eine Sendung des NDR in Sachen Streitgespräch mit uns zu torpedieren und dann über die Intendanz zu kippen, in die Öffentlichkeit. Immerhin, im zehnten Jahr unserer Existenz sah sich der SVR genötigt, sich mit unseren Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen auseinanderzusetzen und zwar unter dem bezeichnenden Etikett: "die andere Wirtschaftspolitik". Sollte das zu unserem zehnten Geburtstag ein Danaergeschenk sein? Ich glaube, wir sollten es in Zukunft halten, wie in der jüngsten Vergangenheit: Wir "profilieren" uns nicht als "Gegen-Sachverständigenrat", wie so oft in der Öffentlichkeit behauptet, sondern konzentrieren uns auf eine alternative Wirtschaftspolitik, die natürlich zugleich auch eine Kritik an der konservativen Politikberatung beinhaltet.

In einem anderen Punkt waren die Memoranden beständig. Bisher enthielt jedes Memorandum ein ausführliches Kapitel zur Kritik der praktizierten Regierungspolitik. Im Rahmen der Vorbereitung zur Haushaltsberatung im Bund haben wir im September 1981 und Oktober 1982 zusätzlich jeweils ein "Sondergutachten" vorgelegt. Die beschäftigungsspezifischen, sozialen und gesamtwirtschaftlich verheerenden Wirkungen der

Politik der "Haushaltskonsolidierung", die bei Lichte besehen nichts anderes als Umverteilungspolitik von unten nach oben ist, stand in letzten Jahren im Zentrum der Kritik. Aber auch speziell die Ausweitung des Rüstungshaushalts und überhaupt die Ausbreitung und Intensivierung des "militärisch-industriellen Komplexes" bildete einen wichtigen Gegenstand, zu dem unsere Arbeitsgruppe auch wichtige Grundinformationen entwickelt hat. Bei der ökonomischen Funktions- und Interessenanalyse des Staates stand eine Vorstellung, die übrigens Schumpeter 1918 schon in seiner "Krise des Steuerstaats" festhielt, im Vordergrund: "Niemals sollte man eigentlich sagen: Der Staat tut das oder jenes. Immer kommt es darauf an, zu erkennen, wer oder wessen Interesse es ist, der oder das die Staatsmaschine in Bewegung setzt und aus ihr spricht." Im jüngsten Memorandum haben wir in Fortführung früherer Aussagen ausführlich den Versuch unternommen, die Ideologie der "Politik der Wende" herauszuarbeiten. Hierbei ging es um die Darstellung des Zusammenhangs von kapitalismusradikaler Wirtschaftspolitik, Elitekonzeption und Reaktivierung der Familie als Auffangnetz für den staatlich vollzogenen Sozialabbau im Klima "alter-neuer Mütterlichkeit".

Zur Politikkritik gehört ein weiterer Schwerpunkt. Die Arbeitsgruppe hat frühzeitig herausgearbeitet, daß Arbeitslosigkeit nicht nur die Folge mangelnder ökonomischer Makrokoordination ist, sondern als Instrument des Umbaus der Gesellschaft zur Stärkung der Unternehmensmacht genutzt wird. Diese "Politik in der Krise mit der Krise" – so die Titelüberschrift im Memorandum 1984 – ist ja der eigentliche Kern der "Politik der Wende". Bereits im Memorandum 1980 ist unter dem Stichwort "konervative Privatisierung des Beschäftigungsrisikos" im Prinzip die ordnungspolitisch begründete Demontage sozial abgefederter Produktionsverhältnisse vorgezeichnet worden. Im diesjährigen Memorandum '85 wird dann rückblickend die Dramaturgie der Sozialstaatsdemontage zusammengefaßt: Zuerst vollzieht sich, seit spätestens 1980 durch die sozialliberale Koalition zum Programm erhoben, der Sozialabbau in Mark und Pfennigen. Wie auch immer begründet, sozialdemokratisch defensiv mit dem Hinweis auf die Haushaltsskrise oder ordnungspolitisch offensiv, die existentielle Not der Sozialeinkommensbezieher erhöhte sich dadurch, die so erzwungene Bereitschaft zur Übernahme schlechter abgesicherter Jobs war sozialpolitisch vorbereitet. Die Erhöhung der Abhängigkeit der Abhängigen, jetzt nicht mehr so stark sozial abgefedert, weitete sich

aus. Um aber diese "Früchte" im Sinne dieses individuellen Anpassungsdrucks pflücken zu können, mußte der Angriff auf das "Normalarbeitsverhältnis" und die dieses schützenden Gewerkschaften gestartet werden. Das sog. "Beschäftigungsförderungsgesetz", im diesjährigen Memorandum unter dem Titel "Weniger Schutz und mehr Konkurrenz" kritisiert, bildet den Auftakt zum Einbruch in das bisher geschützte Normalarbeitsverhältnis. Auf dieser machtpolitischen Linie der "Politik der Wende" liegt auch das Ziel der nachhaltigen Schwächung der Gewerkschaft in ihrer Kampfkraft. Darum geht es bei der gesetzlichen Neufassung des § 116 AFG.

An diese Analyse schließen sich die Probleme an, die sich für unsere zukünftige Arbeit stellen:

- Zweifellos, wir haben frühzeitig, und zwar seit 1980, diese Tendenz der "Deregulierung" zur Ausweitung des Spielraums unkontrollierter Kapitalstrategien gesehen. Was uns vermutlich alle überrascht hat, ist die Geschwindigkeit mit der die Schutzrechte der Arbeitnehmer und die Strukturen der Interessenvertretung durch die Gewerkschaften abgebaut werden sollen. Nach den Einschränkungen des Mieter-, Jugend- und Schwerbehindertenschutzes folgte das sog. "Beschäftigungsförderungsgesetz", das die Tarif- und Arbeitsbedingungen flexibilisiert. Jetzt steht mit der Neufassung des § 116 AFG die Aushöhlung des Streikrechts im Vordergrund.
- Deshalb müssen wir zum einen genauer untersuchen, wie die mit den neuen Technologien möglich gewordene Produktionsflexibilisierung erstmals die Möglichkeit bietet, technologisch-objektiv gewerkschaftliche Organisationsstrukturen zu durchlöchern.
- Zum anderen kommt es darauf an, die politischen Bedingungen der Instrumentalisierung der Krise zu untersuchen. Es geht um die Beantwortung der Fragen: Wie ist eine derartige ordnungspolitische Demontage so zügig möglich geworden und wie läßt sich diese künftighin abbremsen? Damit hängt eine weitere Frage, die wir intensiver behandeln müssen, zusammen: Wie verschafft sich eine konservative Bundesregierung im Dienste der Wirtschaft überhaupt die wählerspezifische Legitimation, d.h. auch ganz schlicht die Stimmen bei den abhängig Beschäftigten, gegen die und deren Gewerkschaften sich diese Politik richtet?

d) Neben der Analyse der sozial-ökonomischen Lage, der Krisenerklärung sowie der Kritik praktizierter Wirtschaftspolitik liegt für die Memoranden der eigentliche Schwerpunkt auf der Entwicklung, wie es im

Memorandum '82 erstmals heißt, "eines alternativen Wachstums- und Entwicklungstyps". Es gibt zur sich scheinbar neutral und sachgesetzlich darstellenden herrschenden Politik eine Alternative, die prinzipiell finanzierbar ist, so hier die Grundaussage! Letztlich geht es der Alternative um die Nutzung und Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten, die unter dem Primat der an Besitz, Eigentum und Macht gebundenen Gewinnwirtschaft nicht für die große Mehrheit der Bevölkerung ausgeschöpft werden. Zum Konzept dieser Alternative gehören die drei Ansatzpunkte:

- Qualitatives Wachstum,
- Arbeitszeitverkürzungen,
- Demokratisierung der Wirtschaft, auch über sektorale Vergesellschaftung.

Mit der Forderung nach qualitativem Wachstum verbindet sich die fundamentale Vorstellung: Struktur und Entwicklung der Arbeitsplätze müssen mit Kriterien privaten und öffentlichen Bedarfs, also der Gebrauchs-wertorientierung, verbunden werden. Zu diesem Typ qualitativen Wachstums gehört aber auch eine Stärkung der Masseneinkommen, um die Teilhabe an der privaten Konsumtion den unteren und mittleren Einkommensschichten, den Lohn-, Gehalts- und Sozialeinkommensbeziehern zu ermöglichen. Diese Teilstellung hat uns anfänglich immer wieder den Vorwurf der Orthodoxy, des Konsumfetischismus eingebracht. Eine Forderung kann aber deshalb schon nicht als orthodox diskriminiert werden, weil eben immer schon die Konsumtionsmöglichkeiten aufgrund einer gewinndeterminierten Verteilung bei unteren Einkommensschichten beschränkt waren. Niemand wird ernsthaft behaupten, daß die über Jahre beobachtbare unterproportionale Entwicklung bzw. der Rückgang des (realen) privaten Konsums (gegenüber dem Wirtschaftswachstum) auf einen wie auch immer gearteten "Wertewandel" zurückzuführen sei. Sie ist vielmehr Ausdruck der absolut unter das Niveau von 1978 zurückgegangenen Nettoreallöhne, der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus. Die "neue Armut" wirft das richtige Licht auf die systematische Beschränkung der Konsumtionschancen. Umverteilung muß deshalb dort die Einkommen hinbringen, wo konsumtiver Bedarf da ist, aber Einkommen fehlen und sie dort wegnehmen, wo zwar Einkommen aber kein zusätzlicher Konsumbedarf größeren Ausmaßes mehr besteht. Die Stärkung der Masseneinkommen ist insoweit ökonomisch und sozial ge-rechtfertigt.

Wenn auch, was die Fristigkeit betrifft noch nicht so klar, bereits das erste Memorandum fordert eben nicht nur ein globales Konjunkturprogramm. Aufgabenfelder öffentlicher Konjunkturpolitik wurden schon im ersten Memorandum, systematisch jedoch nicht definiert, angegeben. Die Präzisierung der Aufgabenfelder ebenso wie die Entwicklung von Finanzierungsvorschlägen für ein Beschäftigungsprogramm erfolgte erst in den letzten Jahren. In den wichtigen Feldern Umweltpolitik und ressourcenschonende Energiepolitik waren wir am Anfang unserer Arbeit zu wenig Pioniere. Zweifellos haben die Memoranden trotz anfänglicher Schwierigkeiten in den letzten Jahren dazu beigetragen, daß sich mitlerweile ein Konsens über die Inhalte von Beschäftigungsprogrammen herausbilden konnte. Eines steht in diesem Zusammenhang fest: In keinem der Memoranden ist jemals, wie Kritiker gelegentlich behaupten, eine Beschäftigungspolitik um jeden Preis gefordert worden. Wer dies behauptet, der hat die Memoranden in den letzten Jahren ernsthaft nicht gelesen. Dafür gibt des vor allem zwei Belege: Von Anfang an haben die Memoranden die Vorstellung, mit Rüstungsproduktion ließen sich auf Dauer Arbeitsplätze sichern, attackiert. Als Ergebnis eines langanhaltenden Diskussionsprozesses sind im Bereich der Umwelt, der Energieversorgung und des Städtebaus zukunftsorientierte Beschäftigungsfelder entwickelt worden. Hier hat die Arbeitsgruppe, wenn auch in ihrer zehnjährigen Praxis zu spät und zu langsam die Kritik der großen Nationalökonomin Joan Robinson gegenüber keynesscher Globalsteuerungspolitik angenommen: Die Keynessche Theorie wurde orthodox, als man die Frage nach dem was produziert werden soll, vergessen hat. Bei der Präzisierung logisch haltbarer Umweltpolitik ist noch viel Arbeit zu erbringen: Wir müssen das im jüngsten Memorandum entwickelte Konzept einer "arbeitsorientierten Umweltökonomie" sowie einer "alternativen Energieversorgung" weiterentwickeln: etwa durch genauere Abschätzungen der (Netto-)Beschäftigungswirkungen sowie der ökologischen Folgeprobleme. Die Gefahr, daß mit ökologischen Prozeßinnovationen neue Belastungen (etwa Gips bei der Rauchgasentschwefelung) entstehen und erneut Reparaturtechnologien an die Produktionsanlagen angehängt werden müssen ("end-of-the-pipe"-Problem), bedarf einer expliziteren Berücksichtigung. Hier sind ökonomische durch ökologische Kreisläufe zu komplettieren.

Auf die Finanzierungsvorschläge, die wir entwickelt haben, kann ich hier nicht genauer eingehen. Nur so viel: Man sollte über die Umweltfordernisse die Sozial- bzw. Verteilungspolitik nicht bagatellisieren bzw.

verdrängen. Finanzierungslösungen für Programme wie "Arbeit und Umwelt" dürfen nicht so strukturiert werden, daß den unteren Einkommensschichten erneut Belastungen aufgebürdet werden. Insoweit ist Umweltpolitik eben auch in eine Politische Ökonomie eingebunden. Mit einer ökologischen Umstrukturierung der Wirtschaft muß immer auch in die Kapitalstrategien und damit auch die Gewinnverteilung eingegriffen werden.

Ein weiteres Element der Beschäftigungspolitik bildet die begründete Forderung nach massiver Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich. Auch hier ist gegenüber dem Vorwurf situativen Aufgreifens dieser Forderung durch die Arbeitsgruppe festzuhalten: Im Memorandum '82, also vor dem Kampf um die 35-Stunden-Woche, wird (auf S. 128) formuliert: Selbst bei einer besten Politik qualitativen Wachstums, "massive Arbeitszeitverkürzung ist unverzichtbar". 1983 haben wir als Schwerpunktthema den Beitrag vorgelegt: "35-Stunden sind genug". Dieser Beitrag ist als Sonderband in einer zig-Tausender-Auflage vertrieben worden. Hier haben die Wissenschaftler der Arbeitsgruppe dazu beigetragen, die ökonomische Grundpositionen zu fundieren. In der ersten Hälfte von 1984 haben wir mitten in den Kampf um die 35-Stunden-Woche ein Sondermemorandum unter dem Titel vorgelegt: "Zerstört der Streik den Aufschwung?", denn bevor überhaupt der Tarifkampf erst richtig los ging, haben die Arbeitgeberverbände, die Bundesregierung aber natürlich auch die konservativen Politikberater einen sich abzeichnenden Abschwung den Gewerkschaften in die Schuhe schieben wollen. Im Vergleich zu dieser Befürchtung hat sich das Gegenteil eingestellt: Der Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung und die realisierten Abschlüsse konnten die wirtschaftliche Entwicklung – ebensowenig wie die internationale Konkurrenzfähigkeit – unterminieren. Heute wissen wir: Der Zuwachs an ca. 200.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1985, den sich die Bundesregierung zurechnet, ist auch darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahr die Arbeitszeit je Beschäftigten um 0,5 vH zurückgehen wird, während sie 1984 stagnierte. Ohne all die Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung wäre trotz des wirtschaftlichen Wachstums in diesem Jahr (1985) die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen.

Gerade auch in dem schweren Streik um die Wochenarbeitszeitverkürzung, dessen Kraft mit der Neuformulierung des § 116 AFG zulasten der Gewerkschaften künftig abgeschwächt werden soll, hat sich die Grundauffassung unserer Arbeitsgruppe bestätigt: Schaffung einer Gegenöffent-

lichkeit aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaft zur wissenschaftlichen Stützung gewerkschaftlicher Grundpositionen.

Selbstverständlich stellen sich hier auch Aufgaben an die künftige Arbeit. Ökonomische Argumente für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung müssen weiter präzisiert werden. Vor allem müssen wir eine wissenschaftliche Antwort auf die durch die Kapitalmacht propagierten Flexibilisierungsvorschläge finden. Hier ist präventive Arbeit zu leisten, d.h. Modellvarianten sollten auf ihre Folgen hin durchgespielt werden. Um die Front gegen Flexi-Modelle zu stärken, bedarf es einer genaueren Durchleuchtung dieser, denn eine globale Ablehnung macht defensiv und nicht offensiv.

Von Anfang an stand schließlich die Forderung nach der Demokratisierung der Wirtschaft durch den Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung sowie die Realisierung von Vergesellschaftungsmodellen im Vordergrund unserer Arbeit. Alle instrumentellen Forderungen blieben nur technisches Stückwerk, würden nicht die Produktionsentscheidungen demokratisch politisiert. Die Forderung nach politischer Steuerung setzte schon bei den Beschäftigungsprogrammen an, die eben nicht der Globalsteuerung nachgebildet sind, sondern auf die Produktions-, Beschäftigungs- und Preispolitik durch Auflagen Einfluß nehmen wollen. Gerade auch im Lichte der Krisenerfahrungen in den letzten zehn Jahren hat die Arbeitsgruppe Vorstellungen einer Makrokoordination in Form einer wie auch immer strukturierten "konzentrierten Aktion" energisch widersprochen. Wer die Memoranden gelesen hat, der weiß, daß ein Plädoyer für ein "soziales Bündnis" gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise als Anachronismus erscheinen muß. Wie kann man auf ein soziales Bündnis gegen Massenarbeitslosigkeit spekulieren, wenn wir selbst ausführlich dargestellt haben, wie weite Teile der Kapitalwirtschaft diese nutzen, instrumentalisieren, einsetzen, um soziale Strukturen zu reduzieren, die Abhängigkeit der Abhängigen zu erhöhen und die Gewerkschaften zu schwächen.

Zur Frage sektoraler Vergesellschaftung haben wir auch immer wieder Sonderbeiträge in die Memoranden eingefügt:

- Im Memorandum 1981 wurden zwei Modelle der Verstaatlichung der Stahlindustrie bzw. der Stahlkonzerne vorgestellt. 1983 haben wir die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie wiederholt und

ein Vergesellschaftungsmodell für die Werften hinzugefügt. Natürlich ist es für uns von großer Bedeutung, daß die IG-Metall ein vorzügliches Modell zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie in diesem Jahr als Folge langer Diskussionen vorgelegt hat.

- Aber auch zu anderen Bereichen sind die Alternativen in Schwerpunktbeiträgen analysiert worden. Bereits 1981 wurde unter dem Titel "Krise und Alternativen im Wohnungsbau" die Einrichtung eines kommunalen Baufonds vorgeschlagen. Angesichts des sich endgültig mit der Haushaltsoperation '82 abzeichnenden Sozialstaatsabbaus hat die Arbeitsgruppe 1982 das Schwerpunktthema in von vielen Seiten anerkannter Weise behandelt: "Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage - Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik". Schließlich wurden im Memorandum 1983 schwerpunktspezifisch entwickelt: "Alternativen der Kommunalpolitik - Sicherung von Finanzstärke gegen autoritäre Konsolidierungspolitik und Sozialabbau". Ein typischerweise Ende der siebziger Jahre ausgespartes Thema hat die Arbeitsgruppe in der jüngsten Zeit endlich aufgenommen: Analyse des Bankensystems und Möglichkeiten seiner Vergesellschaftung. Im Memorandum '84 wurde eine vorbereitende Untersuchung unter dem Stichwort "Bankenpolitik in der Krise" unterbreitet, um in diesem Jahr eine "wirtschaftsdemokratische Alternative für den Bankensektor" zugänglich zu machen.

Mit diesen sektoralen Modellen der Vergesellschaftung ist ein erster wichtiger Schritt nach vorne gegangen worden. Hier ist aber noch viel Zusatzarbeit zu leisten. Vor allem die Einbindung derartiger Vergesellschaftungsmodelle in ein Gesamtkonzept ökonomischer Steuerung und Regulierung steht noch aus. Weiterhin müssen auch die politisch-ökonomischen Umsetzungsbedingungen genauer untersucht werden. Immerhin haben wir im diesjährigen Memorandum den Versuch unternommen, für das "Ruhrgebiet" - also eine Region - eine Alternative im Sinne eines regionalen Vergesellschaftungsmodells zu entwickeln.

Zweifellos offenbart sich bei der Entwicklung der Alternativen immer noch, trotz vieler Versuche, eine abschließend zu registrierende deutliche Lücke. Wir haben zwar im jüngsten Memorandum "frauenpolitische Alternativen" vorgelegt, aber wir sind uns, gestützt auch auf der Einschätzung unserer Frauen-Arbeitsgruppe, einig, daß hier noch viel Arbeit geleistet werden muß. Das fängt bei Analyseproblemen an, etwa dem

Nachweis, daß Frauen von der Krise besonders getroffen seien. Hierüber wird momentan heftig diskutiert und muß weiter gearbeitet werden. Verhindert werden sollte dabei, daß bei den Alternativen – am auffälligsten bei den kurzfristigen – sog. Frauen-Spiegelstriche als Indiz separierter Anforderungen zustandekommen. Hier sehe ich noch einen wichtigen Beitrag, den die Arbeitsgruppe zu leisten hat, um insgesamt Orientierungen über den Zusammenhang von Kapitalwirtschaft und Frauen – sowie darauf bezogene Alternativen – zu formulieren.

Das Fazit dieses schnellen Durchgangs durch 10 Jahre Memorandumarbeit lautet: Wir sind in diesen zehn Jahren auch unter Nutzung von Kritik und Selbstkritik von unserem Anspruch her ein gewichtiges Stück weitergekommen. Zur Stärkung von Alternativen im Interesse der bisher von Kapitalstrategien Abhängigen wird es aber der hier verschiedentlich angegebenen Weiterarbeit aus meiner Sicht dringend bedürfen.

3. Wirkungen über die Adressaten und Nutzer

In eine Gesamteinschätzung unserer Arbeit gehört verständlicherweise auch eine Abschätzung der Folgen unserer Arbeit für unsere Adressaten, unsere Nutzer vor allem. In der Nachmittagsdiskussion haben wir vorgesehen, daß aus dem gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bereich die Erfahrungen im Umgang mit den Memoranden bewertet und hoffentlich auch konstruktive Vorschläge für die weitere Arbeit unterbreitet werden. Ich will deshalb hier nur wenige Hinweise geben:

- Zum Teil ist es gelungen, in der herrschenden Wirtschaftswissenschaft unsere Arbeit sichtbar zu machen. Mehrere kritische Einschätzungen aus diesem Lager (etwa Starbatty und Vaubel) liegen vor. Wenn auch viel zu wenig, wir haben es den interessierten Studierenden ermöglicht, mit den Memoranden zu arbeiten und die damit verbundenen Inhalte zum Seminarthema zu machen. Verschiedenste Vorträge und Podiumsdiskussionen an den Universitäten, vor allem auf Einladungen der studentischen Fachschaften, sind von uns bestritten worden.
- Weiterhin: Wie die vielen schriftlich niedergelegten Kontroversen etwa in den WSI-Mitteilungen und den Argument-Sonderbänden zeigen – die Arbeitsgruppe hat intensivste Diskussionen im Spektrum linker

Wirtschaftswissenschaftler ausgelöst. Dabei ging es nicht immer gerade zimperlich zu. Was die Vorwürfe gegenüber theoretischer Stringenz und empirischer Absicherung betrifft, so konnten zum Teil auch Vorurteile abgebaut werden. Die Kritik derjenigen, die die ökonomische Entwicklung als unbeeinflußbare Exekution modellierten Kapitallogik betrachten und somit keine Ansatzpunkte alternativer Strategien in der aktuellen Situation sehen können, ist geblieben. Hier sind eben die Differenzen unüberbrückbar. Insgesamt denke ich, haben wir die Kritik ganz gut überstanden, weil wir sie eben auch zum Anlaß genommen haben, weiterzuarbeiten und auf Rechthaberei und Besserwisserei zu verzichten.

- Das Ziel, in der durchorganisierten Öffentlichkeit eine wirtschaftswissenschaftliche Gegenöffentlichkeit zu etablieren, ist uns insgesamt einigermaßen gelungen. Wenn auch nur ganz wenige Wirtschaftsjournalisten in Bonn unser Anliegen annahmen und sich damit kritisch-solidarisch auseinandersetzen, die Berichterstattung war einigermaßen gut; die Kommentierung zum Teil jedoch nur eine Mischung aus unzureichender Aufarbeitung, Arroganz und Diffamierung. Wir sollten dennoch diese Ebene, als eine Voraussetzung, Gegenöffentlichkeit präsent zu machen, nie unterschätzen und somit nie vernachlässigen.
- Der Diskussionszusammenhang mit einzelnen Parteien im Bundestag war im Zeitablauf und im Ausmaß unterschiedlich. Mitglieder unserer Arbeitsgruppe haben natürlich auch in ihren jeweiligen Parteien zur Verbreitung unserer Grundauffassungen beigetragen. Die heutigen Gäste von der SPD-Bundestagsfraktion belegen eben auch ein Stück, wenn auch gelegentlich beschwerlicher Zusammenarbeit. Mit den Grünen im Bundestag war in diesem Bereich eine gute Zusammenarbeit möglich. So wurde auf deren Initiative die Arbeitsgruppe drei Mal zu Anhörungsverfahren - Bundeshaushalt '84, Novellierung des KWG, Lohn- und Einkommensteuerreform, eingeladen. In ökonomisch-ökologischen Grundfragen zeichneten sich jedoch auch Schwierigkeiten ab, die meiner Meinung nach auf Dauer nicht anhalten müssen. Daß auch Mitglieder der Fraktion der Grünen aus dem Bundestag hier teilnehmen, ermutigt in diese Richtung der notwendigen Bündelung der Kräfte für eine wirtschaftspolitische Alternative.
- Schließlich bliebe das Verhältnis zwischen unserer Arbeitsgruppe und dem DGB sowie den Einzelgewerkschaften zu beleuchten. In unterschied-

licher Intensität gab es hier erhebliche Spannungsprobleme. Es wäre sicherlich interessant gewesen, die vielen Briefwechsel in dieser Angelegenheit mal rückblickend aufzuarbeiten. Ich halte das mittlerweile für völlig überflüssig. Wen die Bedenken des DGB - vor allem der Wirtschaftspolitischen Abteilung - interessieren, dem sei die Debatte in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" (GM) 2/1980 empfohlen. Viel wichtiger ist, daß die reale Entwicklung, nämlich die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, der Sozialabbau und die sich verstärkenden Angriffe auf die Gewerkschaften im Klima einer mehrheitlich antige- werkschaftlichen Wirtschaftswissenschaft die ursprünglichen Be- rührungsängste gemildert haben sollten. In den GM von 1980 habe ich einen für mich auch heute noch gültigen Satz formuliert: "Die Arbeits- gruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist weder Sprachrohr der Gewerk- schaft noch ein innergewerkschaftliches Entscheidungssurrogat." In dieser zweiseitigen Abgrenzung aber gerade liegt die Chance, daß wir in wirtschaftspolitischen Fundamentalfragen gewerkschaftliche Grund- auffassungen wissenschaftlich unterstützen können und in unserer Ver- antwortung als Wissenschaftler in den Universitäten und den Medien eine Gegenöffentlichkeit zur Stärkung gewerkschaftlicher Positionen etablieren. Die vielen Kolleginnen und Kollegen, die diese Memoranden stützen, mitfinanzieren und heute hier zur Diskussion anwesend sind, belegen, daß wir den richtigen Weg in dieser mit inhaltlichen und organisatorischen Schwierigkeiten belasteten Aufgabenbewältigung ein- geschlagen haben.

4. Ein Blick auf die anstehenden Organisationsprobleme

Daß wir auf dem bisher eingeschlagenen Weg mit der Fähigkeit zur Selbstkritik und damit Weiterentwicklung voranschreiten müssen, ist aus dem bisher Gesagten deutlich geworden. Welche inhaltlichen Aufgaben sich stellen, darauf hat Jörg Huffschmid hingewiesen; ich habe einige Be- reiche aus meiner persönlichen Sicht hinzugefügt. Mir bleibt nur noch ein Hinweis auf die Organisierung unserer Arbeit. Wir haben immer auf die Gründung eines Vereins verzichtet, um vielleicht auch der viel zi- tierten Gefahr der "institutionellen Sklerose" zu entgehen. Das hat auch finanzielle Nachteile. Spenden für unsere Arbeit sind etwa nicht absetzbar, weil uns damit die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt werden kann. Diese Kosten sollten wir aber bereit sein, zu tragen. Seit Axel

Troost die Geschäftsführung dieser Arbeitsgruppe übernommen hat, haben wir eine neue Stufe der Leistungsfähigkeit erreicht. Ich weiß, wovon ich rede, denn die ersten Jahre lief die gesamte Arbeit über wenige Kollegen in Bremen, praktisch dilletantisch nebenher. So konnten wir nicht mehr weitermachen. Wir verfügen jetzt über eine effiziente aufopferungsreite Betreuung, um die Arbeiten voranzutreiben. Viele von uns haben sich schon vor längerer Zeit bereiterklärt, eine halbe Stelle für Axel Troost zu finanzieren.

Wir haben auf der letzten Sitzung in Oer-Erkenschwick beschlossen, wegen des immensen Arbeitsanfalls, in den nächsten Monaten zu versuchen, die Finanzierung auf eine volle Stelle aufzustocken. Ich nutze daher in dieser Situation die Gelegenheit, zu bitten, durch Einrichtung bzw. Erhöhung eines Dauerauftrags diese Finanzierung zu ermöglichen. In gewisser Weise tue ich das ohne Hemmungen und Verkrampfungen. Denn dieser Aufruf beweist: Wir finanzieren die Memo-Arbeit einzig und allein aus uns selbst heraus. Wir hängen nicht am Subventionstropf, den etwa das Kieler Institut oder die "Sachverständigen" in Wiesbaden brauchen, um aus öffentlich abgesicherten Positionen von Privatisierung und "freier Unternehmerinitiative" zu reden. Wir werden aber auch nicht von als Dunkel bezeichneten Mächten dieser Welt finanziert, hängen an keinem Ticker. Um uns diese Voraussetzung absoluter und selbstverwalteter Autonomie zu bewahren, brauchen wir eben die finanzielle Mithilfe unserer Mitarbeiter, Freunde und Unterstützer.

Zum Schluß muß ich leider im Rahmen dieser Geburtstagsfeier zum ersten Dezennium unserer Arbeitsgruppe auf ein schwieriges Problem hinweisen: Im engen Kreis, dort treffen sich diejenigen, die Jahr für Jahr diese Memoranden entwickeln, diskutieren und formulieren, spüren wir die konservative (Re-)Etablierung der Ordinarienuniversität, die die verschiedenen Novellierungen des HRG forciert haben. Die erste Generation der "Memorandisten" ist ohne die Auswirkungen der Studentenbewegung im Wissenschaftsbetrieb, konkret an den Universitäten etwa in Westberlin, Hamburg, Gießen, Köln und schließlich Bremen nicht zu denken. Nach meiner persönlichen Meinung haben wir deshalb auch Probleme mit dem Nachwuchs engagierter Wirtschaftswissenschaftler/innen, weil kaum noch Mitarbeiterstellen an den Universitäten mit einer derart wissenschaftlich kritischen, gewerkschaftsorientierten Ausrichtung vergeben werden. Das gilt natürlich auch für die Besetzung von Hochschullehrerstellen,

die im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich auf "marktwirtschaftliche Gesinnung" ausgerichtet werden. Deshalb müssen wir auch an diesem Tag uns Gedanken darüber machen, wie wir die Memorandumarbeit, also vor allem die Konzeptions- und Redaktionsarbeit auch in Zukunft personell breiter sichern können, um die nachwachsende Wissenschaftlergeneration einzubinden.

Ich denke wir können getrost heute diskutieren und feiern – anlässlich der nicht selbstverständlichen, für Konservative auch ärgerlichen Tatsache: "10 Jahre Memorandum" –, weil wir alle, und das zeigt die heutige Beteiligung, aber das lässt sich auch aus vielen anderen Aktivitäten ablesen, weiter machen müssen und weiter machen wollen. Solange es diese Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung gibt, so lange die Arbeitslosigkeit anhält, die Arbeitsbedingungen nicht human gestaltet sind, die Umweltkrise voranschreitet, Frauen nicht nur ökonomisch diskriminiert werden und überhaupt die Wirtschaft nicht auch zum Zentrum einer demokratischen Veranstaltung transformiert worden ist, wird es diese Arbeitsgruppe – unabhängig von Regierungskonstellationen – geben müssen.

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

Ich werde künftig als Dauerspender mit DM
monatlich – vierteljährlich – halbjährlich – jährlich
die ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK finanziell unterstützen.

- Ich errichte einen Dauerauftrag zugunsten des Kontos:
Axel Troost-Sonderkonto, Konto-Nr. 2184 74 – 201, Postscheckamt Hamburg
- Hiermit erteile ich – bis auf Widerruf – die Genehmigung zur Abbuchung des Betrages von meinem Konto zugunsten des Kontos: Axel Troost-Sonderkonto, Konto-Nr. 2184 74 – 201

.....
(Name)

.....
(Vorname)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Konto-Nr.)

.....
(Bankleitzahl)

.....
(Name und Ort des Geldinstitutes)

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Herbert Schui

Modische Diskurse in der Nationalökonomie

Wenn wir Mode begreifen als Ausdruck von Differenzierungsstreben, so sind modische Diskurse nichts weiter als methodisch aufgebaute Abhandlungen, motiviert durch das Streben nach Differenzierung. All das ist ansprechend für wissenschaftlich Arbeitende.

Nun ist das Wort "Diskurs" selbst zum Modewort geworden, und unter Mode ist bestenfalls das subjektive Streben nach Differenzierung zu verstehen; objektiv ist Mode jedoch eher und im Durchschnitt Ausdruck des Nachahmungs- und Konformitätsstrebens, des Wunsches, "mitzuhalten", d.h. nicht ausgeschlossen, nicht exkommuniziert zu werden.

Wenn Glotz und andere einen Diskurs starten, verstehen sie diesen nicht im Sinne von René Descartes "Discours de la methode pour bien conduire sa raison ..." – immerhin ist Descartes der Begründer der modernen Wissenschaft – diese gestarteten Diskurse werden nicht verstanden im Sinne Descartes "Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftsgebrauches und der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung", nein, ich meine, Glotz und andere fallen weit dahinter zurück.

Tatsächlich sagt Diskurs, so wie ich ihn hier als modische Erscheinung diskutieren möchte, nichts zum Inhalt aus, sondern nur, daß "etwas" methodisch abgehandelt werden soll. Und zwar ein Thema, das verdrehend, verschleiernd, verfälschend wirken soll.

Der Nationalökonomie geht es ja wie jeder anderen Wissenschaft. Naiv, jeder wissenschaftlichen Bemühung Ethos zu unterstellen, etwa, daß sie darauf aus sei, der Wahrheit zum Vorschein zu verhelfen, im Sinne von Descartes "richtigem Vernunftsgebrauch und wissenschaftlicher Wahrheitsfindung".

In Erichs Fromms "Die Furcht vor der Freiheit" (Escape from Freedom) liest man im Abschnitt: "Freiheit und Demokratie": "Es gibt immer Gruppen, deren Interesse durch Wahrheit vorangetrieben wird, und deren Vertreter sind die Vorkämpfer menschlichen Denkens. Aber es gibt auch Gruppen, deren Interessen durch Verschleierung von Wahrheit vorangetrieben werden." Denn "die Wahrheit ist eine der stärksten Waffen derjenigen, die nicht über Macht verfügen." (Fromm, Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt/Berlin 1983, S. 213 f.)

Modische Themen in der Nationalökonomie sollen der Verschleierung der Wahrheit dienen. Modisch ist tatsächlich zu verstehen als Strategie, Möglichkeiten der Abweichung, der Differenzierung (auch der wissenschaftlichen), der Freiheit vorzuspiegeln, deren objektives Ziel der Erhalt der Konformität ist.

Die meisten dieser lancierten Themen lassen sich verstehen als der Versuch, tatsächlich kritisches Denken durch die Zerstörung eines strukturierten Weltbildes zu lähmen.

Erfahrungsgemäß wird ja ein sozialistisches Weltbild durch den Hinweis zu diffamieren versucht, es handele sich hierbei um Ideologie. In der Tat, ein strukturiertes Weltbild ist Ideologie. Und der Versuch, den Begriff der Ideologie als diffamierenden Vorwurf zu verwenden, belegt, wie ernst es den Konservativen damit gemeint ist, eine Einzelerkenntnisse ordnende Gesamtvorstellung in Mißkredit zu bringen.

"Pure Ideologie" lautet der Vorwurf; und viele bücken sich schon dann. Verschleierung der Wahrheit also ist das Ziel, wobei alles damit anfängt, die Verwendung des Wortes "Wahrheit" bereits mit dem Hinweis zu desavouieren, ein solcher Sprachgebrauch sei pathetisch, übersteigert feierlich. Und überdies sei Wahrheit eine überaus relative Angelegenheit, eine Geschmackssache geradezu.

Die Funktionsweise eines Systems nicht wahrhaben wollen (und auch unseres Gesellschaftssystems) ist tatsächlich Ausdruck tiefster Dekadenz, d.h., um einige gleichbedeutende deutsche Synonyma zu nennen: der Ausdruck von Niedergang, Kraftlosigkeit, Verfall, Entartung, Kulturreessimismus.

Was wäre, wenn ein Techniker, ein Autoschlosser in seinem Beruf die Funktionsweise eines technischen Systems nicht wahrhaben will? Bei dieser Gelegenheit wird auch die Asymmetrie unserer durchschnittlichen Bildung deutlich: Beachtlich viel im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, erschreckend wenig, wenn es um gesellschaftliche, wirtschaftliche Fragen geht. Verständlich: der Kapitalismus lebt von kostensparender Produktionstechnik, aber er ist als Gesellschaftsordnung aufs höchste gefährdet, wenn die Arbeitenden ihn durchschauen. Kapitalismus ist ohne Entfremdung nicht lebensfähig.

Zurück zum Begriff der Dekadenz, den ich für diesen Zusammenhang bei Aimé Césaire ausgeliehen habe. Er leitet seinen Discours sur le

Colonialismus mit dem Satz ein: "Eine Zivilisation, die sich unfähig erweist, die Probleme zu lösen, die ihr Funktionieren hervorruft, ist eine dekadente Zivilisation. Eine Zivilisation, die es vorzieht, die Augen angesichts entscheidender Fragen zu verschließen, ist eine von Krankheit befallene Zivilisation. Eine Zivilisation, die ihre Grundsätze nicht offenlegt, ist dem Untergang geweiht."

Zugegeben, auch das Verschleiern ist nicht ohne Reiz: Denn um die Grundlagen, die Funktionsweise unseres Gesellschaftssystems zu verschleiern, sind ja logische Methoden und Strategien zu entwickeln, damit diese Verschleierung systematisch geschieht.

Auch muß erforscht werden, wieviel Unsinn allgemein akzeptiert wird, daher Akzeptanzforschung. Um welchen Unsinn handelt es sich bei diesen modischen Diskursen im einzelnen:

1. Der Diskurs von der Unausweichlichkeit des Schicksals

Hier fallen vor allem zwei Themen auf: die Weltwirtschaft und der technische Fortschritt.

Bekannt ist der Hinweis: Wenn wirklich eine energische Steigerung der realen Löhne durchgesetzt werden könne, so wird Kapitalflucht die Folge sein. Was sind unsere Erfahrungen mit Direktinvestitionen der BRD-Wirtschaft im Ausland? Seit Bestehen der Bundesrepublik bis 1976 sind insgesamt 48,5 Mrd. DM in Form von Direktinvestitionen ins Ausland geflossen; in den Jahren 1977 bis 1981 waren es weitere 52,7 Mrd. DM. In der Phase bis 1976 sind die Arbeitslöhne im allgemeinen kräftig gestiegen, die Sozialleistungen wurden verbessert, die wöchentliche Arbeitszeit ist gesunken. In den 27 Jahren bis 1976 ist bei ständig verbesserten Arbeitsbedingungen jährlich Kapital im Durchschnitt von 1,8 Mrd. DM geflüchtet, in den fünf Jahren von 1977 bis 1981 waren es im Jahresdurchschnitt 10,5 Mrd. DM. Und dies bei allgemein stagnierenden und schließlich sinkenden Reallöhnen, bei einer kontinuierlichen Minderung der sozialen Leistungen. Weiter: Von den in den Jahren 1977 bis 1981 vorgenommenen Direktinvestitionen in Höhe von 52,7 Mrd. DM sind 46,4 Mrd. DM in industrialisierte westliche Länder geflossen, in Länder also, die in etwa dasselbe Lohnniveau aufweisen wie die Bundesrepublik Deutschland.

Läßt sich demnach anhand der Wirklichkeit beweisen, daß steigende Löhne

und Sozialleistungen zur Kapitalflucht in Niedriglohnländer führten? Eher ist das Gegenteil der Fall: Niedrige Löhne führen zu hohen Profiten, zu Kapital, das im Binnenland nicht anlagefähig ist. Es ist dieses überschüssig Kapital, welches "flieht".

Und wie ist es mit der japanischen Bedrohung? Die japanischen Handelsbilanzüberschüsse sind nur geringfügig höher als die der BRD. Ist nicht der ständige Hinweis auf die japanische Bedrohung ein Ablenkungsmanöver von der Bedrohung, die von der aggressiven Exportpolitik unseres Landes ausgeht? Sollte man nicht vermehrt über die deutsche Bedrohung nachdenken, und darüber, wie die Defizitländer hierauf schließlich reagieren werden?

Stattdessen wird viel und nutzlos über weltwirtschaftliche Verwerfungen und Strukturverschiebungen debattiert. Ist es nicht besser, über eine Binnenorientierung der Konjunktur nachzudenken?

Überhaupt ist zuviel von Strukturellem die Rede, so, als ob Struktur etwas Neues wäre, etwas, das erst in den 70er Jahren analysierenswert geworden ist. Nun hat jeder wirtschaftliche Sachverhalt (und nicht nur ein solcher) wann und wo er auch auftaucht, eine bestimmte Struktur, nichts ist da amorph. Insofern ist der mit viel Ernst vorgetragene Hinweis, irgendetwas sei ein strukturelles Problem, zutiefst trivial. Vieles an Verweisen auf Weltwirtschaftliches soll immobilisieren, ist Ausrede.

Ähnliches ergibt sich beim Thema "technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit". Eine steigende Arbeitsproduktivität auf der Basis verbesserter Arbeitsmittel – und das heißt keineswegs immer technischer Fortschritt im unternehmerischen Sinn – ist die Grundlage allen zivilisatorischen und kulturellen Fortschrittes. An diesem Satz der klassischen Ökonomie ist festzuhalten. Daß der Gebrauch von Technik im Kapitalismus zum Rückschritt führt, ist nicht der Technik anzulasten, wohl aber dem Kapitalismus, und dieser ist nicht Schicksal, sondern Etappe des historischen Prozesses.

Aber wenn es Schicksal ist, die Weltwirtschaft, die Technik, der Kapitalismus, dann kann man, dann soll man nichts tun. Sich dem Schicksal unterwerfen ist eine grundlegende Strebung des autoritären Charakters. Die Vorsehung, auf die sich Hitler berief, war nichts anderes als das.

Im April 1945 war viel die Rede davon, daß die Vorsehung es nicht anders entschieden hätte. Die Macht des Schicksals in die Debatte bringen, heißt, auf autoritäre Charaktere zu spekulieren, auf diejenigen, die nicht das Schicksal ändern, sondern sich ihm unterwerfen wollen, die darin eine Chance sehe, ihren Heroismus zu verwirklichen. Fromm hat (in Escape from Freedom) hierauf sehr treffsicher hingewiesen: "Für den autoritären Charakter wurzelt die Aktivität im Grundgefühl der Ohnmacht, das er überwinden möchte ... Der Mut des autoritären Charakters ist im wesentlichen ein Mut, das zu ertragen, was das Schicksal oder sein persönlicher Repräsentant oder 'Führer' für ihn bestimmt hat. Zu leiden, ohne zu klagen, ist seine höchste Tugend – und nicht der Mut zum Versuch, das Leiden zu beenden oder wenigstens zu mildern." Zu fragen ist weiter: schafft mangelnde Kenntnis des gesellschaftlichen Prozesses, des wirtschaftlichen, schafft Entfremdung den autoritären Charakter?

2. Der Diskurs über den Verteilungsspielraum

Bei der Kommentierung der SPD-Politik in der Ära Brandt wird vielfach behauptet, die damaligen Reformen seien aus dem "Wachstum" finanziert worden, so daß entsprechend bei niedrigem Wachstum Reformen dieser Art nicht mehr möglich seien. Reformen im Sinne vermehrter öffentlicher Ausgaben jedoch werden niemals und können auch nicht aus bloßem Wirtschaftswachstum finanziert werden.

Denn bei unveränderter Produktionstechnik, d.h. gleichbleibender Arbeitsproduktivität, und bei unveränderten Reallöhnen gibt es auch bei Wachstum keinen zusätzlichen Verteilungsspielraum. Verteilungsspielraum entsteht nur bei steigender Arbeitsproduktivität. Und die Arbeitsproduktivität steigt derzeit, auch bei sehr mäßigem Wirtschaftswachstum. Daß steigende Arbeitsproduktivität jederzeit einen Verteilungsspielraum schafft, wird in der gegenwärtigen Auseinandersetzung gerne übersehen oder unterschlagen, denn wo nichts zu verteilen ist, da ist jeder Verteilungskonflikt sinnlos. Christoph Zöpel beispielsweise repräsentiert diesen Standpunkt, wenn er ausführt: "Wo die Produktion von Gütern und Leistungen nicht mehr in gleichbleibenden Prozentraten steigt, steigen auch die Einkommen nicht mehr entsprechend. Hier liegen auch die begreiflichen Schwierigkeiten der Gewerkschaften, die Realitäten wirtschaftlichen Wachstums in den reichen Wohlstandsgesellschaften Ende des 20. Jahrhunderts zu akzeptieren."

Abgesehen davon, daß die Bundesrepublik allenfalls für die typischen

FDP- und Unions-Wähler eine reiche Wohlstandsgesellschaft ist, Einkommenssteigerungen sind – wie gesagt – aus steigender Produktivität der Arbeit möglich. Wer sich ein wenig mit Volkswirtschaftslehre befaßt, weiß das. Der Verteilungskampf zwischen Arbeitenden und Unternehmern wird zu einem eher marginalen Sonderfall. "Verteilungsentscheidungen gehen weit über die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern hinaus. Verteilungsentscheidungen sind zu treffen bezüglich der Lebenschancen von Mann und Frau, zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, zwischen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen, zwischen Einkommensbeziehern im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft und zwischen den Generationen – vor allem wegen der geminderten Zugangschancen der Jungen zum Berufssystem." (beide Zitate: Frankfurter Rundschau von 26.10.85) Fritz W.Scharpf mit seiner Konzeption vom "Sozialismus in einer Klasse" läßt sich hier ebenfalls einordnen.

Nun, wer nicht mehr die Courage hat, gegen die Unternehmer zu streiten, ergreift Partei gegen die Arbeitenden (in der Meinung, das sei für die Arbeitslosen), gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, gegen die Alten. Frage: haben die Arbeitenden die Entlassungen vorgenommen oder waren es die Unternehmer? Verwehrt die ältere Generation der jüngeren den Eintritt ins Berufsleben oder wer sonst? Werden die Löhne in der privaten Wirtschaft steigen, wenn sie im öffentlichen Dienst sinken? Da ist wohl doch der Gegner im Argument abhanden gekommen!

3. Der Diskurs über die empirischen Grundlagen in der Verteilungsauseinandersetzung

Falsche Meßziffern sind beliebt, um den Konflikt um die Verteilung nicht aufkommen zu lassen. Das Konzept um die Lohnstückkosten steht da an erster Stelle.

Um einen Inflationsindex zu berechnen, wird man üblicherweise einen Quotienten aus einem entsprechenden Nominal- und Realwert bilden, so beispielsweise Umsätze dividiert durch produzierte Stücke. Ähnlich ist die Lohnstückkostenreihe gebildet: Lohnsumme nominal, wie gezahlt, dividiert durch die Anzahl der produzierten Stücke, einem reinen Volumenindex. Die so gebildete Meßziffer stellt einen Inflationsindex dar: sie impliziert eine Hypothese über das Zustandekommen der Inflation: steigende Löhne verursachen steigende Preise, also die soge-

nannte Kostendruckhypothese, nach der die Inflation über steigende Kosten erklärt wird.

In der Verteilungsauseinandersetzung aber ist eine solche Meßziffer aufgrund dieser implizierten Hypothese wertlos. Wenn schon die Lohnkosten gemessen werden sollen, dann als Quotient aus Lohnsumme (einem Nominalwert) und Umsatz (ebenfalls ein Nominalwert). Meßziffer für den Verteilungsspielraum muß die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität sein. Bis zu Beginn der 70er Jahre war dies unbestritten so. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie (je Beschäftigungsstunde) wird in diesem Jahr (1985) mit Sicherheit um 4 % steigen. Beträgt die Inflationsrate 1,5 - 2,0 %, so müssen die Löhne wenigstens um rd. 6 % steigen, damit zumindest das Verteilungsverhältnis des Jahres 1984 gehalten werden kann. Will man darangehen, das Verteilungsverhältnis der frühen 70er Jahre wiederherzustellen, so müssen für einige Jahre noch weitere Prozentpunkte dazugewonnen werden.

Um diesen existierenden Verteilungsspielraum zu verdunkeln, schlägt der Bundesverband der Deutschen Industrie vor (Süddeutsche Zeitung vom 11./12.5.85), das Produktionsergebnis nicht auf die geleisteten Arbeitsstunden zu beziehen, sondern auf diejenigen, die arbeiten und diejenigen, die eine Arbeit suchen. Bei steigender Arbeitslosigkeit wird das Wachstum der Arbeitsproduktivität merklich abflachen, wenn man sie so mißt.

Eine andere Variante, das tatsächliche Ansteigen der Arbeitsproduktivität zu verschleiern, besteht darin, die Arbeitsproduktivität unter Einschluß des öffentlichen Dienstes zu messen. Da die öffentlichen Leistungen nicht am Markt verkauft werden, gehen sie zu ihren Kosten in die Berechnung des Nettozialproduktes ein. Sinken im öffentlichen Dienst die Löhne, so sinkt der angesetzte Wert der öffentlichen Leistungen. Bleiben die geleisteten Arbeitsstunden unverändert, so muß die Arbeitsproduktivität in diesem Bereich fallen. Ehe man anfängt, zur Vermeidung dieses Fehlers sophistische Schätzverfahren zu entwickeln, ist es besser, sich auf den bereits genannten Grundsatz der klassischen politischen Ökonomie zu berufen: tatsächlich nämlich werden die öffentlichen Dienstleistungen aus der steigenden Arbeitsproduktivität in der gewerblichen Wirtschaft finanziert. Dies sicherlich auf Umwegen; denn es wird nicht unmittelbar das Mehrprodukt aus gestiegener Arbeitsproduktivität besteuert, sondern die Lohneinkommen, direkt oder indirekt. Wenn die Bezieher der Lohneinkommen in den Verteilungskonflikten erfolgreich sind,

können sie, sozusagen stellvertretend für den Staat, das genannte Mehrprodukt zu einem Teil durch Lohnerhöhungen, die die Steuerbelastungen kompensieren, hereinholen.

4. Der Diskurs um den tendenziellen Fall der Profitrate

Ausgangspunkt ist eine einfache Ressourcenüberlegung: sind die Löhne niedrig, so bleibt viel vom Produkt übrig, das reinvestiert, also akkumuiert werden könnte. Wenn dieser Überschuß regelmäßig akkumuiert würde, so könnten in der Tat die Nettoinvestitionen bei sinkenden Löhnen steigen. Recht hätten sie, die Konservativen. In Frage steht aber, ob die Profitrate ausreicht, damit das, was in diesem Sinne akkumulationsfähig ist, auch akkumuiert wird. Sicherlich, sagen die Konservativen, denn da die Profitrate gestiegen ist, ist sie nicht nur Akkumulationsmasse, sondern auch Akkumulationsanreiz. Also runter mit den Löhnen! Was aber, wenn die Unternehmer nur aufgrund von Profiterwartungen investieren, wenn es also die implizierte Zeitsymmetrie von Erfahrungen und Erwartungen nicht gibt. Gäbe es diese Zeitsymmetrie übrigends, wäre ein konjunktureller Aufschwung aus einer Situation einer geringen Profitrate heraus nicht möglich. Aber Aufschwünge aus einer solchen Lage heraus sind gerade das Typische eines klassischen Kapitalismus. Folglich: selbst wenn die Profitrate gegenwärtig niedrig wäre, so wäre dies kein Grund für die gegebene gefinge konjunkturelle Dynamik.

Um zu belegen, wie gebrechlich der Kapitalismus bereits ist, wird gerne aus einer Studie von Armstrong, Glyn, Harrison zitiert (Capitalism since World War II, London 1984). Dort wird ausgewiesen, daß die Profitrate in der BRD von 35,2 % im Jahre 1951 auf 8,3 % im Jahre 1981 gefallen ist. Ist diese Schätzung methodisch haltbar? Bekanntlich wird sie gerne von Arbeiterfreunden zitiert, um nachzuweisen, daß im Kapitalismus nichts mehr zu holen ist, daß man also sogleich "das System zerschlagen" muß, oder aber, wenn dazu noch der Mut fehlt, nichts tun kann. Den Unternehmern kommen solche Befunde gerade recht, vor allem, wenn sie auch noch "linksseitig" zitiert werden, und dies mit Zustimmung. Denn "kapitalismusimmanent" ist ja nun Lohnzurückhaltung am Platze. Wie wohl ist doch manchem wissenschaftlich Arbeitendem, wenn er gemeinsam mit den Unternehmern über eherne ökonomische Gesetze, über Sachzwänge nachdenken kann, und es ihm gleichzeitig möglich ist, noch ein wenig auf Marx zu schielen, bzw. auf dessen Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Marx allerdings ist diese Rabulistik fern, wenn er sein Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate erörtert. Denn im Zuge der Durchsetzung der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ist es ja, je nach dem, wie die neue Technik beschaffen ist, durchaus möglich, daß vermehrt relativer Mehrwert produziert wird. Infolgedessen kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Mehrwertrate in diesem Prozeß steigt, und zwar so sehr, daß sie die dämpfenden Effekte, die unmittelbar von der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals auf die Profitrate ausgehen, mehr als kompensieren kann. Sweezy hat diesen Punkt bekanntlich sehr deutlich herausgearbeitet. Ebenfalls wird die Profitrate hoch sein können, wenn neue Produktionstechniken sich auf der Basis einer sinkenden organischen Zusammensetzung des Kapitals vollziehen. Der gegenwärtig zu sinken tendierende (auslastungsbereinigte) Kapitalkoeffizient weist in diese Richtung.

Insofern gibt es gar keinen theoretischen Grund, a priori daran zu zweifeln, daß die Sachkapitalrendite in den Jahren 1981/82 rd. 17 % und die Eigenkapitalrendite rd. 19 % betragen hat, so wie dies das DIW in seiner 83er Strukturerichterstattung ausweist.

Wie erinnerlich, besteht ein hauptsächlicher Streitpunkt darin, wie das fixierte Kapital zu bewerten sei, zu Anschaffungs- oder zu Wiederbeschaffungspreisen, wobei das DIW ja zu Anschaffungspreisen bewertet, den Kapitalstock also nicht inflationiert. Was ist die richtige Methode? Machen wir uns das an einer Mietskaserne deutlich in einer Zeit, in der die Immobilienpreise steigen. Bezieht man die jährlichen Mieteinnahmen auf den von Jahr zu Jahr höheren Marktwert des Objektes, so muß (bei unveränderten Mieteinnahmen pro Jahr) die Kapitalrendite sinken. Begründet würde ein solches methodisches Vorgehen mit Hinweisen auf die Notwendigkeit der Substanzerhaltung des Vermögens. Tatsächlich liegen die Dinge anders: wenn der Eigentümer sein Vermögen liquidiert, erhält er den Inflationsausgleich dadurch, daß er die Mietskaserne teurer verkaufen kann, als er sie gekauft hat. Die Inflation bewirkt den Inflationsausgleich. (Lediglich bei Geldvermögen, das im Nominalwert konstant bleibt, sieht die Sache anders aus). Würde aber unser Eigentümer auf den inflationierten Wert seiner Mietskaserne eine gleichbleibende Rendite realisieren, wäre er für die Inflation doppelt entschädigt. In dieser Weise und durch den steigenden Wiederverkaufspreis. Und in der Tat, Inflationsgewinner waren bislang allemal die Unternehmer.

5. Der Diskurs um Schumpeters dynamischen Unternehmer

Der hundertjährige Geburtstag von Schumpeter (1983) wurde nicht im Rahmen einer Schumpeter-Renaissance, sondern eines Schumpeter-Revival begangen. Also eher eine US-Angelegenheit. Wann immer texanische Professoren von Amerikahäusern rundgereicht werden, um für die Wirtschaftspolitik Reagans zu werben, so beziehen sie sich gerne auf Schumpeter, vor allem auf seine Diktion von der schöpferischen Zerstörung. Ein überaus beliebtes Zitat. Rein assoziativ, nicht Schumpeter interpretierend, ist der Weg nicht weit zu Hegels Satz, daß der Krieg der Vater aller Dinge sei. (Da hätten wir doch lieber eine vaterlose Gesellschaft!) Späth wartet auf Schumpeter. Roth auch, er möchte nicht aussäztig sein.

Der Gegenstand der Frage ist wesentlich, auch wenn dies nicht zu den Überlegungen von Schumpeter zählt: wenn denn die Unternehmen vollgestopft sind mit Gewinnen, wie kann gesichert werden, daß diese Gewinne, vermehrt um das als Kredit aufgenommene private Sparen, zur Nachfrage nach Produktionsmitteln verwendet werden? Für die Lösung dieser Frage kann man sich Schumpeters dynamischen Unternehmers bemächtigen. Dieser wird alle möglichen neuen Kombinationen solange durchprobieren, bis sich auch die letzte Mark in Nachfrage verwandelt hat. Und da der dynamische Unternehmer eher nicht aus dem Establishment kommt, hängt alle Rettung doch mehr von den kleineren Unternehmen ab. Ob diese, ideologisch so aufgerüstet, uns in die Epoche des Spätzle-Kapitalismus führen werden, ist ungewiß.

Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, warum denn unbedingt die Nachfrage nach und die Produktion von Produktionsmitteln? Nichts gegen die Herstellung von Maschinen und Anlagen, aber das kann doch nicht Zweck an sich sein.

Warum nicht Lebensmittel, im Wort Sinn? Sicher, Kapitalismus und Lebensmittel reimt sich nicht. Stellt sich die Frage, ob Kapitalismus per se lebensfeindlich ist.

6. Abschließend noch Kritik an zwei Gebetsformeln zur Hebung der Volksfrömmigkeit

Oft ist die Rede davon, daß das Huhn, das goldene Eier legt, und die Kuh, die gewölken wird, nicht geschlachtet werden darf. Natürlich verbergen sich die Unternehmer hinter dieser Metapher. Unnötig, darauf

hinzuwiesen, daß in der Wirklichkeit, um im Bild zu bleiben, die Arbeitenden die metaphorischen Eier legen, gemolken und geschlachtet werden. Wenn die Bourgeoisie anfängt, sich zu bedichten, sind die verwendeten Stilelemente stets leicht biologistisch. Versuchen wir doch, es in holprige Jamben zu setzen: "Wer denn legt die goldenen Eier?" Unvergleichlich besser hört sich Brecht an: "Wer erbaute das siebentorige Theben."!

Die Erfinder von Diskursen haben unzureichende Antworten auf die Fragen von lesenden Arbeitern.

Margit Scherb (Wien), Mitautorin der "Wege zur Vollbeschäftigung"

Das Memorandum – es hat uns inspiriert!

Es hat in Österreich schon immer ein paar Leute gegeben, die die Arbeit der Memo-Gruppe in der BRD interessiert beobachtet und sich auch manchmal gedacht haben, daß man eigentlich auch bei uns ...

Daß dann doch so lange nichts geschehen ist, hat weniger damit zu tun, daß die Österreicher etwa schlafmütziger als ihre Kollegen in der BRD wären, sondern vor allem damit, daß sich bis zu Beginn der achtziger Jahre die ökonomischen und sozialen Verhältnisse grundsätzlich von denen in der BRD unterschieden haben. Österreich hatte bis zu diesem Zeitpunkt eine dezidierte staatliche Vollbeschäftigungspolitik betrieben; die Arbeitslosenrate lag 1975 bis 1979 im Durchschnitt bei 2 Prozent, die Inflationsrate bei 5,7 Prozent. Neben einer Reihe von staatlichen Strukturprogrammen im Rahmen einer "antizyklischen Budgetpolitik" kam es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu einer nachfrage- und beschäftigungswirksamen Ausdehnung staatlicher Dienstleistungen. Zusätzlich wurde der große verstaatlichte Industriesektor durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik (z.B. Umschulungen, Errichtung neuer Produktionszweige, ...) zur Erhaltung der Vollbeschäftigung eingesetzt.

Inzwischen hat Österreich, einst metaphorisch als "Insel der Seligen" bezeichnet, längst zum europäischen "Krisen-Festland" aufgeschlossen.

Vermittelt über die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung hat Österreich durch eine dem westlichen Krisenkartell verpflichtete Politik Zug um Zug die Elemente des ehemals so gefeierten "Austrokeynesianismus" hinter sich gelassen. Die zu Beginn der achtziger Jahre auch in Österreich unübersehbar gewordenen Krisenerscheinungen sollten einerseits durch immer großzügigere Unterstützung des in- und vor allem des ausländischen Privatkapitals und andererseits durch eine immer deutlichere Aushöhlung des einst vorbildlichen Systems der sozialen Sicherheit eingedämmt werden.

Der Verlust der Vollbeschäftigung stellte einen Markierungspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung dar, der vor allem jüngere österreichische Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, die immer stärker die Enge des "sozialpartnerschaftlichen Horizonts" in ihren eigenen Institutionen zu verspüren bekamen, auf den Plan gerufen hat. Ausgehend von der ursprünglichen Idee, Wissenschaftler für die Unterstützung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu mobilisieren, entstand im April 1984 rasch eine weiter gefaßte Fragestellung: Es sollten all jene Faktoren, die zu den krisenhaften Entwicklungen und zur Aufgabe der Vollbeschäftigungspolitik geführt hatten, analysiert und demokratische Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt werden.

In mehr als einjähriger Arbeit von rund 50 Mitarbeitern/innen entstand ein Buch mit dem Titel "Wege zur Vollbeschäftigung - Arbeit für alle, Einkommen für alle", das erstmals versucht, ein von tages- und parteipolitischer Taktik unabhängiges gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Programm zu erstellen, das die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in Österreich in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. Viele der im Buch gemachten Vorschläge haben vorerst noch deklamatorischen Charakter, manche Forderungen sind noch zu unvermittelt; sie stellen jedoch auch keine an "Sachzwängen" orientierte technokratische Rezepte dar, sondern zielen vor allem auf die Mobilisierung der von der Krise Betroffenen ab. Es hat sich inzwischen auch gezeigt, daß es gerade diese noch offenen Fragen sind, die uns mit anderen Personen und Gruppen ins Gespräch kommen lassen - und die uns zur Weiterarbeit motivieren!

Auch wenn wir am Anfang unserer Arbeit - nach Selbstdefinition ringend - immer wieder versucht waren, von "unserem Memo" zu sprechen, so haben

sich doch im Laufe der Zeit einige wesentliche Unterschiede zur Memo-Gruppe in der BRD herausgebildet.

- Die Mitarbeiter/innen an den "Wegen zur Vollbeschäftigung" sind nicht nur Ökonomen und in der Mehrzahl nicht an Universitäten beschäftigt. Neben "Wissenschaftlern" an universitären und außeruniversitären Instituten gibt es einen nicht unwesentlichen Teil an akademisch qualifizierten "Praktikern", die entweder als Beamte oder Angestellte sozialpartnerschaftlicher Institutionen (Arbeiterkammern, Gewerkschaften, ...) arbeiten. Die Mehrzahl der Mitarbeiter/innen arbeitet in mittleren Positionen; einige haben den Einstieg in ein festes Arbeitsverhältnis noch vor sich.
- Die Mitarbeiter/innen rekrutieren sich aus allen politischen Bewegungen links der Mitte. Zwischen den eher "grün-alternativen" und den eher "gewerkschaftlich-orientierten" Mitautor/innen ist es zu einer Reihe von fruchtbaren Diskussionen und häufig auch zu einer Annäherung der Positionen gekommen.
Da bei der Abfassung des Buches darauf geachtete wurde, gemeinsam tragfähige Positionen zu erarbeiten, reflektieren die "Wege zur Vollbeschäftigung" bis zu einem gewissen Grad den Stand der Diskussion zwischen den fortschrittlichen Kräften in Österreich. Naturgemäß hat dieses breite politische Spektrum zu manchen Inkonsistenzen der Analyse geführt.
Diese intensive Zusammenarbeit und die intensive Suche nach Gemeinsamkeiten hat dazu geführt, daß an und für sich individualisierte Intellektuelle über den unmittelbaren Anlaß hinaus Netze der Zusammenarbeit geknüpft haben.
- An unserer Arbeit war von Anfang an eine starke Gruppe von Frauen beteiligt; der Großteil von ihnen hat sich in einer eigenen Arbeitsgruppe mit den Auswirkungen der Krise auf die Frauen beschäftigt und bei der Abfassung der "Wege" darauf geachtet, daß die besonderen Probleme der Frauen in den einzelnen Abschnitten nicht "vergessen" werden.
Auch wenn dieser Anspruch nicht sehr leicht einzulösen ist, so möchten wir doch aus dem "akademischen Elfenbeinturm" ausbrechen und über unsere Arbeit nicht nur mit anderen Wissenschaftlern oder Poli-

tikern, sondern vor allem auch mit den "Betroffenen" (Arbeitern, Angestellten, Betriebsräten, Arbeitslosen,...) ins Gespräch kommen. Dies erscheint uns umso wichtiger, da die in Österreich allgegenwärtige Sozialpartnerschaft die Sicht auf ökonomische und soziale Zusammenhänge besonders effektiv verstellt und auch über Alternativen erst einmal informiert werden muß!

Da in Österreich die Prognosen keinen so zentralen Stellenwert einnehmen – und es unsere Kräfte zur Zeit auch überfordern würde –, haben wir nicht die Absicht, ein jährliches "Gegengutachten" zu veröffentlichen. Wir haben jedoch, um unsere lockere Zusammenarbeit besser zu organisieren und auf eine gesündere finanzielle Basis zu stellen, einen Verein, den "Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischen Alternativen" gegründet. Dieser Verein soll die Plattform für die inhaltliche Weiterarbeit in vier Arbeitsgruppen und für Stellungnahmen zu grundsätzlichen Problemen und aktuellen Fragen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden. So werden wir noch im Jahr 1985 anlässlich der Budgetdebatte im Nationalrat mit unseren Vorschlägen für das Budget 1986 an die Öffentlichkeit treten.

Liebe Freunde, das Memorandum hat uns insofern inspiriert, als es uns eine Idee gegeben hat, was man machen muß und wie man es machen kann. Die Publikationen der Memo-Gruppe und auch viele persönliche Kontakte zu Euch haben uns darin unterstützt, auch für unser Land nach Alternativen zu suchen.

Da man sich unserer Ansicht nach weder im guten noch im schlechten allzu eng an den "großen Bruder BRD" anschließen soll, sind wir – noch am Beginn unserer Arbeit – gerade dabei, unseren österreichischen Weg zu finden. Ich wünsche mir, daß es dabei auch in Zukunft viele gemeinsame Wegstrecken mit Euch geben wird.

Ich beglückwünsche Euch im Namen unserer Gruppe zu Eurem 10-jährigen Bestehen und hoffe, daß zu Eurem 20-jährigen und unserem 10-jährigen Jubiläum viele unserer Forderungen in einer insgesamt friedlicheren Welt Realität geworden sind.

Michael Müller, MdB (SPD)

Für einen konsensorientierten Diskussionsprozeß über zentrale
wirtschaftspolitische Fragen

Als vor 10 Jahren mit zaghaften Ansätzen die Memorandumgruppe als Gegengewicht zum konservativen Sachverständigenrat ihre Arbeit aufnahm, konnte niemand den Erfolg vorausahnen, den die Gruppe bis heute erreicht hat. Es war für eine alternative Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik eine wichtige Entscheidungen, mit wirtschaftswissenschaftlicher Fundierung Gegenpositionen aufzubauen, die sich gewerkschaftlich orientieren und reformpolitische Alternativen aufzuzeigen. Seit dieser Zeit ist die Memorandumgruppe ein unverzichtbares Gegengewicht zu den staatlich finanzierten Gutachtern der unternehmerischen Interessen geworden, die aus ihrer gut bezahlten und gesicherten Position heraus den Sozialabbau, die Senkung von Lohnkosten und die Privatisierung von öffentlichen Leistungen fordern. Sicherlich hat die Memo-Gruppe kein Monopol auf wirtschaftspolitische Alternativen, aber sie ist doch ein entscheidender Kristallisierungspunkt für die Dokumentierung einer Gegenposition im Interesse der Arbeitnehmer. Der weiteren Festigung von Strukturen einer alternativen Wirtschaftsbetrachtung zur kapitalorientierten Wahrnehmung, der Erweiterung des Diskussionszusammenhangs und der Verbreiterung der Diskussionsergebnisse kommen heute, angesichts der Verschärfung der ökonomischen Krise und der politischen Versuche der gesellschaftlichen Neuordnung besondere Bedeutung zu. Ich bedaure es in diesem Zusammenhang, daß die Diskussion zwischen der Memorandumgruppe und vielen Mandatsträgern der SPD noch nicht so weit entwickelt ist, daß man von einem gefestigten Diskussions- und Austauschprozeß sprechen kann, auch wenn dabei theoretische Unterschiede nicht verkleinert werden sollen. Nur bestehen theoretische Meinungsunterschiede ja letztlich auch innerhalb der Memo-Gruppe selbst und es ist geradezu selbstverständlich, daß auch die Linke insgesamt keine einheitliche wirtschaftspolitische Theorievorstellung hat. Gerade deshalb müssen wir aber an der Intensivierung der Diskussion über wirtschaftliche Strategien interessiert sein, um einen konsensorientierten Prozeß der Linken über zentrale wirtschaftspolitische Forderungen in der Bundesrepublik zu fördern.

Ich halte es für richtig, daß wir inhaltliche Unterschiede auch austragen. Die vorhandenen Unterschiede sind keine Unterschiede innerhalb

nur einer Gruppe, es sind inhaltliche Diskussionsprozesse der Linken in der Bundesrepublik insgesamt. Dazu gehört es auch, daß ich die Memo-Gruppe ermuntern will, daß sie sich stärker in tagespolitische Auseinandersetzungen einmischt. Ich habe heute einige Positionen gehört, die ich für diskussionsnotwendig halte. Ich meine beispielsweise die Aussagen von Herbert Schui zur Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate. Auch meine ich, daß er die Positionen von Fritz Scharpf hier nur verkürzt wiedergegeben hat. Auch wenn ich dessen Theorie nicht teile, so meine ich, ist es doch richtig, daß Scharpf uns dazu zwingt, uns mit der Frage der international vermachten Wirtschafts- und Kapitalströme und den Zwängen dieser Weltmarktabhängigkeit auf die gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit auseinanderzusetzen. Meines Erachtens muß es heute eine der Stärken der politischen Linken in der Bundesrepublik sein, daß sie zu einem offenen und gleichzeitig fairen Dialog in der Lage ist. Diese inhaltlichen Diskussionen sind notwendig, weil wir zu einem tragfähigen politischen Konzept kommen wollen und dafür auch Mehrheiten in der Bundesrepublik mobilisieren müssen. Ich begrüße es in diesem Zusammenhang, daß Harald Mattfeldt eine Art Krefelder Appell zur Beschäftigungspolitik vorgelegt hat und hoffe, daß beschäftigungspolitische Forderungen eine ähnlich breite Mobilisierung erreichen, wie das in der Frage der Raketenstationierung gelungen ist.

Vielfach wird m.E. die neokonservative Strategie in der Bundesrepublik unterschätzt. Das konservative Lager wird zwar äußerlich von Kohl und anderen vertreten, deren konzeptionelle und intellektuelle Kompetenz wahrlich nicht groß ist. Dennoch darf man sich nicht täuschen: Das konservative Lager hat eine partikulare Konzeption für ihr Klientel, die in sich schlüssiger ist, als sie auf den ersten Blick erscheint. Der Sozialabbau, die Schwächung der Gewerkschaften, der Umbau der Sozialsysteme, die Forderung der technologischen Modernisierung z.B. über SDI und vieles andere mehr sind keine isolierten Politikmaßnahmen der Konservativen, sondern Elemente eines durchgehenden Umbaues dieser Republik. Dem muß die Linke ein klar konturiertes gesellschaftspolitisches Gegenmodell entgegenstellen. Dies muß, unabhängig von theoretischen Unterschieden in Einzelfragen, die politische Aufgabe aller sein, sowohl in der SPD als auch in den Gewerkschaften und in der Wissenschaft.

Ich will hier auch auf die wirtschaftspolitische Diskussion in der SPD eingehen. Bekanntlich hat eine Kommission unter Leitung von Wolfgang

Roth den Entwurf für ein neues wirtschaftspolitisches Konzept vorgelegt. Man soll diesen Vorgang nicht als eine innerparteiliche Diskussion der SPD mißverstehen. Es geht darum, daß mit dem wirtschaftspolitischen Programm der SPD Weichen gestellt werden, die die Linke in der Bundesrepublik insgesamt betrifft. Deshalb ist es richtig, sich an dieser Diskussion in aller Breite zu beteiligen. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil hiermit wirtschaftspolitische Grundlagen für eine mögliche Regierungstätigkeit nach 1987 gesetzt werden. Ich will hier klarstellen, daß ich eine Vielzahl von Einzelpunkten in dem Programm von Wolfgang Roth teile. Und es ist auch kein rechtes Programm. Aber es ist ein Programm, das nicht geeignet ist, ein reformpolitisches Gegenmodell zu den konservativen Konzepten zu sein, dafür ist es zu wenig konturiert. Und es beinhaltet eine wirtschaftspolitische Ordnungsphilosophie, die ich für fatal und falsch halte.

Was ist die Lage? Die Wirtschaftsprozesse in den hochindustrialisierten Ländern verändern sich seit einiger Zeit grundlegend. Die große Expansion der Industriestaaten erschöpft sich. Wir müssen von langfristigen Stagnationstendenzen auf den Weltmärkten und der Verschärfung der Konkurrenz unter Einschluß imperialistischer Formen gegenüber der Dritten Welt ausgehen. Das internationale Kreditsystem entfernt sich immer weiter von den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen. Die neuformierte konservative Politik versucht diese Entwicklung auszunutzen, um eine tiefgreifende Restauration ökonomischer Macht- und Herrschaftsstrukturen durchzusetzen. Die Folge sind national und noch verschärft, international eine Vertiefung der sozialen Spaltung in den Gesellschaften und zwischen den Staaten sowie die überall zu beobachtende Zurückdrängung erreichter gewerkschaftlicher und sozialer Rechte. Dies führt in der Konsequenz dazu, daß seit einigen Jahren der wohlfahrtsstaatliche Kompromiß in der Bundesrepublik zerfällt. Die sozialstaatliche Regulierung ist nicht mehr möglich, weil die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen und die Zwänge des Weltmarktes für eine solche Politik keinen Platz lassen. Das "Modell Deutschland" ist zur Illusion geworden.

Das internationale Geldsystem entkoppelt sich von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschafts- und Wachstumsprozesse angesichts der gegebenen Verteilungs- und Nachfragestrukturen. Und mit der Krise des (Welt-)Geldes als Ausdruck der weltwirtschaftlichen Turbulenzen verliert auch staatliches Handeln noch mehr seine Steuerungs- und Gestaltungs-

fähigkeit. Zu der ökonomischen Krise kommen weitere verschärfende Faktoren, so die ökologische Zerstörung und in vielen Branchen der technologische Strukturbruch, der mit der Einführung der Fließbandarbeit und der "wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" zu vergleichen ist. Diese Prozesse gehen heute verteilungs-, sozial- und beschäftigungspolitisch zu Lasten der Arbeitnehmer. Angesichts dieser Situationsbeschreibung sind für mich insbesondere drei Positionen in dem Programmmentwurf nicht tragbar:

- Zum einen werden die Rolle und die Aufgabe des Staates sehr defensiv beschrieben und letztlich auf eine Korrektur- und Sozialfunktion verkürzt. Gerade der Staat ist aber in einer Umbruchssituation ein entscheidendes Instrument, um überhaupt Reformpolitik zu machen. Wer auf die aktive Gestaltungsrolle des Staates verzichtet, gerät schnell in die Defensive und kommt in den Abwehrkampf gegen den Sozialabbau, ohne ein Gegenmodell zu haben.
- Zum zweiten wird in dem Entwurf das Bild des Unternehmers in einer illusionären Form überhöht, die die gesellschaftlichen Interessen-gegensätze völlig ausklammert. Dem Unternehmer wird quasi die Schlüsselrolle für die gesellschaftliche Zukunft übertragen. Damit wird der Klein- und Mittelunternehmer ins Zentrum sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gesetzt. Ich halte das für eine Arbeitnehmerpartei für unakzeptabel.
- Zum dritten wird dem funktionierenden Wettbewerb eine alles entscheidende Aufgabe zugestanden. Sicherlich ist es richtig, daß eine Wirtschaftspolitik auch dezentrale Steuerungsformen braucht und daß der Streit nicht abstrakt über Markt ja oder nein geführt werden kann. Aber es ist eine Illusion zu glauben, daß der Wettbewerb angesichts der Weltmarktzwänge quasi ein reformpolitisches Instrument sein kann. Ich halte dies für eine wirtschaftspolitische Lebenslüge.

Auseinandersetzen muß man sich auch mit der These von Fritz Scharpf über den "Sozialismus in einer Klasse". Scharpfs These ist es, daß aufgrund der Exportzwänge der auf den internationalen Märkten operierende Teil des bundesdeutschen Kapitals faktisch nicht in eine sozialistische Reformkonzeption einbezogen werden kann, da er aufgrund seiner starken Stellung das Gesetz des Handelns hat. Deshalb muß sich eine Wirtschafts-

politik an den Renditebedingungen des Weltmarktes orientieren und diese für das nationale, auf den internationalen Märkten konkurrierende Kapital sichern. Dies bedeutet in der Konsequenz, daß nur noch die Umgestaltung der Gesellschaft für das national operierende Kapital und für mehr Gleichheit in der Arbeitnehmerschaft selbst bleibt. Faktisch wäre dies das Ende einer umfassenden emanzipatorischen Zielvorstellung. Wie auch immer man zu dieser These steht, man kann sie nicht einfach beiseite wischen und zur Tagesordnung übergehen. Die historische Erfahrung ist es ja leider, daß Parteien und Gewerkschaften bislang noch nicht die Kraft gefunden haben, einen entscheidenden Einfluß auf die Investitions- und Wirtschaftsentscheidungen zu gewinnen. Deshalb darf diese Position auch nicht nur kritisiert werden, sondern es müssen konkrete und umsetzbare Alternativen entwickelt werden. Sie muß mit konkreten Schritten zur Veränderung der ökonomischen Machtverhältnisse verbunden werden.

Meines Erachtens hat auch die Linke konzeptionell Defizite. Um so wichtiger ist es, den Diskussionsprozeß zu verbreitern und mehr Gestaltungsphantasie für eine Anti-Wende-Politik zu entwickeln. Ich will hierzu einige wichtige Punkte nennen:

- o Welche Voraussetzungen brauchen wir, um in Zukunft die Sozialsysteme zu finanzieren? Auch wenn es in den letzten Jahren einige neue Ansätze, wie z.B. den Wertschöpfungsbeitrag, gegeben hat, so sind unsere Vorstellungen für die Neuordnung und Reform des Sozialsystems nicht so weit, daß sie restlos überzeugen können.
- o Eine zentrale Auseinandersetzung in der Zukunft wird die Frage der Organisation von neuen Dienstleistungsbereichen sein. Das konservative Konzept der Spaltung der Gesellschaft, um einerseits die Nachfrage für Dienstleistungen zu stabilisieren und andererseits die Kosten für Dienstleistungen zu senken, ist ein reaktionäres, aber dennoch schlüssiges Konzept. Welches Konzept hat die Linke zur Organisation des Dienstleistungsbereichs angesichts der Tatsache, daß die Arbeitsplätze im industriellen Sektor zumindest stagnieren, wenn nicht, was wahrscheinlicher ist, weiter zurückgehen?
- o Wie sieht eine Energiepolitik aus, die statt ihrer Orientierung auf den Zuwachs eine Orientierung auf die Sicherung der Umwelt und den rationellen Energieeinsatz hat? Welche Handlungsinstrumente sind not-

wendig, um entsprechende Umstrukturierungen durchzusetzen?

- o Wie sieht eine Chemiepolitik aus, die statt der bisherigen nachsorgenden Reparatur von vornherein die stoffliche Beherrschung der Umwelt beinhaltet? Wie können ökologische Ziele von vornherein in die Produktionsprozesse integriert werden?
- o Welche Voraussetzungen sind notwendig, um die soziale und kulturelle Innovation mit der technischen Innovation zusammenzubringen?
- o Wie sieht eine Steuerpolitik angesichts der Veränderung der Wertschöpfung durch die Entwertung traditioneller Industrieanlagen, der Veränderung der Wertschöpfung durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors und den Zurückgang der Erwerbstätigen aus? Wie ist eine Steuerpolitik mit qualitativen reformpolitischen Zielen zu verbinden?
- o Wie kann eine größere binnengesamtdeutsche und europäische Handlungsfähigkeit unter Einschluß einer zweiten Phase der Ostpolitik wirtschaftspolitisch abgesichert werden?

Ich habe hier nur einige Fragen genannt, um die wir uns in der nächsten Zeit verstärkt kümmern und Lösungsansätze konkretisieren müssen. Dies kann aber heute nur ein Aufruhr sein. Wichtiger ist es, Euch noch einmal für Eure wirtschaftspolitischen Anregungen zu danken und letztlich zu hoffen, daß Ihr neben der inhaltlichen Diskussion heute auch noch ausreichend Zeit findet, das 10-jährige Bestehen der Memo-Gruppe gebührend zu feiern.

Hubert Kleinert, MdB (Die GRÜNEN)

10 Jahre Memorandumgruppe – Aufforderung zum kritischen Dialog

Wenn ich hier zur Frage der Anforderungen etwas sagen soll, die aus dem politischen Raum an die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu stellen wären, dann will ich zunächst die Punkte herausstellen, in denen es in der Praxis in der Vergangenheit zu einer direkten Kooperation zwischen der Bundestagsfraktion der GRÜNEN und der Memorandumgruppe gekommen ist.

Wir haben in unseren Diskussionen die Arbeiten und die Vorschläge der Memorandumgruppe als sinnvolle Anregung und Bereicherung unserer eigenen Arbeit gesehen. Dies hat sich dann auch praktisch insofern ausgedrückt, als wir die Initiative ergriffen und dafür gesorgt haben, daß die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu mehreren Anhörungen, die der Bundestag zu entsprechenden Themen durchgeführt hat, eingeladen wurde. Erstaunlicherweise ist dies in der Vergangenheit früher nicht geschehen, obgleich die Sozialdemokraten jederzeit dazu die Möglichkeit gehabt hätten.

Insgesamt hat die Memorandumgruppe an drei solchen Anhörungen teilgenommen. Da ich bei einer unmittelbar persönlich beteiligt war, kann ich dazu auch aus direkter eigener Erfahrung sagen, daß die dabei zustandekommene Kooperation sinnvoll und nützlich war, ebenso wie die Teilnahme der Gutachter am Hearing selber. Erstmals war in der Anhörung zu den Haushaltsbegleitgesetzen 1984 mit der Memorandumgruppe eine Position vertreten, die in deutlichem Widerspruch argumentierte zu den etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Ich will die Möglichkeiten solcher Veranstaltungen nicht überschätzen: Aber ich glaube schon, daß damit ein Anfang gemacht werden konnte, um den Monopolanspruch der etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Institute ein Stück weit aufzubrechen und eine Position auch öffentlich zu verdeutlichen, die in eindeutigem Widerspruch steht zur konservativen und auf Umverteilung abzielenden Grundlinie der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Diese Art der Kooperation in der Vergangenheit hat sich durchaus bewährt und wir sollten überlegen, wie wir sie zukünftig vielleicht noch ausbauen und verbessern können.

Was Eure inhaltliche Arbeit und was Eure konzeptionellen Vorschläge anbetrifft, so sind sie für uns, d.h. für die Leute, die sich im Rahmen der Bundestagsfraktion der GRÜNEN vorrangig mit Fragen einer ökologischen Wirtschaftspolitik befassen, stets wichtige Anregung und auch Bereicherung unserer eigenen Diskussionen gewesen.

Dies ist für uns umso wichtiger, als ja allgemein bekannt sein dürfte, daß es gerade im Bereich wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Fragen noch eine ganze Reihe von programmatischen Leerstellen und auch Ungereimtheiten bei den GRÜNEN gibt. Da sind auch solche Diskussionsansätze und Vorschläge, wie sie von Euch kommen, umso wichtiger.

Wenn ich jetzt einmal das "Memorandum '85" zum Ausgangspunkt nehme, dann ergeben sich eine ganze Reihe von Übereinstimmungen zwischen Euren Positionen und den Auffassungen der GRÜNEN. In der Analyse der wirtschaftlichen und der konjunkturellen Entwicklung haben wir ebenso einen weitgehenden Konsens wie in der Beurteilung der Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Wenn es in Eurem Memorandum etwa heißt: "In den letzten beiden Jahren hat sich die - Anfang der 80er Jahre eingeleitete 'Wende' in allen Bereichen der Gesellschaft und auf allen Feldern der Politik etabliert: Dies wird von den kapitalorientierten Medien und wissenschaftlichen Institutionen sowie den Unternehmerverbänden einerseits durch die lobende Feststellung honoriert, daß auf fast allen Gebieten wichtige Schritte in die richtige Richtung gegangen worden seien. Wenn diese Gruppen andererseits die Halbherzigkeit und das angeblich unzureichende Tempo der Wendepolitik bemängeln, dann weist dies darauf hin, daß mit der Etablierung der Wende der beabsichtigte Umbau der Gesellschaft gerade erst begonnen hat" (S. 72) oder festgestellt wird: "Die Politik der Wende ist mit einer Ideologie, die die Praxis der umfassenden Ausrichtung staatlichen Handelns auf die Interessen der Unternehmenswirtschaft zu legitimieren versucht, ausgestattet" (S. 73), dann stimmen solche analytischen Befunde weitgehend mit dem überein, was sich auch in entsprechenden Veröffentlichungen und Beiträgen der GRÜNEN findet.

Solche Übereinstimmungen zwischen Euren Einschätzungen und unseren politischen Positionen finden sich in weiten Bereichen dessen, was Ihr und wir als Alternativen in der Wirtschaftspolitik für notwendig halten. In der grundsätzlichen Ausrichtung auf die Notwendigkeit einer sozialen

Mindestabsicherung bei Arbeitslosigkeit als sozialpolitischer Sofortmaßnahme, in der Ausrichtung auf die Notwendigkeit ökologischer Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser, in der Forderung nach einer alternativen Energiepolitik und sofortiger Einleitung von Abrüstung und Rüstungskonversion treffen sich Eure Vorschläge mit vielem, was bei den GRÜNEN dazu erarbeitet worden ist und ich will hier auch betonen, daß Eure Arbeit und Eure Überlegungen dazu in den letzten Jahren auch für uns inspirierend waren und Anstöße geliefert haben.

Neben einer ganzen Reihe von solchen Gemeinsamkeiten gibt es aber auch Unterschiede nicht nur in Einzelfragen, sondern auch bei einigen politischen Akzent- und Schwerpunktsetzungen. Und ich will auch diese Punkte hier nennen, denn Ihr wollt ja sicher heute keine Jubelveranstaltung abhalten, sondern wir wollen ja miteinander diskutieren. Solche Unterschiede gibt es in einer Reihe von Einzelfragen. So sinnvoll es beispielsweise wäre, wenn Eure konkreten Forderungen zur Kürzung der Militärausgaben durchgesetzt werden könnten, so meinen wir doch, daß sie nach Art und Umfang nicht ausreichend sind. Wir haben in den Debatten um die Bundeshaushalte der letzten Jahre weitergehende Kürzungsvorschläge vorgelegt und wir sind der Auffassung, daß weitgehende Einschnitte bei den Rüstungsausgaben nicht nur abrüstungspolitisch sinnvoll, sondern auch durchaus möglich wären.

Eine zweite Differenz, die nicht nur im Detail liegt, sehe ich in der Frage der Staatsverschuldung. So richtig die Kritik an der konservativen Ideologisierung der Staatsverschuldungsfrage ist, so wenig kann man andererseits übersehen, daß das erreichte Ausmaß der Staatsverschuldung tatsächlich sozialpolitisch fragwürdige Verteilungswirkungen hat. Wir gehen mit Euch davon aus, daß die Verschuldungsfrage keine "dogmatische" Frage sein darf: Es geht immer um eine Abwägung, es muß immer die Frage gestellt werden, zu welchem Zwecke zusätzliche Verschuldung in Kauf genommen werden soll. Aber wir halten eine Position, die unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Ausweitung des Schuldenrahmens zur Finanzierung von entsprechenden Alternativen vorschlägt, nicht für sinnvoll und auch nicht für notwendig. Wir glauben, daß die notwendigen finanziellen Ressourcen auch durch eine haushaltspolitische Umverteilung aufgebracht werden könnten. Hinzu kommt, daß ich gerade in dieser Frage sehr skeptisch bin, was die mögliche gesellschaftliche Akzeptanz einer solchen Position anbetrifft.

Mehr ins Grundsätzliche führen Differenzen, die sich aus unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen ergeben: Trotz aller Betonung der Notwendigkeit umweltpolitischer Alternativen gerade in Eurem letzten Memorandum sind Eure Vorschläge nach meinem Eindruck noch immer sehr auf ökologische Reparatur und zu wenig auf Prävention gerichtet. Aus unserer Sicht wird der qualitative Aspekt, die stoffliche Seite des Produktionsprozesses und die Notwendigkeit des Eingriffs gerade in diese stoffliche Seite noch zu wenig in den Vordergrund gerückt. Dabei zeigt gerade etwa die chemische Industrie in aller Deutlichkeit, daß zur Lösung auch nur der drängendsten Umwelt- und Lebensrisiken hier der Hebel angesetzt werden muß.

Dies führt mich zu einem weiteren zentralen Punkt, wo es Unterschiede in den Akzentsetzungen mir zu geben scheint: Eure Alternativen bleiben aus meiner Sicht zu stark reduziert auf ein Beschäftigungsprogramm. Nun dürfte bekannt sein, daß auch die GRÜNEN nichts dagegen, sondern alles dafür haben, wenn auch infolge staatlichen Handelns sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen und gefördert werden. Aber für uns steht bei entsprechenden Vorschlägen stets die umweltpolitische und soziale Notwendigkeit im Vordergrund und wir verschweigen auch nicht, daß bei Verwirklichung unserer Vorschläge auch in bestimmten Bereichen Kapazitätsreduzierungen mit entsprechenden Beschäftigungswirkungen notwendige Folge wären. Wenn wir deshalb das Wort Beschäftigungsprogramm als GRÜNE nicht verwenden, dann ist das bei aller unbestrittenen Notwendigkeit politischer Initiativen zur Schaffung sinnvoller Beschäftigung doch mehr als eine bloß semantische Differenz.

Nun ist in diesem Zusammenhang vorhin vom Kollegen Müller von der SPD auch so ein kritischer Seitenhieb gekommen, daß die GRÜNEN zu wenig auf den Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie eingingen und die Bedeutung der ökonomischen Machtstrukturen dabei nicht genügend berücksichtigten. In gleichem Zusammenhang kam der Verweis darauf, daß es auch in der Linken modern geworden sei, einem Antietatismus zu huldigen. Nun zähle ich mich selbst gewiß nicht zu den "Antietatisten" bei den GRÜNEN. Aber ich glaube schon, daß sich die Linke in der Bundesrepublik auch selbstkritisch fragen sollte, woran es eigentlich liegt, daß der Sozialismus als große Idee jedenfalls in der Form arg in die Defensive geraten ist, als er auf staatliches Handeln und direkten staatlichen Eingriff in die Ökonomie orientiert. Hier sind aus meiner Sicht auch konzeptionelle Neuorientierungen notwendig. Denn das Problem einer öko-

logischen Linken in der Bundesrepublik besteht aus meiner Sicht gegenwärtig weniger darin, daß keine politischen und theoretischen Alternativen zum herrschenden Kurs vorhanden wären, sondern daß es diesen Alternativen an Überzeugungskraft in der Gesellschaft mangelt. Und da bietet gerade die Umweltfrage eine ungeheure Chance: Denn in dieser Frage ist diese Regierung in der Defensive und dies muß genutzt werden, damit die Alternative einer ökologischen Wirtschaftspolitik größere Überzeugungskraft entfalten kann.

Liebe Freunde, diese kritischen Randbemerkungen sollen aber eines ganz bestimmt nicht in den Hintergrund drängen: Die Bedeutung Eurer Arbeit aus Sicht der GRÜNEN, Eure inspirierende Wirkung auch für unsere Diskussionen und die positiven Erfahrungen, die wir in der praktischen Kooperation bisher gemacht haben. Die Memorandumgruppe leistet mit ihrem Versuch, ein Gegengewicht zu schaffen zu den etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, eine ganz wichtige Arbeit. Und wir sollten versuchen, unsere Kooperation und Diskussion miteinander nicht nur weiterzuführen, sondern noch zu verstärken. Dafür wird es schon in der nächsten Zeit einen unmittelbaren Anlaß geben: Wir arbeiten zur Zeit an einem sozialen und ökologischen Umbauprogramm, das die vorhandenen wirtschafts- und umweltpolitischen Programme der GRÜNEN nicht ersetzen, aber als eine Art "Ökologisches Wirtschaftsprogramm mit mittlerer Reichweite" ergänzen und konkretisieren soll. Dieses Programm wird als Entwurf im Januar fertiggestellt sein; es wäre sicher ein Gewinn für uns, wenn Ihr mit Eurer Kompetenz und Euren Positionen Euch in den Diskussionsprozeß um dieses Programm einbringen würdet.

Detlef Hensche, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier

Erwartungen an die "Alternative Wissenschaft"

I.

In den letzten Wochen wurde hier und da die Frage laut, ob Kundgebungen und Demonstrationen wie die der Aktionswoche wiederholbar seien.

Mittlerweile wissen wir: Die Frage ist falsch gestellt. Maßnahmen der gewerkschaftlichen Gegenwehr sind nicht nur wiederholbar, sie müssen verbreitert und verstärkt werden. Daß dies möglich ist, zeigt der gegenwärtige Abwehrkampf gegen die Aushöhlung der Streikfreiheit in Gestalt einer Veränderung des § 116 AFG.

Die Regierung verbreitet die Illusion, durch Gespräche eine Kompromißlösung zu suchen. Als ob sich Unternehmer und Regierung durch gute Argumente von ihrem Plan, die Streikfreiheit einzuschränken, bringen ließen! Wo gegenläufige Interessen bestehen, hilft nur die Entwicklung gewerkschaftlichen Drucks.

Ich schicke dieses aktuelle Beispiel aus den Auseinandersetzungen dieser Tage voran, um an ihm deutlich zu machen, wie lebendig die Mechanismen der Verdrängung sind. Wer Konflikten ausweichen will, findet immer wieder Schlupflöcher zur Rechtfertigung seines harmonischen Weltbildes. Die herrschende Meinung bietet allenthalben ideologische Versatzstücke, die eine politische und gesellschaftliche Realität vorgaukeln, voll von Partnerschaft, bestimmt durch gegenseitiges Verständnis, Einsichtsfähigkeit und die Macht des Arguments.

Vor wenigen Wochen legte der Parteivorstand der SPD den Entwurf eines wirtschaftspolitischen Leitantrages vor. Neben manchen anderen Mängeln zeichnet sich der Entwurf dadurch aus, daß er auf eine Analyse der wirtschaftlichen Krise verzichtet. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit bleiben im Dunkeln; desgleichen ihre Profiteure. Die Widerstände und die Gegner, mit denen eine Politik im Interesse der Arbeiter und Angestellten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu rechnen hätte, werden nicht genannt. So kommt der Entwurf zu Vorschlägen wie:

- Ein Konsens in Sachen Arbeitszeitverkürzung muß her. Man fragt sich, wo die Verfasser während des zurückliegenden Arbeitskampfs gewesen sind.
- Die Mitbestimmung ist unaufhaltsam. Die Frage drängt sich auf, wer

oder was sie denn bisher aufgehalten hat.

Ganz im Sinne solcher Harmonie-Beschwörungen erklärte der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, vor wenigen Wochen: Der Sozialabbau lasse sich nur mit den Unternehmern rückgängig machen.

Mit Verlaub, die soziale Demontage läßt sich nicht mit, sondern nur gegen die Unternehmer stoppen und rückgängig machen. Widerstreitende Interessen im großen partnerschaftlichen Kompromiß zusammenführen zu wollen, ist noch stets gescheitert. Wer rücklings auf der Barrikade sitzt, bietet eine tragische Figur.

Nun wäre es sicherlich eine Überforderung der Wissenschaft, uns vor ideologischen Schlußlöchern der vorgenannten Art zu bewahren. Dennoch sind wissenschaftliche Analysen und empirische Forschungen unerlässlich, wenn unsere politischen Antworten auf solidem Fundament stehen sollen. Und zumindest sollte eine uns nahestehende Wissenschaft dazu beitragen, daß Versatzstücke partnerschaftlicher Illusionen in Zukunft wenigstens mit schlechtem Gewissen vorgetragen werden.

II.

Ich möchte am Beispiel von einigen aktuellen Fragen Defizite in der Politikberatung aufweisen, Mängel, die zu überwinden für die gewissenschaftliche Arbeit wichtig scheint.

1. Krisenursachen, Krisenlösungen

Es bleibt uns unverändert aufgegeben, die Ursachen der wirtschaftlichen Krise aufzuzeigen. Das Beispiel des SPD-Entwurfs habe ich bereits erwähnt. Wer die Ursachen der wirtschaftlichen Krise verschweigt, ist auch nicht in der Lage, Antworten zu geben.

Zum einen sind zur Überwindung der Arbeitslosigkeit Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik und der Arbeitszeitverkürzung notwendig. Zum anderen wissen wir: Damit werden die Ursachen der krisenhaften Entwicklung und der weiterhin aufbrechenden Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Deshalb brauchen wir als weiteren Schritt Instrumente der gesellschaftlichen Kontrolle über Investitions- und Produktionsentscheidungen; dies schließt auch die Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in gesellschaftliches Eigentum ein.

Der Memorandumgruppe gebührt der Verdienst, sich vom ersten Tag an diesen

Anforderungen gestellt zu haben. Natürlich muß die zuletzt genannte Perspektive nicht die Tagesaufgabe für die nächste Legislaturperiode unter einem Bundeskanzler Johannes Rau sein. Doch die Gewerkschaften und nahestehende Wissenschaftler schulden eine Antwort auf die Frage, wie es denn weitergehen soll. Wer diese Antworten verschweigt, läuft Gefahr, daß gesellschaftliche Planung und Sozialisierung eines Tages von Juristen mit dem Bannstrahl der Verfassungswidrigkeit belegt werden. Es wäre nicht das erste Mal, daß aus politischen Tabus verfassungsrechtliche Verbote werden.

Deshalb bleibt es notwendig, in allen Stellungnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung auch in Zukunft die Ursachen und die weiterreichende Perspektive zu benennen und zugleich, wie am Beispiel Stahl und Werften schon geschehen, konkrete Vorschläge auszuarbeiten.

Damit verbindet sich auch die Notwendigkeit, sich mit Alternativen auseinanderzusetzen, die jüngst wieder einmal ins Kraut schießen. Die Verfasser des SPD-Leitantrags liebäugeln neben der Stärkung des Marktes mit der Förderung kleiner Genossenschaften. Die Vorliebe für die Gartenlaube der kleinen Einheiten mischt sich hier und da auch mit Vorbehalten gegen "die Bürokratie". Unter Linken sind solche Vorstellungen seit einiger Zeit in Mode.

Nichts gegen Selbsthilfegruppen. Der Genossenschaftsgedanke selbst stand vor Jahrzehnten ja auch am Anfang der Arbeiterbewegung, als es galt, sich außerhalb des Betriebes selbst zu schützen. Nur soll man nicht der Illusion aufsitzen, als ließe sich durch die Förderung dieses Sektors die wirtschaftliche Krise überwinden und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Umgekehrt fördern die Propheten jener Idylle ungewollt die Gefahr, daß konservative Lösungsmuster, etwa im Sinne des wieder aufgewärmten Subsidiaritäts-Gedankens hoffähig werden.

2. Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der Arbeitszeit und Freizeit

Die 35-Stunden-Woche bleibt für die Gewerkschaften weiterhin auf der Tagesordnung.

Dabei steht heute schon fest: Die von den Unternehmern bereits seit Jahren mit großem propagandistischen Aufwand betriebene Flexibilisierung wird auch bei den nächsten Schritten der Arbeitszeitverkürzung im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Im Kern geht es darum, die menschliche Arbeitskraft entsprechend den wechselnden Anforderungen der Produktion noch verfügbarer zu machen. Die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsverhältnis dient ausschließlich den Unternehmern, nicht

dagegen den Arbeitern und Angestellten.

Dennoch ist es den Unternehmern und ihren Ideologen trefflich gelungen, mit ihrer Flexibilisierungsoffensive an tatsächlich bestehende Bedürfnisse anzuknüpfen. Das Schlagwort von der "Zeitsouveränität" und seine Verbreitung belegen dies. Natürlich besteht auch unter den abhängig Beschäftigten, nicht zuletzt unter Angestellten ein wachsendes Bedürfnis nach individueller Entfaltungsmöglichkeit, danach, sich Arbeitszeit und Freizeit nach eigenen Vorstellungen einzuteilen. Nur sollten wir uns vor dem Irrtum hüten: Diese Zeitsouveränität im Interesse der Arbeiter und Angestellten wird bei der vom unternehmerischen Produktionsinteresse diktieren Flexibilisierung gerade nicht berücksichtigt.

Aus diesem Grunde spricht viel dafür, auch in der Tarifpolitik der nächsten Jahre großen Wert darauf zu legen,

- daß die Arbeiter und Angestellten (unabhängig von gegebenenfalls betrieblich vereinbarten Gleitzeitsystemen) feste Arbeitszeiten und damit verlässliche Freizeit haben und
- daß der Rhythmus von Arbeitszeit und Freizeit weitgehend mit dem Rhythmus des gesellschaftlichen Lebens übereinstimmt.

Gerade das letztgenannte Erfordernis spricht dagegen, im großen Maße Arbeitszeit und Freizeit zu entkoppeln. Ohnehin sind schon viel zu viele Arbeiter und neuerdings auch Angestellte zu Schicht- und Nachtarbeit verurteilt. Unter diesem Gesichtspunkt kann es doch kein gesellschaftlicher Fortschritt sein, wenn in Zukunft auch in vermehrtem Maße der Samstag, oder am Ende sogar der Sonntag wieder in die Arbeitszeit mit einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang ist auch Vorsicht angebracht gegenüber der vorschnellen Übernahme von Appellen an die "individuelle Entscheidung". Es mag ja für den Intellektuellen, etwa den Studienrat oder den Professor, relativ belanglos sein, wann er seinen Goethe liest, ob Mittwoch vormittags oder Samstagnachmittags. Für die Masse der abhängig Beschäftigten ist es dagegen von großer Bedeutung, ob ihnen der Rhythmus ihrer Arbeitszeit Gelegenheit gibt, ein Fußballspiel am Samstag erleben zu können, mit Freunden und mit der Familie zusammen sein zu können. Ähnliches gilt für abweichende Arbeitsverhältnisse, etwa Teilzeitbeschäftigung oder die Auslagerung von Arbeiten in neue Formen der Heim-

arbeit. Auch hier darf man sich nicht von dem Erfahrungshorizont der "besseren Kreise" einfangen lassen und nicht vorschnell der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten Bedürfnisse unterstellen, die sie tatsächlich nicht haben. Und: Wer hat denn eigentlich bei den vielen Meinungsbefragungen über das Interesse von Frauen an Teilzeitarbeit auch die Alternative genannt: Arbeitszeitverkürzung für alle und gleichzeitiger Ausbau einer gesellschaftlichen Infrastruktur, die die Frauen von ihrer Doppelbelastung im Betrieb und in der Familie entlasten?

Genug der Beispiele. Ich habe sie genannt in der Erwartung, daß gewerkschaftsnahe Wissenschaftler auch auf diesem Sektor ihre Forschungen verstärken. Ich nenne folgende Fragen:

- Welche wirtschaftlichen Folgen werden flexible Arbeitszeiten, insbesondere die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit haben? Welche Konzentrationsfolgen hat beispielsweise die Einbeziehung der Samstagsarbeit in bestimmten Branchen?
- Was sind die langfristigen gesellschaftlichen Konsequenzen der Individualisierung der Arbeitszeit, mit der Folge, daß auch die Freizeit zu einem System individueller Freischichten zerbröselt? Hier sind vornehmlich Gesellschaftswissenschaftler gefragt.
- Wo haben in qualitativer Hinsicht die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zu liegen? Bisher haben wir doch im wesentlichen die 35-Stunden-Woche allein als quantitative Verkürzung der Wochenstundenzahl propagiert. Die qualitative Seite, also die Frage nach Lage und Verteilung der Arbeitszeit und Freizeit haben wir kaum angesprochen. Demgemäß entwickelt sich zur Stunde unter dem Regime der 38,5-Stunden-Woche ein Wildwuchs unterschiedlicher Freizeitverteilung, von täglicher Arbeitszeitverkürzung um 18 Minuten bis zur Vereinbarung von Frei-Tagen, wiederum unterschiedlich verteilt, etwa nach einem festen Schichtplan oder aufgeteilt auf sog. Brückentage. Es sei daran erinnert, daß die Gewerkschaften vor 25 Jahren auf dem Weg zur 40-Stunden-Woche nicht nur eine quantitative Größe nannten, sondern zugleich mit der Forderung nach dem arbeitsfreien Samstag auftraten. Auch bei weiteren Schritten der Arbeitzeitsverkürzung ist eine kritische Diskussion mit nahestehenden Wissenschaftlern über die inhaltliche Perspektive der Arbeitszeitverkürzung notwendig; liegt die

Perspektive beispielsweise im 7-Stunden-Tag, in der 4-Tage-Woche oder in einer Ansammlung weiterer Freischichten?

Die Weichen dazu werden heute gestellt; dies später zu korrigieren wird ungeheuer schwer sein.

3. Der neue Arbeitnehmer

Seit eh und je beobachten wir, als Folge veränderter Produktion, Verschiebungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Beispielsweise nimmt die Zahl der Angestellten zu, auf Kosten der Arbeiter. Die Dienstleistungsberufe wachsen. Desgleichen wächst der Kreis der sog. technisch-wissenschaftlichen Intelligenz.

Daß derartige Veränderungen aufmerksam konstatiert und untersucht werden, ist eine Notwendigkeit, auch im Interesse der Gewerkschaften. Dabei wird man auch feststellen, daß sich im Zuge derartiger Entwicklungen Bedürfnisse verschieben. So gewinnen beispielsweise für die Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz qualitative Fragen, nicht zuletzt im Reproduktionsbereich, erhöhte Bedeutung. Dies läßt sich auch aufgrund der Arbeits- und Einkommenssituation mit guten Gründen belegen. Selbstverständlich haben sich die Gewerkschaften darauf einzustellen.

Allerdings begegnen wir angesichts derartiger Veränderungen auch immer wieder Propheten, die vorschnell einzelne Änderungen zum Anlaß für neue Philosophien nehmen. Ich nenne einige Beispiele:

Neue, und zwar qualitative Bedürfnisse verführen dazu, den Gewerkschaften den "längst überfälligen Sprung" von quantitativer zur qualitativen Tarifpolitik zu empfehlen. Als ob das "Gefeilsche um Lohnprozent" keine Bedeutung mehr hätte!

Auf dem Boden derartiger Rezepte wächst alsbald nicht nur das Naserrümpfen über Lohn- und Gehaltserhöhungen, sondern gedeihen auch Vorschläge wie Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich; auch das verbreitete Rezept der Arbeitsplatzteilung, wobei Beispiele von Pastoren- und Studienrats-Ehepaaren die Runde machen, gehört in diesen Zusammenhang.

Demgegenüber gilt es festzuhalten: Für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten spielen "quantitative Fragen" also die ganz normale Lohn- und Gehaltserhöhung eine ganz wesentliche Rolle zur Erhaltung eines angemessenen Lebensstandards. Für die große Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten ist eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nicht zumutbar. Oder: Modelle der Arbeitsplatzteilung mögen zwar

für Staatsanwälte annehmbar sein; doch in der Praxis sind sie zugeschnitten für die Verkäuferin und die Stenotypistin, die sich eine Reduzierung ihres Einkommens auf die Hälfte nicht leisten können.

In den eigenen, den gewerkschaftlichen Reihen sinnt man derzeit darüber nach, wie Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, also der Typ "des neuen Arbeitnehmers", für den Gewerkschaftsbeitritt gewonnen werden können. Zweifellos handelt es sich hier um eine wichtige, langfristig sogar existentielle Frage für die Gewerkschaften. Nur sei vor vorschnellen Antworten gewarnt. Da gibt es beispielsweise das Rezept: Die Angehörigen dieser Berufe haben ein positives Verhältnis zur eigenen Leistung und Leistungsfähigkeit und zu neuen Techniken, die sie einsetzen, oftmals auch beherrschen ja sogar selbst entwickeln. Also gilt es, endlich einmal aufzuhören, immer die Gefahren von Rationalisierung und neuen Techniken an die Wand zu malen. Umgekehrt ist ein fröhlicher Technik-Optimismus gefragt. Vor derartigen Kurzschlüssen kann gar nicht eindringlich genug gewarnt werden.

Schließlich knüpfen sich an die Entdeckung des "neuen Arbeitnehmers" weitreichende strategische Vorschläge. Peter Glotz träumt von dem Bündnis zwischen aufgeklärtem Kapital, den Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz und dem modernen Produktionsarbeiter. Würden sich die Gewerkschaften darauf einlassen, es wäre eine Neuauflage der Sozialpartnerschaft im Modernisierungsgewand; schlimmer noch, die Konzentration auf moderne Produktionsarbeiter und technisch-wissenschaftliche Intelligenz würde die Gewerkschaften der Gefahr aussetzen, in standesorientierte Politik für die sog. Krisengewinner abzugleiten.

Auch in diesem Zusammenhang stellen sich Fragen an befreundete Wissenschaftler, wie z.B.:

- In welchem Verhältnis entwickeln sich in Zukunft Arbeiter (und zwar bitte alle: Von der Hilfsarbeiterin über angelernte Arbeiterin und Arbeiter bis zum Facharbeiter) und kaufmännische und technische Angestellte?
- Gibt es für einzelne Gruppen spezifische Bedürfnis-Ausprägungen, an die die Gewerkschaften anzuknüpfen haben?
- Auf welchen Feldern zeichnen sich aus der Sicht einzelner Beschäftigtengruppen am ehesten Widersprüche zwischen herrschender Ideologie und sozialer Wirklichkeit ab?

4. Verhältnis zur Technik

Die Erfahrungen mit der betrieblichen Rationalisierung sowie die politischen Auseinandersetzungen um sog. Großtechnologien haben zahlreiche politische Unsicherheiten mit sich gebracht. Der grundlegende Technik-optimismus früherer Generationen ist ohnehin verflogen. Der allgemeine Rettungsanker: Man müsse nur die Technik "sozial gestalten", verspricht immer weniger Halt. Selbstverständlich ist es unverändert richtig, daß nicht die Technik Ursache unsozialer Folgen ist, sondern die unternehmerische Entscheidung, die die Technik einsetzt. Das ändert jedoch nichts daran, daß der Aufruf zur sozialen Gestaltung und Beherrschbarkeit zur Leerformel wird; und zwar umso mehr, je stärker moderne Technologien bereits von der ersten Stunde der Erforschung und Entwicklung an für eine ganz bestimmte, nämlich kapitalistische Nutzanwendung programmiert sind. Darüber hinaus gibt es bestimmte Technikanwendungen, die beim besten Willen nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten gestaltet werden können.

Deshalb wird meines Erachtens zu Recht immer häufiger die Forderung laut, daß die Gewerkschaften gegenüber bestimmten Technikanwendungen nicht bei dem Allerweltsruf nach der Mitbestimmung und sozialen Beherrschung stehenbleiben können, sondern daß sie sich auch, wenn die Nachteile überwiegen, zu einem klaren Nein durchringen müssen. Auch auf diesem Felde ist wissenschaftliche Beratung unumgänglich, vor allem in Gestalt ingenieurwissenschaftlicher Untersuchungen der Technikfolgen.

5. Arbeitskampfbedingungen

Zum Schluß möchte ich nochmals auf ein Thema der aktuellen Auseinandersetzung zurückkommen: Die Streikfreiheit. Dabei geht es übrigens nicht nur um die geplante Veränderung des § 116 AFG, also den Freibrief für die kalte Aussperrung.

Zur Stunde schwebt vor dem Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde, mit der die Aussperrungsentscheidung des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahre 1981, also die sog. Quoten-Regelung, angegriffen wird.

Desgleichen möchte ich an die skandalöse BAG-Entscheidung erinnern, nach der es rechtens sein soll, daß der Dienstherr die ihm unterstellten Beamten zur Streikbrucharbeit verpflichten kann. Im Klartext: Der Dienstherr erhält die Kompetenz, fundamentale Normen des menschlichen

Zusammenarbeitens, nämlich die Kollegialität und Solidarität, per Dienstanweisung außer Kraft zu setzen. Im Grunde handelt es sich um eine Ungeheuerlichkeit, die nur auf dem Boden preußischen Kasernenhofdenkens verständlich ist.

Schließlich gehört in diesen Zusammenhang die jüngste Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts über den Solidaritätsstreik; eine Entscheidung, mit der das Recht zum Solidaritätsstreik weitgehend eingeschränkt worden ist.

Nimmt man alles in allem, so müssen wir feststellen, daß die Gewerkschaften derzeit, im Unterschied zur Situation vor fünf Jahren, mit dem Rücken zur Wand stehen. Von allen Seiten begegnen wir empfindlichen Einschränkungen der Streikfreiheit.

Derartigen Angriffen gegenüber müssen sich die Gewerkschaften auf unterschiedlichen Ebenen zur Wehr setzen, in gleicher Weise juristisch, etwa vor den Gerichten, rechtspolitisch, etwa in der öffentlichen Auseinandersetzung, und vor allem durch Mobilisierung der Mitgliedschaft, wie in den derzeitigen Aktionen zur kalten Aussperrung.

Ein Aspekt der Auseinandersetzung betrifft die Paritätsthese, die die juristische Ideologie des Arbeitskampfrechts wie ein roter Faden durchzieht. Sei es die Rechtfertigung der Aussperrung, sei es die kalte Aussperrung und die "Neutralität des Staates" und andere Versatzstücke mehr – stets lassen sich Juristen von der Vorstellung leiten, daß der Einsatz "gewerkschaftlicher Macht" im Streik einer disziplinierenden Antwort bedarf. Nebenbei: Daß in diesem Zusammenhang der Streik unverändert als Angriff gilt und nicht die Primärverteilung im Unternehmen, nicht die Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsproduktivität, nicht die Abhängigkeit und Unterlegenheit des Arbeitnehmers – dies ist ein Kapitel für sich.

Was die Macht- und Paritätsfrage angeht, so sind die Gewerkschaften in dieser Hinsicht auf wissenschaftliche Unterstützung angewiesen. Wie steht es um die wirtschaftliche Konzentration? Welche nationale und internationale Dispositionsmöglichkeiten haben Unternehmens- und Konzernvorstände? Welche ökonomischen Folgen hat ein Streik?

Die Memorandumgruppe hat sich zum letztgenannten Aspekt dankenswerterweise schon geäußert. Doch vertiefende Stellungnahmen zum Thema Finanz-

kraft, Dispositionsmöglichkeit, Vorratshaltung, Lieferhilfe etc., vornehmlich an die Adresse von Juristen gerichtet und auf den Horizont juristischer Vorstellungswelt zugeschnitten, stehen noch aus, sind aber dringend erforderlich.

Ich möchte damit den Überblick über Fragestellungen, deren Beantwortung für die gewerkschaftliche Arbeit notwendig ist, abschließen. Sicherlich ließe sich der Katalog noch erweitern.

Zum Schluß liegt mir daran, der Memorandumgruppe und all denen, die die Arbeit bisher möglich gemacht haben, Dank zu sagen und zu gratulieren. Zehn Jahr daran zu arbeiten, dem Zitierkartell der herrschenden Ökonomie und ihrer politischen Freunde ein Gegengewicht entgegenzusetzen, verdient Anerkennung. Ich bin sicher, daß wir in weiteren zehn Jahren das Jubiläum in noch festlicherem Rahmen begehen können.

Heinz Jung, Leiter des IMSF

**Wachsende Bedeutung der Außenwirtschaftsprobleme für demokratische
Alternativen der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Heute und an diesem Ort ist auch zu betonen, daß zu jenen, bei denen die Arbeit der Memo-Gruppe eine produktive Aufnahme gefunden hat, nicht zuletzt auch die kommunistische Strömung der Arbeiterbewegung der BRD, die in der DKP organisierten Kommunisten, und der dezidiert marxistische Flügel der westdeutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, zu dem sich das IMSF zählt, gehören. Für sie ist es keine Floskel, den Mitarbeitern der Memo-Gruppe heute die Wertschätzung ihrer Arbeit und ihres Wirkens auszudrücken. Denn es gibt in zentralen Fragen der Analyse und der Alternativen Gemeinsamkeiten, Parallelitäten, Identitäten. Sie betreffen sowohl die Beurteilung der in diesem Lande herrschenden sozial-ökonomischen Verhältnisse und des Charakters der Krisenprozesse, als auch die Sicht der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeiterklasse dieses Landes und ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen als der sozialen Kraft zur Veränderung der Verhältnisse und als Adressat demokratischer und antimonopolistischer Alternativkonzeptionen, wie sie von Wissenschaftlern begründet und ausgearbeitet werden können.

Wenn ich mir erlaube, für diese Benutzer zu sprechen, so möchte ich sagen, daß sie sich für die Zukunft weiter solch anregende und für Theorie und Praxis solch nützliche Anstöße und Ergebnisse erhoffen, wie sie die Memo-Gruppe schon in der Vergangenheit gegeben und vorgelegt hat.

Für mich selbst und meine Kollegen möchte ich ausdrücken, daß wir von der Memo-Gruppe gelernt haben, was unter den konkreten Bedingungen der BRD demokratische Alternativen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein können und sein müssen, ohne illusionärer Sozialpartnerschaftsideologie den Weg zu bereiten. Gerade das verleiht der Memo-Gruppe auch ihr unverwechselbares Profil.

In den letzten Jahren – und auch heute – ist viel von alternativer Wissenschaft die Rede gewesen. Wenn man dafür das realisierte und erfolgreiche Projekt sucht, dann ist es in der Bundesrepublik die Memo-Gruppe. Sie stellt mit ihren Aktivitäten, mit ihrem ganzen Wirken jene

produktive Form dar, in der Intellektuelle, Wissenschaftler mit ihren Qualifikationen für den demokratischen und sozialen Fortschritt, für die Arbeiterklasse nützlich und wirksam werden können.

Was die sachlichen Anforderungen an die Memo-Gruppe betrifft, die aus den sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und aus systemoppositionellen Bewegungen entstehen, so kann ich mich weitgehend dem anschließen, was Detlef Hensche und die anderen Vorredner gesagt haben. Ich will es nicht noch einmal wiederholen. Vielmehr möchte ich einige Probleme skizzieren, die sich auch aus der Arbeit und Sicht des IMSF bei der Arbeit an Alternativen schon heute als bedeutsam erweisen, die wir jedoch offensichtlich erst ungenügend gelöst haben. Sie betreffen die außenwirtschaftliche Verflechtung, die wirtschaftliche Internationalisierung.

Herbert Schui hat uns in seiner unverwechselbaren Art ja schon unter dem Stichwort "Macht des Schicksals" vorgeführt, welch zentrale Rolle diese Fragen im Kontext offizieller Sachzwang- und Modernisierungskonzeptionen spielen. Es kommt also hinsichtlich des Weltmarktes darauf an, die Drehbuchautoren und Regisseure zu erkennen und zu benennen und das Spiel auf seine Träger und Interessenten hin aufzuschlüsseln.

Daß die Internationalisierung ein bestimmender Prozeß der Gegenwart ist, kann kaum von der Hand gewiesen werden. Wenn man sich nochmals die ersten Jahre der französischen Linksregierung unter der Präsidentschaft Mitterands ins Gedächtnis ruft, dann wird die Rolle der außenwirtschaftlichen Absicherung demokratischer und antimonopolistischer Alternativpolitik offenkundig. Ohne sie muß angesichts des heutigen Verflechtungsgrades und der entsprechenden Mechanismen eine demokratische Binnenmarktorientierung scheitern.

Es spricht weiterhin auch viel dafür, daß eine national introvertierte Binnenmarktorientierung allein für eine demokratische Alternativpolitik unzureichend ist. Wenn man die wachsende Einheit der Welt nicht als Chimäre, sondern als solidarische Herausforderung begreift, ist dieser Schluß zwingend. Wir können deshalb die Entwicklungsinteressen der dritten Welt nicht ausklammern, sondern müssen die Forderungen und Vorschläge der Blockfreien aufgreifen. Dies hat Konsequenzen für eine demokratische Außenorientierung.

Wie bekannt, ist heute die Verschuldung – und die Ausbeutung – der Völ-

ker der dritten Welt ein sich zusätzendes globales Problem. Es gehört meines Erachtens auch zu unseren analytischen Aufgaben - ganz im Sinne der Aufforderung Jörg Huffschrads -, die Rolle der Konzerne und Großbanken der BRD in diesem Prozeß zu beleuchten. Und vor allem auch hier demokratische Alternativen zu entwickeln. Das IMSF wird auf einer großen Konferenz mit Vertretern aus der dritten Welt am 31.5. und 1.6.1986 in Bonn diese Fragen in den Mittelpunkt rücken, um Impulse für die weitere Beschäftigung mit diesen Problemen zu geben. Es liegen auf diesem Gebiet schon beachtliche Initiativen etwa der Grünen im Bundestag vor. Man braucht also nicht am Nullpunkt anzufangen.

Ich möchte hier eine knappe Bemerkung zum so benannten Spätzle-Kapitalismus a la Späth einschieben. Ich glaube, daß dies wohl mehr die Verpackung als den Inhalt betrifft. Für südwestdeutsche Gemütlichkeit ist bei Daimler-Benz in den neuen Größen- und Rüstungsdimensionen real nur wenig Platz. Und die Herren aus diesen Konzernetagen sind ja bekanntlich die eigentlichen Paten des Späth-Konzepts. Bedenklich muß es hier stimmen, daß der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, die Promotion aus der gleichen Ecke erhält (so die wohlwollenden Vorstellung seines jüngsten Buches durch den Daimler-Finanzchef E. Reuther oder seine "Spiegel"-Besprechung durch Benningsen-Förder). Man muß also Sensibilität gegenüber jener Tendenz entwickeln, in der sich eine Synthese zwischen einem moderaten Konservatismus und einem rechtssozialdemokratischen Sozialpaktangebot abzeichnet.

Wie auch immer, so zeugen derartige Entwicklungen nicht gerade für den zur Schau getragenen pausbäckigen Optimismus der Parteigänger des konservativen "Modells". Deren ideologische Kraftmeierei kann zwar nicht ignoriert werden, gleicht aber doch mehr einem aufgeblasenen Luftballon, denn einem gedeckten Scheck.

Doch zurück zum Hauptanliegen meines Beitrages. Bekanntlich spielen auch die internationalen Institutionen und Organisationen, wie IWF, Weltbank, GATT usw., im Internationalisierungsprozeß eine zunehmende Rolle und das nicht nur abstrakt, sondern mit konkreten Rückwirkungen auf die nationale Wirtschaftsentwicklung. Dies ist eine Ebene nahezu außerhalb demokratischer oder auch nur demokratisch legitimierter Kontrolle. Welche Positionen haben demokratische Alternativkonzeptionen ihnen gegenüber zu entwickeln? Das sind Fragen, denen man m.E. nicht ausweichen kann. Dies betrifft auch die Haltung zur Politik und zum Wirtschaftsmecha-

nismus auf der Ebene der EG. Schließlich, und das ist weitgehend Konsens, hat Friedens- und Entspannungspolitik auch eine ökonomische Komponente. Soll der Frieden sicherer werden, bedarf es auch der Ausweitung des Ost-West-Handels, der technisch-wirtschaftlichen Kooperation und zwar in einer weiten und breiten Perspektive – also ein weiterer Komplex demokratischer Alternativpolitik für unser Land. Nicht zuletzt, und das hatte ich schon angesprochen, geht es auch darum, was der gegenwärtigen Entwicklungspolitik entgegengesetzt werden muß.

Kurzum, ich möchte dafür plädieren, diese Felder im Rahmen der Entwicklung einer demokratischen Alternativkonzeption zur herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht als exotisch anzusehen oder sich nur darauf zu beschränken, den Alibicharakter der sogenannten Weltmarktargumente der herrschenden Wirtschaftsideologie zu denunzieren, sondern daran zu gehen, ernsthafte Beiträge zur Entwicklung einer alternativen demokratischen und antiimperialistischen Außenwirtschaftskonzeption für die BRD zu leisten.

Internationale wissenschaftliche Konferenz des IMSF

DIE VERSCHULDUNG UND AUSBEUTUNG DER DRITTEN WELT UND DIE ROLLE DER BUNDESREPUBLIK

31. Mai und 1. Juni 1986, Köln

Mit Referenten aus der Bundesrepublik, aus Ländern der Dritten Welt (u.a. Kuba, Mexiko) und aus sozialistischen Ländern.

Plenumsvorträge, zahlreiche Arbeitsgruppen, Workshops, Selbstdarstellung von progressiven Ländern der Dritten Welt und Solidaritätsgruppen, Kulturveranstaltung, Podiumsdiskussion usw.

Themenschwerpunkte u.a. :

- Wirtschaftliche und politische Hintergründe, globale Bedeutung der Verschuldung der Dritten Welt
- Die Zusitzung der Probleme in der Dritten Welt. Gegenwehr und Kampf um Alternativen
- Verschuldung der Dritten Welt als Hebel imperialistischer Strategie; die Rolle der Bundesrepublik
- Bedeutung der Dritte-Welt-Problematik für die Linke in der Bundesrepublik.

Nähere Informationen bei : Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/Main - 1.

Buchbesprechung

Alternativen zum kapitalistischen Typ der Unternehmensführung –
Paul Bocvara: Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères

Innerhalb der Alternativdiskussion der Bundesrepublik ist es unbestritten, daß die Orientierung sowohl der Unternehmenspolitik als auch der staatlichen Wirtschaftspolitik an der einzelkapitalistischen Profitlogik eine zentrale Ursache der gegenwärtigen anhaltenden Krisenerscheinungen ist, daß diese Orientierung an den so definierten Kapitalwertungsinteressen Wirtschaft und Gesellschaft weiter zerrüttet. Die Alternativdiskussion bezieht sich hierzulande allerdings weitgehend auf die Ebene der Wirtschaftspolitik, wobei nicht nur die gesamtstaatliche Ebene sondern alle Bereiche, soweit sie politisch bestimmt sind, angeprochen werden. Zwar ist in den letzten Jahren unter dem Aspekt des "qualitativen Wachstums" ein Moment zunehmend in den Blickwinkel gerückt, das auch einzelwirtschaftliche Ansätze berücksichtigt. Diskutiert werden die Möglichkeit von "alternativen" Unternehmen ebenso wie der Spielraum für die Entwicklung von Alternativproduktionen in bestimmten Industriezweigen. Interessanterweise ist hierzulande aber kaum versucht worden, sozusagen von der betriebswirtschaftlichen Ebene aus operationale Ziele zu entwickeln, die in betrieblichen Auseinandersetzungen gegen Unternehmensziele durchgesetzt werden können, die sich an der kritisierten Profitlogik orientieren.

Eine gewisse Ausnahme macht hierbei das Konzept der arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre, das im WSI der Gewerkschaften entwickelt wurde. Dieses Konzept ist allerdings eher bemüht, die "externen", durch die Tätigkeit der Einzelunternehmen verursachten Kosten in der Unternehmensführung mitzuberücksichtigen, die einzelwirtschaftliche Ergebnisrechnung also um gesellschaftliche Dimensionen zu erweitern. Zudem geht es dabei eher um eine Ergänzung der traditionellen einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien im Rahmen von sozialpartnerschaftlich interpretierten Mitbestimmungsmodellen. Es ist daher wohl auch kein Zufall, daß von diesem Ansatz in den Gewerkschaften und in der öffentlichen Diskussion seit Jahren kaum noch die Rede ist.

In Frankreich dagegen existiert seit mehreren Jahren ein Konzept, daß versucht, eigene, alternative "Kriterien der Unternehmensführung"

("critères de gestion") zu entwickeln. Dieses Konzept mag nicht in allen Punkten auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragbar sein - u.a. wegen der Unterschiede im Charakter der sozialen Bewegungen und der anderen politischen Konstellationen -, es ist aber ein Verlust für die bundesdeutsche Alternativdiskussion, von diesem Ansatz bislang kaum Kenntnis genommen zu haben.

Seit einigen Monaten liegt in Frankreich eine umfangreiche Publikation vor, in der die entsprechenden Arbeiten von Paul Bocvara, Dozent für Ökonomie und Unternehmensführung an der Universität der Picardie, Mitglied des Zentralkomitees der Französischen Kommunistischen Partei und einer der wichtigsten Vertreter dieser Konzeption, zusammenfassend dargestellt werden.

Paul Bocvara, *Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères, Messidor/Editions sociales, Paris 1985, 566 Seiten, 150 Francs*

Im folgenden sollen einige Hauptaussagen dieser Arbeiten referiert werden in der Hoffnung, damit eine Aufnahme dieses Ansatzes in die Alternativdiskussion anzuregen - ohne daß damit Aussagen über dessen Tauglichkeit für die bundesrepublikanische Situation gemacht werden sollen.

Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ausgangspunkt des Konzepts ist die in Frankreich entwickelte spezifische Variante der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK), die ausgeht von der Überakkumulation von Kapital als strukturellem Problem des Kapitalismus in der imperialistischen Phase. Dieser Ansatz ist durch einige Übersetzungen von Boccaras Arbeiten auch in der Bundesrepublik bekannt geworden (vgl. z.B. Paul Bocvara, *Studien über "Das Kapital"*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982). Die spezifisch kapitalistische Methode der Produktivkraftsteigerung untergräbt mit dem Anwachsen des konstanten Kapitalteils auf Kosten der lebendigen Arbeit als einziger Quelle von Mehrwert gleichzeitig die Dynamik der Akkumulation von Kapital und damit des wirtschaftlichen Wachstums. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate setzt sich in der historischen Tendenz durch, seine Wirkungen können nur durch solche grundlegenden Umwälzungen auf der Ebene der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse

zeitweilig aufgehoben werden, die die Profitrate wieder anheben. Der SMK als Anpassungsreaktion im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse übernimmt die Aufgabe, durch monopolistische Profitregulierung und staatliche Eingriffe in den Reproduktionsprozeß den Druck des überakkumulierten Kapitals auf die Verwertungsbedingungen der Monopole zu mildern. Das staatlich entwertete Kapital stützt durch Verzicht auf Profit die private Akkumulationsdynamik. So verstanden sind die Nationalisierungen unter privatmonopolistischer Dominanz denn auch nichts anderes als der Versuch, die Last des überakkumulierten Kapitals auf Kosten der Gesellschaft zu übernehmen.

Dadurch kann jedoch die Krise, die von Boccara als Krise des kapitalistische Typs der Produktivkraftentwicklung überhaupt begriffen wird, nicht überwunden werden. Alle Versuche, diese auf kapitalistischem Weg zu lösen, vergrößern nur die ihr zugrundeliegenden Widersprüche:

- der kapitalistische Typ der Produktivkraftsteigerung, die Ausdehnung des Anteils der geronnenen Arbeit auf Kosten der lebendigen Arbeit, bewirkt eine Verschwendug von Kapital, eine Zerstörung der produktiven Potenzen der lebendigen Arbeit und die Verstopfung der Absatzwege durch Senkung der Massenkaufkraft.
- die Herausbildung von Monopolen und die Ausdehnung des öffentlichen Sektors, staatliche Subventionierung und Stützung der privaten Kapitalverwertung führten zur Aufblähung von Finanzinvestitionen, zur Akkumulation von Geldkapital und damit zu einem noch höheren Grad von Vergeudung.

Die gegenwärtige langanhaltende Krisenperiode ist für Boccara daher Ausdruck der Krise des kapitalistischen Profitprinzips selbst, kann also im Rahmen der kapitalistischen Form nicht mehr überwunden werden.

Boccara betrachtet den in der Vergangenheit beobachteten Typ der Produktivkraftsteigerung der Arbeit, den Ersatz lebendiger Arbeit durch konstantes Kapital, die Herabsetzung aller mit der lebendigen Arbeit verbundenen Aufwendungen zugunsten von mehr Maschinerie ("industrielle Revolution") als formbestimmt, d.h. nicht als Ausdruck einer systemunspezifischen Vergesellschaftungstendenz sondern nur ihrer kapitalistischen Form. (Es gibt hier deutliche Parallelen zur Interpretation der Krise als "Regulierungskrise", wie sie auch hierzulande unter Marxisten diskutiert wird.)

Jeder Versuch, auf dieser Grundlage die Wirtschaftsdynamik wiederzube-

leben – also im Kern durch die Ausweitung der Fixkapitalinvestitionen auf der einen Seite die Ausbeutungsrate auf der anderen Seite zu heben – führt nur tiefer in die Krise. Dies aus Gründen, die beide Seiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses betreffen: der Vergeudung von Kapital und der Zerstörung der produktiven Potenzen der lebendigen Arbeit ("Angebotsseite") entspricht die Untergrabung der Massenkaufkraft als wichtigstem Bestimmungsgrund der Absatzmärkte ("Nachfrageseite"). Hier ordnet sich Boccaras Krisenanalyse in sein Konzept der "Langen Wellen der Konjunktur" ein (vgl. die Darstellung bei J. Goldberg, Das Konzept der "Langen Wellen der Konjunktur", in: IMSF, Große Krisen des Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur?, IMSF-Informationsbericht Nr. 41, Frankfurt/M. 1985). Eine Neubelebung der ökonomischen Dynamik kann es demnach nur auf der Grundlage eines völlig neuen Typs der Produktivkraftentwicklung geben. So wie die "industrielle Revolution" mit der Werkzeugmaschine und dem Kapitalismus verbunden war, sei die zur Zeit ablaufende "révolution informationnelle" Ausdruck eines neuen Produktivitätstyps, der auf dem zunehmenden Gewicht der lebendigen Arbeit basiert. Der kapitalistische Typ der Produktivkraftsteigerung auf Kosten der lebendigen Arbeit bewirkt so zugleich eine Verschwendug von Fixkapital und eine Untergrabung der eigentlichen Quellen des neuen Wachstumstyps, der lebendigen Arbeit im umfassenden Sinne. Die Versuche des Kapitals, alle mit der lebendigen Arbeit verbundenen Kosten zu minimieren, behindert damit die Nutzung der Vorteile der Informations-techniken. Die "révolution informationnelle" markiert die historische Überlebtheit des kapitalistischen Typs der Regulierung. Die Neuorientierung der Leitungskriterien (also ein neuer "Regulierungstyp") ist also die Voraussetzung für den Durchbruch der Informationstechnologien auf breiter Grundlage, wobei dies von Boccardo allerdings nicht als rein technologischer Prozeß gesehen wird. Auch unter kapitalistischen Bedingungen können die neuen Technologien genutzt werden, allerdings be-inhalten sie dann sowohl die Gefahr der Monopolisierung, der Zentralisi-ierung und Bürokratisierung wie die der Zerstörung der Kreativität des Menschen als eigentliche Grundlage dieser Techniken. Das heißt, der demokratische Weg ist auch effektiver, die kapitalistischen Widersprüche werden durch die "révolution informationnelle" auf eine neue Ebene gehoben. Es ist dies ein sehr offensiver, quasi "angebotsorientierter" Umgang mit den neuen Technologien, der allerdings sehr weit entfaltete betriebliche Kampfbedingungen voraussetzt. Die Forderung nach "Moder-nisierung" der Produktion, die von der französischen Linken vehemmt

zum Programm erhoben worden ist, muß also vor allem als Forderung nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verstanden werden - die Debatte dort ist weniger auf die Fertigungssysteme selbst als auf die sozialen Anwendungsbedingungen orientiert. So ist für Boccara auch die menschenleere Fabrik im Rahmen flexibler Fertigungssysteme denkbar, bei der der Arbeiter nur als bornierter Knöpfchen-drücker fungiert - solche Roboterketten seien aber extrem störanfällig, so daß sie ihre wirklichen produktiven Effekte nur entfalten können vor dem Hintergrund umfassend entwickelter menschlicher Arbeit und Persönlichkeit.

Boccara verweist gleichzeitig auf den extrem "kapitalsparenden" Charakter der Informationstechnologien bzw. des auf ihr basierenden Produktivkraftsystems. Die Durchsetzung der neuen Technologien erlaubt demnach die Einsparung von Maschinerie und Material im Verhältnis zur Produktmenge, erfordert allerdings umfassende Aufwendungen für die Entwicklung der lebendigen Arbeit. Höhere Aufwendungen für soziale Infrastrukturen, für Bildung, für Forschung und Entwicklung, für Gesundheitsvorsorge, für die Hebung des individuellen und gesellschaftlichen Konsums, Arbeitszeitverkürzungen, Erweiterung der Zeitspielräume in der Produktion für demokratische Prozesse - dies alles sind für Boccara notwendige Bedingungen für die Nutzung der Effektivitätsvorteile der Informationstechnologien. Ausgaben für die lebendige Arbeit sind demnach produktivitätswirksam - Ausgaben für zusätzliches fixes Kapital, das lebendige Arbeit ersetzen soll dagegen förderten die Vergeudung von Ressourcen.

Hinzu kommt die Veränderung menschlicher Bedürfnisse und Interessen, die zunehmend im Widerspruch zu zentralisierten und bürokratisierten Formen der Wirtschaftsführung geraten, die diese Formen obsolet werden lassen. Die ablaufende technologische Revolution erfordert revolutionäre Veränderungen in der Rolle des Arbeiters. Eng verbunden mit der "révolution informationnelle" ist ein Typ der Selbstverwaltung, der das Schwergewicht auf unmittelbare Veränderungen in der Art zu produzieren und zu leben legt. Veränderungen auf der gesamtgesellschaftlichen, politischen Ebene wie die Nationalisierungen werden als wichtig, aber - in der konkreten politischen Situation Frankreichs - nicht als zentral betrachtet. Ansatzpunkt sind die Kämpfe im Betrieb, die Nutzung erweiterter Arbeiterrechte (realisiert unter der Linkenregierung) für konkrete Veränderungen an der Basis der Produktion. Boccara betont, daß es nicht bloß um die

Absicherung einer Linksregierung geht. Die Kämpfe an der Basis seien als autonom zu betrachten, haben ein eigenständiges Gewicht.

Die neuen "critères de gestion" verstehen sich so als Beitrag zur Entwicklung dieser Kämpfe, als Orientierungspunkte für Forderungen im Betrieb gegen die Herrschaft des kapitalistischen Prinzips der Kapitalrentabilität. Im Unterschied z.B. zu bundesrepublikanischen Diskussionen um eine Erweiterung der betriebswirtschaftlichen Rechnungssysteme um gesellschaftliche Dimensionen bewegen sich die neuen Kriterien zunächst auf der betrieblichen Ebene und sie sind monetär quantifizierbar, verstehen sich also als unmittelbar operationales Widerpart zum herrschenden Rentabilitätsprinzip. In einer Auseinandersetzung mit sozialistischen Vorstellungen in Frankreich unterstreicht Boccaro diesen Konfliktcharakter: nicht eine Ergänzung oder Erweiterung des kapitalistischen Rechnungswesens sondern sein Ersatz ist das Ziel.

Soziale Inhalte gegen kapitalistische Rentabilität

Entsprechend der Kritik am kapitalistischen Typ der Produktivkraftentwicklung und ausgehend vom Charakter der "révolution informationnelle" konzentrieren sich seine neuen Leitungskriterien auf die Kategorie der Wertschöpfung (= Valeur Ajoutée, VA) bzw. auf die Relation VA/C, wobei C das materielle und finanzielle Kapital umfaßt. Sinn dieses Kriteriums, das an die Stelle der Relation Profit/vorgeschoßenes Geldkapital treten soll, ist der Gedanke, daß eine Ausweitung der Aufwendungen für die lebendige Arbeit aus zwei Gründen notwendiges Ziel der Einzelunternehmen werden muß: sie fördert die Entwicklung der Absatzmärkte und dient gleichzeitig der Entfaltung der produktiven Potenzen der lebendigen Arbeit, ist also – um im Sprachgebrauch der bundesdeutschen Debatte zu bleiben – angebots- und nachfrageorientiert. Dies ist im übrigen ein Gedanke, der in der bundesdeutschen Diskussion durchaus stärkerer Beachtung wert ist: die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vergrößert nicht bloß die Absatzmärkte sondern erhöht auch die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit. Sozialabbau ist kontraproduktiv! Ausgehend von dieser Basisrelation VA/C – es geht um die Rate und die Masse von VA – entfaltet Boccaro ein recht entwickeltes Konzept bis hin zu dessen Umsetzung in Kategorien des unternehmerischen Rechnungswesens. Es können hier nur einige weitere zentrale Kategorien genannt werden, ohne daß deren Konkretisierung auf der betrieblichen Ebene im Detail wiedergegeben wird.

Zusätzlich zur Kategorie VAd wird die Größe "VAd disponible" (VAd) entwickelt, die den Teil der Wertschöpfung ausdrückt, der der lebendigen Arbeit zugute kommt. VAd enthält die Löhne und Gehälter, die sozialen Aufwendungen, die Forschungsaufwendungen, die Bildungsaufwendungen (jeweils inclusive der Sachkosten), Steuern, Zölle und andere Ausgaben, die sozialen Zwecken dienen. Gegen Kritiken, die befürchten, daß die Verfolgung der Maximierung von VAd zu unproduktiven Personalvorhaltungen führt, verweist Boccara auf die weiterbestehende Preiskonkurrenz, die ein Steigerung von VAd durch bloß expansive Personalpolitik verbietet und auf die Notwendigkeit, VAd zu festen Preisen zu rechnen, um eine inflationistische Preispolitik einzelner marktstarker Unternehmen auszuschließen.

Ausgehend von VAd werden einige weitere Konkretisierungen genannt: "VAd nécessaire" stellt das Minimum dar, das erwirtschaftet bzw. auf dem Kreditwege beschafft werden muß, es ist durch tarifliche und gesetzliche Bestimmungen reguliert. "VAd supplémentaire" erlaubt z.B. zusätzliche Lohnzahlungen über die tariflichen Mindestbestimmungen hinaus. "VAd potentielle" als Zielkategorie beinhaltet soziale Leistungen des Einzelunternehmens für die Bevölkerung der Region oder Mittel für Arbeitszeitverkürzungen zum Zwecke der Beschäftigungsausweitung. Aufwendungen eines Unternehmens, die mit der Erweiterung von VAd z.B. zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung einerseits und der Neueinstellung andererseits verbunden sind, dürfen demnach nicht als Ausdruck von einzelfinanziertem Mißerfolg begriffen werden sondern als Beitrag zur Erhöhung der Produktivität - und können somit auch kreditfinanziert werden.

Auf der Grundlage von VAd können weitere Relationen gebildet werden, sowohl - als Ausdruck der Einordnung des Einzelbetriebs in gesamtwirtschaftliche Ziele - die Relation VAd pro Kopf der Bevölkerung (also nicht nur der Beschäftigten) als auch das Verhältnis von VAd nécessaire zu VAd supplémentaire als Ausdruck einer angestrebten Wachstumsrate. Boccara untersucht auf dieser Grundlage einige Großunternehmen und kommt zu dem Schluß, daß die Verfolgung des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips - mit dem Mittel der Kostensenkung vor allem bei den Personalkosten - diese nur tiefer in die Krise getrieben hat. Der Maßstab VAd dagegen als Beurteilungskriterium würde gerade denjenigen Unternehmen, die als innovativ bezeichnet werden, besser gerecht werden: gemessen an

der Relation VA/C sind die innovativen Betriebe den nicht-innovativen deutlich überlegen, nicht unbedingt auch nach Maßgabe der kapitalistischen Rentabilität.

Gesamtgesellschaft, Selbstverwaltung und Dezentralisierung

Boccaro betont im Rahmen seiner Arbeit stark den Vorrang der betrieblichen Kämpfe, der regionalen und lokalen Aspekte der Auseinandersetzungen. Seine "Kriterien" müssen auch als Versuch verstanden werden, den isolierten Kämpfen eine einheitliche Perspektive zu geben und sie gleichzeitig auf die konkreten örtlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen zu orientieren. Dies ist allerdings mehr als nur eine Orientierung im Kampf, sondern entspricht wiederum seiner Auffassung von der Dialektik Produktivkraftentwicklung/Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der "révolution informationnelle". Diese beinhaltet die Entwicklung von demokratischen Prozessen, die mit der Kategorie der Selbstverwaltung ("Autogestion") erfaßt werden. Es ist dies eine spezifische Auffassung der Vergesellschaftung, die auf den gesellschaftlichen Zusammenhang dezentralisierter Entscheidungen im betrieblichen bzw. lokalen Maßstab abhebt. Er betont daher, daß seine "Kriterien" nur die Grundlage für betriebliche und lokale Konkretisierungen sein können, die jeweils den Bedingungen entsprechend ergänzt und aufgefächert werden müssen. Ihre Anwendung soll auf allen Ebenen und in allen Bereichen erfolgen, sie sollen die Kreditvergabepolitik des Bankensektors umwälzen und natürlich in erster Linie die Unternehmenspolitik des nationalisierten Sektors bestimmen. Sie sind jedoch auch als Ausdruck von Kampfzielen in den privaten Unternehmen zu nutzen.

Als Erweiterungsmöglichkeit entsprechend dem Ziel der "Wiedereroberung des Binnenmarktes" nennt er z.B. eine betriebliche Importquote als Bestandteil eines solchen alternativen Typs von Leitungskriterien: die Belegschaft soll sich auf allen Ebenen und in sämtliche Bereiche der Leistungstätigkeit einmischen und dort ein System von eigenen Unternehmenszielen entwickeln und verfolgen. Es geht bei dem Konzept also auch um die Formulierung von bestimmten gesamtgesellschaftlichen Alternativen für die betrieblichen bzw. lokalen und regionalen Bedingungen.

Entsprechend der Konzentration auf die betrieblichen Bedingungen liegt der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf der Auseinandersetzung mit der einzelwirtschaftlichen Ergebnisrechnung. Das Problem der Herstellung von Gesellschaftlichkeit, also die Vermittlung zwischen Einzelbetrieb

und Gesamtwirtschaft wird nur ansatzweise behandelt. Hier muß allerdings darauf verwiesen werden, daß das Konzept die Entwicklung eigenständiger Kooperationsbeziehungen in nationalem und internationalem Maßstab zum integrativen Bestandteil hat. Anhand von praktischen Beispielen, bei denen Belegschaften von verschiedenen Unternehmen, die durch finanzielle oder Lieferbeziehungen miteinander verbunden waren, kooperiert haben, wird die Notwendigkeit systematischer und autonomer Kooperationsbeziehungen zwischen den Arbeitern der Einzelbetriebe dargestellt. Sie dienen der Entwicklung von Gegenmachtpositionen innerhalb der Betriebe, neben den offiziellen Unternehmensleitungen auch in den nationalisierten Betrieben. Dies ist im übrigen ein Modell, daß auch für den Zusammenhang zwischen Industriebetrieben und Banken, für die Gestaltung von Außenwirtschaftsbeziehungen nach den neuen Maßstäben gelten soll.

Darüber hinaus aber soll die Gesellschaftlichkeit selbst Moment der Kriterien sein, z.B. durch die Relation VAd pro Kopf der Bevölkerung in regionalem oder nationalem Maßstab. So soll der Gefahr von Betriebsegoismus, der Maximierung von VAd nur im Interesse der Beschäftigten, entgegengewirkt werden.

Einen weiteren Ansatzpunkt sieht Boccara in der Erweiterung der vorliegenden Konzepte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Er schlägt u.a. vor, die existierende Input-output-Rechnung auszubauen, wobei wiederum die entwickelten einzelwirtschaftlichen Kriterien – also vor allem VAd – zugrunde gelegt werden können. So kann z.B. der VAd je Branche, aber auch je Region errechnet bzw. im Rahmen eines nationalen Plans festgelegt werden. Dieser nationale Plan soll den Charakter einer "dezentralisierten Planifikation" haben, Boccara wendet sich explizit gegen eine zentralisierte, etatistische Planung. Es geht um die Abstimmung der betrieblichen, regionalen und lokalen Entscheidungen, die Festlegung von gemeinsamen Zielen und Normen autonomer Interventionen der Betroffenen. Diese "Autonomie" der betrieblichen und lokalen Kämpfe, die dort entfaltete Kreativität ist für Boccara der Orientierungspunkt seiner Vorschläge, die wiederum beanspruchen, aus der Entwicklung der konkreten Kämpfe abgeleitet zu sein.

Das Buch ist eine Zusammenstellung von Arbeiten Boccaras, die vor allem aus den Jahren 1981 bis 1985 stammen und zumeist schon an anderer Stelle veröffentlicht worden sind. Dies impliziert gewisse Wiederholungen, die bei einer solchen Verfahrensweise unvermeidlich sind. Es wird aber auch

sichtbar, daß die meisten Abschnitte Nationalisierungen und Linksregierung schon voraussetzen, d.h. es erscheint als das Konzept zur Weiterentwicklung entfalteter Klassenauseinandersetzungen unter relativ günstigen gesamtnationalen Konstellationen. Dies erklärt auch z.T. das Gewicht, das rein betrieblichen und lokalen Ansätzen der Veränderung gegeben wird, während die gesamtpolitischen Verhältnisse nur gestreift werden. An vielen Stellen aber wird deutlich, daß es vor allem darum geht, die durch Nationalisierungen, durch die Erweiterung der Arbeiterrechte im Betrieb geschaffenen Möglichkeiten, also die günstige politische Konstellation auf der nationalen Ebene zu nutzen.

Nationalisierungen reichen gewiss nicht aus zur Durchsetzung des neuen, demokratischen und sozialen Entwicklungstyps - sie sind aber eine wichtige Voraussetzung. In der bundesdeutschen Alternativdiskussion müssen die Akzente anders gesetzt werden, müssen Fragen der Verstaatlichung, der gesamtwirtschaftlichen Alternativkonzeptionen auf der politischen Ebene ein größeres Gewicht haben. Trotzdem steht auch in der BRD immer die Frage der Verbindung von gesamtgesellschaftlichen Alternativkonzeptionen sozusagen auf der staatlichen Ebene mit den konkreten betrieblichen und örtlichen Auseinandersetzungen. Es scheint durchaus sinnvoll, hier die in Boccaras Arbeiten entwickelten Vorstellungen zur Kenntnis zu nehmen und zu nutzen.

Jörg Goldberg

An: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 · Telefon 364051

Vorzugsangebot für Leser des "Memo-Forum"

Bestellschein

Ich/wir bestellen aus Ihrem Vorzugsangebot mit Rechnung zuzüglich Portokosten:

..... Ex. Memorandum '85 (Best.-Nr. 0957) - Erscheint Ende Juni

..... Ex. Memorandum '84 (Best.-Nr. 0883)

..... Ex. Memorandum '83 (Best.-Nr. 0760)

Preise für Memoranden gelten
auch bei Mischbestellungen

..... Ex. Memorandum '82 (Best.-Nr. 0725)

Einzelpreis: 19,80 DM

Staffelpreise: 2 bis 5 Ex. = 16,- DM; 6 bis 10 Ex. = 14,- DM;
Über 10 Ex. = 12,- DM (je Exemplar); jeweils zuzüglich Porto

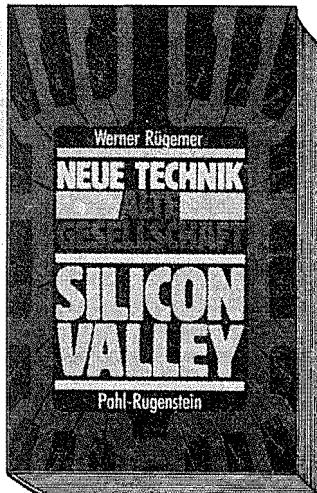
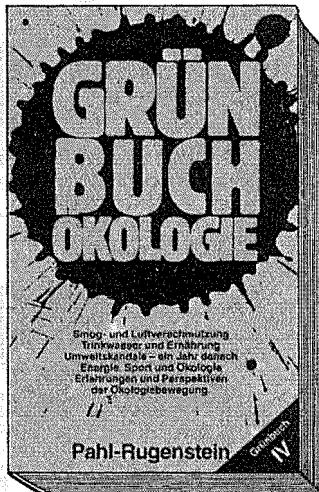
Vor- und Zuname: _____

Straße: _____ Ort: (_____)

Datum: _____ Unterschrift: _____

Kleine Bibliothek

Das engagierte Taschenbuch



Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51



Wirtschaftskrise -

Unterrichtseinheit

für Gymnasium, Berufs- und Berufsfachschule, Fachoberschule und für außerschulische Bildungsarbeit (VHS, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Weiterbildung.)

ca. 200 S. 2 Folien DIN A 4

Wirtschaften am Markt ist typischerweise mit divergierenden Interessen verbunden. Das Interesse der abhängigen Erwerbstätigen an humanen Arbeits- und Lebensbedingungen steht dem unternehmerischen Zwang zur Gewinnmaximierung gegenüber. Wirtschaftspolitik bewegt sich deshalb zwangsläufig immer im Spannungsverhältnis von Interessenwidersprüchen. An dieser folgenreichen Einsicht setzt diese Unterrichtseinheit an. Didaktisch vorzüglich und sprachlich klar abgefaßt legt diese Unterrichtseinheit die Voraussetzungen, Begründungszusammenhänge und unterschiedliche Betroffenheit durch wirtschaftspolitische Konzepte offen. Über die inhaltsbezogene Gegenüberstellung der konkurrierenden wirtschaftspolitischen Strategien

im Umfeld der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit trägt diese Unterrichtseinheit dazu bei, ein zentrales Stück Aufklärungsarbeit einzulösen. Es gibt, so das Fazit einer gelungenen Beweisführung, keine unabwendbaren Sachzwänge, die etwa unausweichlich die Stärkung der Gewinnwirtschaft erfordern machen. Wirtschaftspolitische Optionen – das ist die Kernaussage – reflektieren unterschiedliche Interessen. Was konzeptionell realisiert wird, hängt von den bestimmenden Machtverhältnissen ab. Dieser Unterrichtseinheit ist zu wünschen, daß auf ihrer Grundlage wirtschaftspolitische Aufklärungsarbeit verbreitert wird.

Prof. Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler)

„Wenn du denen mühsam beigebracht hast, warum dieser oder jener Ökonom 'hüh' gesagt hat, dann hat derselbe große Geist schon längst ein entschiedenes 'hott' verlauten lassen, dies mit klimatischen Veränderungen begründet und erklärt, daß er eigentlich bei 'hüh' hätte bleiben wollen, es aus psychologischen Gründen zum gegebenen Zeitpunkt aber vorziehe, doch lieber 'hott' zu sagen, dies jedoch mit aller Entschlossenheit, wenngleich unter veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen usw, usw.“ Es ist zum Verzweifeln. Gestreßte Kollegen, die solche oder ähnliche Kommentare zur wirtschaftlichen Lage und zum Gebaren ihrer Exegeten von sich geben, kennen wir zur Genüge. Ist es in der Tat schon schwer, den verschlungenen Pfaden ökonomischer Theoriebildung zu folgen, so wird dieses Unterfangen zum Stolpern auf einem gehirnakrobatischen Hindernisparcour, will man die Umsetzung von ökonomischer Theorie in politische Praxis nachvollziehen. Wie soll man als Pädagoge mit diesem sperrigen Material umgehen?

Es ist ein Kreuz mit „unserer Wirtschaft“, und wir wollen, daß Schüler und Lehrer nicht mehr ganz so schwer daran zu schleppen haben. Deshalb diese Unterrichtseinheit.

(Die Autoren im Vorwort)

Teil I: Grundlagen „Wirtschaften“

Teil II: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit

Teil III: Ursachen der Arbeitslosigkeit

Teil IV: Wege aus der Krise

Arbeitslosigkeit



Ich bestelle

- UE Wirtschaftskrise – Arbeitslosigkeit 24,00 DM
- Plakate zur UE Wirtschaftskrise (kostenlos)
- Infoblätter zur UE Wirtschaftskrise (kostenlos)

Absender _____

CON Literaturvertrieb
Postf. 106545
D-2800 Bremen 1

Unterschrift _____

Datum _____

Inhaltsverzeichnis

	Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit	
Vorwort der Autoren	5	
Zum Aufbau der Unterrichtseinheit	7	
Akkürzungsverzeichnis	8	
Fragebogen	9/10	
Teil I: Grundlagen „Wirtschaften“		
Didaktische Einführung	11	
1. und 2. Stunde: Ansichten von Arbeit PM 1: Arbeit, PM 2: Begriffe (Entfremdung, Produktivität, Gewinn, Ausbeutung / Mehrwert)	12	
3. und 4. Stunde: Das „Magische Viereck“ PM 3: „Magisches Viereck“, PM 4: Bewertung der vier Ziele, Gleichwertigkeitsproblem	13	
5. und 6. Stunde: Konjunktur und Krise PM 5: Analyse des Konjunkturverlaufs	14	
Alternativphase Arbeit	15	
Ergänzungsphasen PE 1a: Entfremdung, PE 1b: Gewinn, PE 1c: Mehrwert, PE 1d: Arbeit, PE 1e: Produktivität, PE 2: Wachstum PE 3a: Wachstum vs. Lebensqualität, PE 3b: Preisstabilität vs. Vollbeschäftigung, PE 3c: ALO-Zielvorgabe, PE 3d+e: Berechnung der ALO-Zahl	15	
Materialien zu Teil I	19--37	
Klassenarbeit	38	
Teil II: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit		
Didaktische Vorüberlegungen	40	
1. und 2. Stunde: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Individuum PM 1: Nekte Zahlen / Einzelschicksale, PM 2: Probleme von Arbeitslosen, PM 3: Rollenspiel „Probleme in der Familie“, PM 4: Veränderungsmöglichkeiten	41	
3. Stunde: Gesellschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit PM 5: Kosten der Arbeitslosigkeit, PM 6: Kostenberechnung, PM 7: Probleme für die Gesellschaft	43	
4. Stunde: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigten PM 8: Beispiele, PM 9: Krankmeldungen	44	
Alternativphasen PA 1–3: Probleme von Arbeitslosen, PA 4: innerfamiliäre Probleme	45	
Ergänzungsphasen PE 1: Arbeitsloseninterventionen / Selbsthilfegruppen, PE 2: Zunehmende Verarmung von Arbeitslosen, PE 3: Leben von Sozialhilfe?, PE 4: Soziale Auswirkungen der Bonner Sparpolitik, PE 5: Jugendarbeitslosigkeit – Ausmaß und Ursachen, PE 6: Was tun?, PE 7: Arbeitslosigkeit: Differenzierung von Einflussfaktoren	46	
Materialien zu Teil II	53–83	
Fragestellungen zu Klassenarbeiten / Klausuren	84	
Teil III: Ursachen der Arbeitslosigkeit		
Didaktische Vorbemerkungen	86	
Zur näheren Erläuterung des Ursachenmodells	87	
1. Stunde: Einführung (Ursachen der Arbeitslosigkeit) Feststellung des Vorwissens bzw. des Vorurteilsstandes der Schüler)	88	
PM 1: Mögliche Krisensachen, PM 2: Ursachendiskussion		
2. Stunde: Produktivitäts-Wachstumsschere PM 3: Wesentliche Ursachen-zusammenhänge der Massenarbeitslosigkeit, PM 4: Datenmaterial zu Produktivitäts-Wachstumsschere / Unterkonsumtion / Überakkumulation	89	
3. und 4. Stunde: Unterkonsumtion / Überakkumulation PM 5: Datensmaterial zu Reallohnentwicklung / Marktaustrittung, PM 6: Weitere Ursachen, PM 7: Datenmaterial zum Technischen Fortschritt	89	
5. Stunde: Wirtschaftskonzentration PM 8: Datensmaterial zur Wirtschaftskonzentration	91	
6. Stunde: Auswirkungen der Unterkonsumtion und Überakkumulation / Gewinnsituation der Unternehmen PM 9: Folgen der Unterkonsumtion bzw. Überakkumulation, PM 10: Gewinnsituation		92
7. Stunde: Lohnstückkostenentwicklung und internationale Konkurrenz- fähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft PM 11: Internationale Konkurrenz, PM 12: Zusammenfassung		93
8. und 9. Stunde: Zuordnung der Handlungsebenen/-orientierungen zu wirtschaftstheoretischen Konzepten PM 13: Überblick über wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Erklärungsansätze (neoklassische, keynesianische, marxistische Theorie)		94
Alternativphasen PA 1: Ursachen der Massenarbeitslosigkeit (verkürzte Fassung), PA 2: Mögliche Krisensachen und Ursachendiskussion		95
Ergänzungsphasen PE 1: Lohnentwicklung, PE 2: Staatsverschuldung, PE 3: Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit, PE 4: Neue Technologien, PE 5: Die europäische Sichtkrise und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten, PE 6: Wirtschaftstheoretische Grundrichtungen, PE 7: Erwerbslosigkeit, Arbeitslosigkeit und demogra- phische Entwicklung		96
Materialien zu Teil III		107–137
Klassenarbeit		138
Teil IV: Wege aus der Krise		
Vorbemerkung		140
1. Stunde: Ansprüche der Schüler an Krisenbewältigungsstrategien PM 1: Mögliche Ziele von Krisenbewältigungsstrategien		141
2. Stunde: Grundsätzliche Ansätze zur Krisenbewältigung innerhalb marktwirtschaftlicher Systeme PM 2: Angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik		142
3. und 4. Stunde: Erarbeitung von unterschiedlichen Wegen der Krisenbewältigung PM 3: Programmatische Aussagen zur Krisenbewältigung (CDU, FDP, SPD, Die Grünen, DKP, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wirtschaftswissenschaftler), PM 4: Auswertung		142
5. und 6. Stunde: Bewertung der Lösungswege und eigene Handlungs- möglichkeiten PM 5: Bewertung der Lösungswege, PM 6: eigene Handlungsmöglichkeiten		143
7. und 8. Stunde: Geschichtliche Entwicklung und aktuelle Begründung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung PM 7: Einstieg, PM 8: Historischer Ursprung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, PM 9: Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung, PM 10: Aktuelle Begründung		144
9. und 10. Stunde: Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern / Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung PM 11: Positionen, PM 12: Bewertung der Positionen, PM 13: Umsetzung und Folgen der 38,5-Std.-Woche, PM 14: Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung		146
Alternativphase Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern		147
Ergänzungsphasen		147
Materialien zu Teil IV		154–207
Klassenarbeit		208
Filmliste		209
Zwei Overhead-Folien (zu III PM3 und III PE6) finden Sie ganz hinten in der Prospekthülle.		

Dietmar Hexel
Mensch im Computer
Personaldaten und EDV
220 Seiten; DM 16,80

Johannes Steffen
Das Blüm-Buch
Der Sanierer und seine Methoden
ca. 176 Seiten; ca. DM 15,80

Handbücher für gewerkschaftliche Praxis

Alfred Oppolzer
Wenn Du arm bist, mußt du früher sterben
Arbeits- und Lebensbedingungen als Krankheitsfaktoren
Mit einem Vorwort von Franz Steinkühler
ca. 192 Seiten; ca. DM 19,80

Wilhelm Bichlmeier/Hermann Oberhofer

Konkursbuch
Arbeitshilfe für Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Konkurs- und Vergleichsverfahren
ca. 160 Seiten; ca. DM 14,80

Hans Jürgen Kröger (Hrsg.)
Wirtschaftliche

Kennzahlen
Handbuch für gewerkschaftliche Betriebspolitik
Mit einem Vorwort von Horst Klaus
275 Seiten; DM 24,80

Werner Schneider u.a.
Arbeit und Umwelt
Gewerkschaftliche Umweltpolitik
ca. 160 Seiten; ca. DM 16,80

Gine Elsner/Wilfried Karmaus/
Lothar Lißner (Hrsg.)
Einmal krank, immer krank
Für eine andere Arbeitsmedizin
ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80

Arno Klönne/Hartmut Reese
Die deutsche Gewerkschaftsbewegung
Von den Anfängen bis zur Gegenwart
220 Seiten; DM 19,80

Wilhelm Adamy/Johannes Steffen u.a.

Die Wende stoppen
Tatsachen, Argumente, Alternativen zur Politik der Rechtskoalition
60 Seiten; DM 5,-

Roderich Wahsner u.a.

»Heuern und Feuern«
Arbeitsrecht nach der »Wende«
240 Seiten; DM 19,80

Siegfried Bleicher (Hrsg.)
Ausstieg?
Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft
160 Seiten; DM 16,80

Prospekt anfordern!

VSA-Verlag
Stresemannstr. 384a
2000 Hamburg 50

VSA

FORUM Wissenschaft

Das linke
Wissenschaftsmagazin

Geht der Wissenschaft die Arbeit aus?



Inhalt u. a.:

- U. Engelen-Kefer
Akademikerarbeitslosigkeit und Perspektiven
- I. Biermann/L. Ziebell
Leben mit kurzfristigem Denken
- C. Schulz
Karrierebruch
- H. Winkler
Hochschulabsolventen und Beschäftigungssystem
- C. Oehler
Die Marginalisierung der Gebildeten
- M. Buttgeret
Sowjetisierung als Alternative?

Forum Wissenschaft kann abonniert werden über BdWi, Postfach 543, 3550 Marburg. Jahresabonnement 20.- DM Student/Arbeitsl. nur 10.- DM

Alternative Kommunalpolitik

Wolfgang Pohl, Uli Biermeier, Monika Friedrich,
Heribert Klemisch, Hubert Lommer (Hrsg.)

Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung - Aufgaben & Kompetenzen der Gemeinde- & Kommunalvertretungen - Bürgerbeteiligung und über kommunale Parteien - Gemeindewahlen - Wahlrecht - Beschäftigungsrichtlinien - Der Kommunismus - Ausbildung in Regionalplanung - Wirtschafts- und Anreizmarktplatz - Stadtentwicklung - Umweltökologie - Sozialplanung und Wohnungspolitik - Flutentlastung - Energie - Land - Wasser - Kommune - Siedlungsplanung - Gesellschaft - Altenarbeit - Kinder und Jugendliche - Frauen - Jugendzentren - Gewerbeaufsicht - Frauen - Arbeit - Kultur - Sport - Frauen - Aufändern - Politik

AIZ

Ein Handbuch für Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen, für Bürgerinitiativen, für Studierende, Lehrer/innen, Journalisten/innen und alle, die „einfach so“ an kommunalpolitischen Themen interessiert sind.

Mit einführenden Texten zu insgesamt 36 Fachthemen, Stichwortverzeichnis, Material- und Adressenlisten.

352 Seiten, DM 34.-
zzgl. Versand (DM 1,40
für 1 Expl.)

Außerdem bringen wir alle 2 Monate die ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK – Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Kommunalpolitik – heraus. Das Einzelheft kostet DM 7,- (zzgl. Versand), das Jahresabonnement (= 6 Hefte) DM 42,-.

Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,- in Briefmarken zugehen!

**Alternative
Kommunalpolitik**

Fachzeitschrift für Grüne und alternative Politik

Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1



**ANDERS
PRODUZIEREN**
Alternative Strategien
in Betrieb und Region

SP-Verlag 

Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31
D-3550 Marburg

Edgar Einemann - Edo Lübbing

ANDERS PRODUZIEREN

Alternative Strategien in Betrieb und Region

1985, 230 Seiten, ISBN 3-924800-33-2, DM 19

Umweltzerstörung, Rüstungswahnsinn und Arbeitslosigkeit gehören zu den zerstörerischen Konsequenzen der kapitalistischen Produktion. Doch darüber nur zu lamentieren oder das bloße Basteln an der 'großen Alternative' genügt nicht. Gefragt sind strategische Alternativen, praktische Möglichkeiten und konkrete Erfahrungen: "Wir", sagen die Autoren dieses Bandes, "hatten nicht primär die Mitarbeit an der Entwicklung nationaler Partei- oder Gewerkschaftsprogramme und auch nicht deren optimalen 'Verkauf' an die Basis im Auge, sondern wollten dezentral ansetzen: zum einen müssen alle 'großen' Programme 'unten' durchgesetzt werden und zum anderen setzt die Durchsetzung von Veränderungen die Aktivierung der breiten Masse voraus, die auf Dauer nur durch das Anknüpfen an konkreten Erfahrungen und die Ausnutzung realer Handlungschancen vorstellbar ist."

Entsprechend konzentrieren sich EINEMANN/LÜBBING in ihren Ausführungen auf diese Anknüpfungspunkte, auf die Darstellung konkreter Erfahrungen und Forschungsergebnisse, die sie in der politischen Bildungsarbeit, der Betriebsforschung vor Ort in Bremen Beteiligen in Sachen Krisenverhinderung, Humanisierung der Arbeitswelt, Rationalisierung und Produktionskonversion gewonnen haben. Sie konzentrieren sich auf die Thematisierung betrieblicher und regionaler Krisenlösungsstrategien - aufbauend auf die Darstellung von Beispielen aus London, Bremen und den Niederlanden - und entsprechend dezentralisierte Instrumentarien. Sie entwickeln regionale Alternativen zur bundesrepublikanischen Energieversorgung - einen "sanften Weg" - und runden ihre Ausführungen durch Begriffserklärungen und die Dokumentation weiterverwendbarer Arbeitsmaterialien (z.B. Fragebögen zu den Themen 'Arbeitsbelastungen' und 'Rationalisierung') ab.

Die Autoren EDGAR EINEMANN (Dr. rer. pol., Dipl. Soz.) und EDO LÜBBING (Betriebswirt grad., Dipl. Ökonom) waren neben ihrer Mitarbeit in zahlreichen gewerkschaftlichen Arbeitskreisen seit Anfang der 80er Jahre im Arbeiterbildungs-Forschungsprojekt "Krise, Rationalisierung und Humanisierung" des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen tätig. Das vorliegende Buch basiert auf Erfahrungen und Forschungsergebnissen aus diesem Arbeitszusammenhang.

Werner Rügemer (Hrsg.):
Neue Technik – alte Gesellschaft. Silicon Valley
Dokumente und Materialien

Werner Rügemer hat nach seinem Buch "Neue Technik – alte Gesellschaft. Silicon Valley, US-Zentrum der neuen Technologien" (Köln 1985, Pahl-Rugenstein Verlag) eine Sammlung von Dokumenten und Materialien herausgegeben.

Enthält u.a.: Liste aller (2.000) high tech-Betriebe von Silicon Valley (Konzernzugehörigkeit, Beschäftigte, Produkte); Liste der 100 größten Militäraufträge; Projekte des Pentagon mit künstlicher Intelligenz; Konzernporträts (IBM, Apple...); Geschichte der Halbleiter-Erfindungen seit den 30er Jahren; Lebens- und Tagesläufe von Ingenieuren und Arbeitern; Gesundheitgefährden in der Chip-Produktion; Liste der Umweltvergifter; Krise in Silicon Valley; Statutssymbole / Kultur/Kunst in Silicon Valley; Analyse- und Strategieartikel von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern; kommentierte Literatur. Fast ausschließlich in englischer Sprache.

218 Seiten, DIN A 4, gebunden DM 34,00 (einschl. Versandkosten)

Entweder einen Verrechnungsscheck einsenden an:
Dr. Werner Rügemer, Siebengebirgsallee 23,
5000 Köln 41 oder Überweisung auf Postscheck Köln
26 91 92 - 502 oder Bank für Gemeinwirtschaft Köln
(BLZ 37010111) Kto. Nr. 2251079000 (Stichwort
"Silicon Valley" und Adresse nicht vergessen.)

PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung

PIW-Studien

Nr. 1 Joachim Eisbach

Gründer- und Technologiezentren – Sackgassen kommunaler Wirtschaftsförderung
32 Seiten, Format A4, Schutzgebühr DM 4,-
ISBN: 3-925139-00-1

Nr. 2 Joachim Eisbach, Rainer Rilling

Mit SDI in die Zweitklassigkeit –
Ökonomische Gefahren einer einseitigen
Ausrichtung der Forschungspolitik
33 Seiten, Format A4, DM 6,-
ISBN: 3-925139-02-8

Nr. 3 Rudolf Hickel, Jan Prieve

Ineffiziente Instrumente oder unzureichende
Anwendung? Die Finanzpolitik von 1974 –
1984 auf dem Prüfstand: Argumente für ein
Beschäftigungsprogramm
95 Seiten, Format A4, DM 12,-
ISBN: 3-925139-03-6

PIW-Forschungsberichte

Nr. 1

Angelika Buchholz

Umwelt- und beschäftigungsorientierte
Kreditpolitik durch die Reorganisation des
Sparkassensektors

122 Seiten, Format A5, DM 20,-
ISBN: 3-925139-04-4

Diese Studie entstand im Auftrag von grünen
und alternativen Sparkassen-
Verwaltungsräten

Nr. 2

Bernhard Roth

Reform der Kommunalfinanzen
84 Seiten, Format A5, DM 15,-
ISBN: 3-925139-05-2

Diese Vorsstudie entstand im Auftrag der
GRÜNEN im Landtag von
Baden-Württemberg

Zu beziehen über jede Buchhandlung
oder direkt beim

**Progress-Institut
für Wirtschaftsforschung**
Albersstr. 12 B, 2800 Bremen 1

MEMO-FORUM

Zirkular
der
«Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik»

Nr. 3, Juni 1984 (86 S.)

- * SONDERMEMORANDUM: Zerstört der Streik den Aufschwung?
- * Weltmarktabhängigkeit: Damokles-schwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik?
- * Bemerkungen zur einzelwirtschaftlichen Kostenbelastung der Unternehmen bei Einführung der 35-Stunden-Woche
- * Frauen auf dem Arbeitsmarkt – tatsächlich Opfer der Krise?
- * Rentabilität und Ertragslage in der Krise
- * Qualitative Beschäftigungsprogramme durch Umweltschutz
- * Thesen zu einer Strategie Qualitativen Wachstums am Beispiel des Energiebereichs – Ist der Markt doch besser als sein Ruf?

Nr. 5, Februar 1985 (76 S.)

- * Weltmarktabhängigkeit: Damokles-schwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik(II)
- * SCHWERPUNKTTHEMA: GIBT ES TECHNOLOGISCHE ARBEITSLOSIGKEIT?
R. Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit – Gibt's die ?
J. Huffschmid, Technologische Arbeitslosigkeit als Zukunftsperspektive des Kapitalismus?
K.G. Zinn, Technologische Arbeitslosigkeit – Analytischer Irrtum – oder neue Erkenntnis ?
J. Prieve, Technologischer Fortschritt als Wachstumsbremse ?

Nr. 7, November 1985 (110 S.)

- * Grundzüge arbeitnehmerorientierter Kommunalpolitik in Großbritannien
- * Frauen als Arbeitsmarktreserve oder Gewinner der Krise?
- * Ansätze alternativer Verfassungsinterpretation als Element zur demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft?
- * Selbstkostenpreisbildung – Ein Mittel zur Kosten- und Preissenkung bei Rüstungsgütern?
- * Wege zur Vollbeschäftigung: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen für Österreich
- * Rüstungsausgaben und wirtschaftliche Stagnation – Anmerkungen zur Position der Memoranden

Nr. 4, Oktober 1984 (88 S.)

- * Pro und Kontra wertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- * Die Militarisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Alternativen der Wirtschaftspolitik
- * SCHWERPUNKTTHEMA:
"FRAUENARBEIT IN DER KRISE"
 - Aspekte gegenwärtiger Frauenarbeitsarbeit;
 - Besondere Betroffenheit von Frauen durch den Sozialabbau;
 - Sozialabbau und "neue Mütterlichkeit": Das Patriarchat verteilt die Arbeit um
- * Buchbesprechungen
- * Mitteilungen: PIW gegründet

Nr. 6, Juni 1985 (70 S.)

- * Entkopplung von Arbeit und Einkommen? – Zur Diskussion über Mindesteinkommen
- * SCHWERPUNKTTHEMA:
VERGESELLSCHAFTUNG
- * Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und alternative Wirtschaftspolitik
- * Vergesellschaftung: objektive Tendenz, systemstabilisierende Funktion, Kampfforderung der Arbeiterbewegung; oder was?
- * Dokumentation: Stahlpolitisches Programm der IG-Metall
- * Initiativen: WOHN BUND e.V.

Einzelheft: jeweils DM 3,-; ab 10 Exemplare DM 2,50

zu bestellen bzw. abonnieren bei:
ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33